

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2016



Bericht von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Christian Dreger, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Michael Hachula und Malte Rieth

Globales Wachstum verhalten,
zögerliche Entwicklung in Europa 779

Bericht von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen, Maximilian Podstawski,
Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Deutsche Wirtschaft:
Aufwärtstrend setzt sich fort, Brexit dämpft 785

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Brexit-Votum ist Gift für die Investitionstätigkeit
in Deutschland« 805

Hauptaggregate der Sektoren 2016–2018 806

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen für Deutschland 809

Bericht von Stefan Bach und Thomas Mertz

Vor der Erbschaftsteuerreform: Nutzung der Firmen-
privilegien hat Minderjährige zu Multimillionären gemacht 812

DIW Konjunkturbarometer August 2016

Brexit-Votum hinterlässt erste Spuren 823

Am aktuellen Rand Kommentar von Karl Brenke

Brexit-Verhandlungen nicht überfrachten 824



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang
8. September 2016

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Dr. Peter Krause
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Markus M. Grabka

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts. Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

Öffentlicher Haushalt 1976/77

Anhaltend hoher Kreditbedarf trotz konjunkturebedingter Mehreinnahmen

Der Haushaltsvollzug von Bund, Ländern und Gemeinden im ersten Halbjahr zeigt einen deutlichen Wandel im Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben, der sich aus einem restriktiven Ausgabeverhalten und konjunkturell steigenden Steuereinnahmen ergab: Erstmals seit 1973 nahmen die Einnahmen mit 9 vH wieder stärker zu als die Ausgaben (5 vH). Für das ganze Jahr 1976 ist mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen, so daß die Finanzierungslücke um 6 Mrd. DM unter dem Rekordniveau von 1975 (65 Mrd. DM) bleiben dürfte. Gleichwohl wird sich die Nettokreditaufnahme kaum verringern, da im letzten Jahr ein großer Teil der Defizite durch Auflösung von Rücklagen finanziert worden ist. 1977 wird sich bei steuerrechtlich und konjunkturell bedingten Mehreinnahmen (11,5 vH) sowie bei anhaltend vorsichtigen Ausgabenansätzen (8 vH) die Finanzierungsposition der Gebietskörperschaften zwar verbessern, aber nicht grundlegend ändern: mit rund 50 Mrd. DM erreicht die Einnahmenlücke abermals eine beachtliche Dimension.

aus dem Wochenbericht Nr. 36/1976

Globales Wachstum verhalten, zögerliche Entwicklung in Europa

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Christian Dreger, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Michael Hachula und Malte Rieth

Das Wachstum der Weltwirtschaft bleibt verhalten. Das Expansionstempo dürfte in diesem Jahr – wie zuvor prognostiziert – bei 3,2 Prozent liegen und in den beiden Folgejahren etwas zunehmen. In den entwickelten Volkswirtschaften dürfte der private Konsum Hauptwachstumstreiber bleiben. Hierzu tragen vor allem die stetige Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und steigende Realeinkommen bei. In Europa wird wohl die Unsicherheit im Zusammenhang mit der Brexit-Entscheidung etwas auf dem Wachstum lasten. In den Schwellenländern dürfte sich die moderate Erhöhung des Expansionstempos fortsetzen. In Russland und Brasilien wird der wirtschaftliche Schrumpfungsprozess allmählich zum Stillstand kommen, und in China wird das aktuelle Wachstumstempo dank einer soliden Konsumnachfrage wohl gehalten werden. Allerdings besteht eine Reihe von Risiken für die Weltkonjunktur. In Europa etwa bleibt die Unsicherheit aufgrund der Brexit-Entscheidung sowie der angespannten Lage in einigen Teilen des Bankensektors hoch.

Das Wachstum der Weltwirtschaft zieht im Prognosezeitraum zwar etwas an, bleibt aber verhalten. Nach einem bereits enttäuschenden Winterhalbjahr hat sich die wirtschaftliche Entwicklung auch im zweiten Quartal 2016 nicht wesentlich beschleunigt (Abbildung 1). Ab der zweiten Jahreshälfte wird sich die gestiegene politische Unsicherheit in Europa, vor allem aufgrund der Brexit-Entscheidung, zwar bemerkbar machen. Dem steht aber eine anziehende Konjunktur in den USA und einigen Schwellenländern gegenüber, so dass das Expansionstempo der globalen Produktion in diesem Jahr – wie vom DIW Berlin bereits im Juni prognostiziert¹ – bei 3,2 Prozent liegen dürfte und in den Jahren 2017 und 2018 wahrscheinlich etwas weiter zunehmen wird (Tabelle).

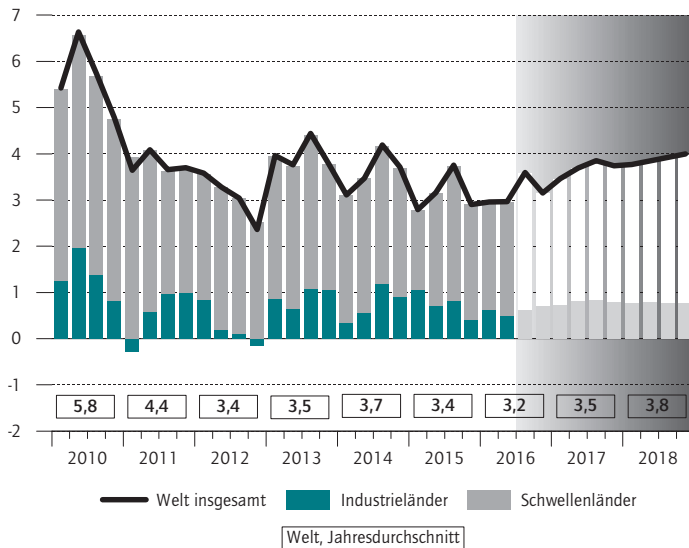
Um die Jahreswende hatte primär die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern, insbesondere in China, die Expansion der globalen Produktion gedämpft. Dies dürfte im zweiten Quartal eine leichte Abkühlung auch in den entwickelten Volkswirtschaften nach sich gezogen haben. So trug etwa eine schwache Investitionstätigkeit in den Vereinigten Staaten oder in Japan dazu bei, dass die Wertschöpfung in diesen beiden Regionen nur schwach expandierte. Im Euroraum war die Produktion hingegen weiter aufwärtsgerichtet. In den entwickelten Volkswirtschaften insgesamt dürfte der private Konsum hauptsächlicher Wachstumstreiber bleiben. Vor diesem Hintergrund und angesichts einer stetigen Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie steigender Realeinkommen dürfte sich im weiteren Verlauf auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen etwas erholen. Mit starken Zuwächsen ist allerdings nicht zu rechnen. Insbesondere im Vereinigten Königreich und im Euroraum wird in den kommenden Quartalen wohl die Unsicherheit im Zusammenhang mit der Brexit-Entscheidung auf dem Wirtschaftsgeschehen lasten; die dämpfende Wirkung dürfte ab Mitte nächsten Jahres abklingen. In den außereuropäischen Volkswirtschaften dürfte die Brexit-Entscheidung das Wachstum nicht maßgeblich beeinträchtigen.

¹ Fichtner et al. (2016): Deutsche Wirtschaft folgt stabilem Aufwärtstrend. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2016. DIW Wochenbericht Nr. 24+25/2016, 531-538.

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Das Wachstum der Weltwirtschaft bleibt verhalten.

In den Schwellenländern dürfte sich die im zweiten Quartal beobachtete moderate Erhöhung des Expansionstempos im Prognosezeitraum fortsetzen. In Russland und Brasilien wird der wirtschaftliche Schrumpfungsprozess allmählich zum Stillstand kommen, und in China wird das aktuelle Wachstumstempo insbesondere dank einer soliden Konsumnachfrage wohl gehalten werden.

Die Geldpolitik dürfte global etwas weniger expansiv ausgerichtet sein. Während Zentralbanken in Europa und Japan wohl stimulierender agieren werden, dürfte die US-Notenbank im Prognosezeitraum angesichts einer zumeist guten Lage auf dem Arbeitsmarkt die Zinsen anheben; allerdings nur leicht und schrittweise. Die Finanzpolitik dürfte global etwas weniger restriktiv ausgerichtet sein. So dürfte in Japan die Finanzpolitik etwas gelockert werden, und auch für China ist mit neuen konjunkturstützenden Maßnahmen der Regierung zu rechnen.

Eine Reihe von Risiken für die Weltkonjunktur bleibt bestehen. Zwar ist die Unsicherheit über die konjunkturelle Entwicklung in China und in den Vereinigten Staaten zurückgegangen. Möglicherweise zunehmender Protektionismus, auch im Gefolge der US-Präsidentenwahl,

stellt jedoch ein Risiko für den Welthandel dar. In Europa bleibt die Unsicherheit zudem hoch; hierzu tragen die Brexit-Entscheidung, das bevorstehende Verfassungsreferendum in Italien, die schwierige Regierungsbildung in Spanien sowie die angespannte Lage in Teilen des europäischen Bankensektors bei.

USA

In den Vereinigten Staaten hat das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal lediglich um annualisiert 1,1 Prozent zugelegt. Während sich die privaten Konsumausgaben kräftig erhöht haben, waren die Unternehmensinvestitionen rückläufig. Im Prognosezeitraum dürfte die US-Wirtschaft vor dem Hintergrund einer weiterhin robust expandierenden Konsumnachfrage und wieder etwas anziehender Investitionen deutlicher zulegen als zuletzt. Von der Brexit-Entscheidung gehen aufgrund der starken Binnenorientierung der US-Wirtschaft keine spürbaren negativen Effekte auf die konjunkturelle Entwicklung aus. Eine dämpfende Wirkung hat aber die Unsicherheit über den Ausgang der Präsidentschaftswahlen im November dieses Jahres. Vor diesem Hintergrund dürften die Unternehmen ihre Investitionen vorerst nur leicht ausweiten. In den kommenden Jahren werden die Investitionen im Zuge einer kräftigen Konsumnachfrage wieder deutlicher zulegen – hier wird unterstellt, dass sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nach den Präsidentschaftswahlen nicht wesentlich verändern. Der private Verbrauch wird gestützt durch die kontinuierliche Erholung am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote hat sich in den vergangenen Jahren laufend reduziert und lag im August noch bei 4,9 Prozent. Angesichts der moderaten, aber stetigen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage dürfte die US-Notenbank ihre Leitzinsen im laufenden Jahr anheben. Auch im Prognosezeitraum ist mit leichten und schrittweisen Erhöhungen der Leitzinsen zu rechnen. Alles in allem wird die US-Wirtschaft im Jahr 2016 wohl um 1,4 Prozent zulegen. In den Jahren 2017 und 2018 dürfte die Wachstumsrate bei 2,3 und 2,4 Prozent liegen.

Japan

Nach einem Anstieg der Produktion von 0,5 Prozent im ersten Quartal hat die Konjunktur im zweiten Quartal stagniert. Der Konsum hat sich nur schwach entwickelt, die Investitionen in Ausrüstungen und die Exporte waren wieder rückläufig. Dagegen haben die Investitionen in Infrastruktur und den Wohnungsbau die Entwicklung gestützt.

Die Konsumenten haben bei geringen Lohnzuwächsen nur wenig Vertrauen in die künftige Entwicklung, und der Tankan-Index für die Stimmung der Unternehmen hat mehrjährige Tiefststände erreicht. Mit neuen Aus-

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Euroraum	1,6	1,5	1,4	1,6	0,0	0,3	1,1	1,3	10,9	10,0	9,6	9,3
... ohne Deutschland	1,6	1,5	1,4	1,6	0,0	0,1	0,8	1,2	13,0	12,0	11,5	11,1
... Frankreich	1,2	1,2	1,2	1,4	0,1	0,2	0,9	1,3	10,4	9,9	9,7	9,5
... Spanien	3,2	2,9	2,0	2,2	-0,5	-0,4	0,9	1,3	22,1	19,8	18,6	17,5
... Italien	0,6	0,7	1,1	1,3	0,1	0,2	0,8	1,0	11,9	11,2	10,5	10,3
... Niederlande	2,0	1,7	1,8	2,1	0,2	0,2	0,5	1,0	6,9	6,3	6,2	6,1
Vereinigtes Königreich	2,2	1,7	0,9	1,9	0,0	0,6	2,6	1,8	5,3	5,1	5,6	5,4
USA	2,6	1,4	2,3	2,4	0,1	1,2	2,0	2,0	5,3	4,9	4,7	4,6
Japan	0,6	0,5	0,5	0,6	0,8	0,1	0,6	0,4	3,4	3,2	3,2	3,2
Südkorea	2,6	2,7	2,8	3,2	0,7	1,0	2,2	2,7	3,6	3,4	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	3,7	3,1	3,4	3,7	-0,4	-0,3	1,4	1,6	7,3	6,5	6,2	5,9
Türkei	4,0	3,2	2,7	3,1	7,8	8,8	8,3	7,4	10,3	9,6	9,2	9,0
Russland	-3,6	-0,8	1,2	1,9	15,5	6,8	4,5	4,1	5,6	5,6	5,6	5,5
China	6,5	6,1	5,9	5,9	-0,6	0,9	2,9	4,5	4,1	4,1	4,1	4,1
Indien	7,4	7,3	6,7	7,3	1,1	3,3	6,1	6,1				
Brasilien	-3,9	-2,8	0,4	1,5	9,0	8,6	5,7	5,7	8,3	5,2	-0,6	-1,0
Mexiko	2,5	1,7	2,5	2,7	2,7	2,6	3,1	3,2	4,4	4,4	4,8	4,8
Industrieländer	2,0	1,4	1,7	2,0	0,2	0,8	1,7	1,6	6,3	5,9	5,7	5,6
Schwellenländer	4,4	4,5	4,8	5,1	2,9	3,2	4,2	4,8	5,3	4,9	4,2	4,1
Welt	3,4	3,2	3,5	3,8	1,7	2,2	3,0	3,4	5,8	5,3	4,9	4,8

Quelle: Nationale statistische Ämter; DIW Herbstgrundlinien 2016.

© DIW Berlin 2016

Die Weltwirtschaft kommt nicht richtig in Fahrt.

gaben versucht die Regierung, die Konjunktur anzuschieben. Unterstützung kommt voraussichtlich von der Zentralbank, die ihren Ankauf von Staatsanleihen ausweiten dürfte.

Wie bei früheren Konjunkturpaketen dürften jedoch nur Strohfeuer entfacht werden. Immerhin dürfte die Produktion kurzfristig gestützt werden. Trotz der schwachen ersten Jahreshälfte wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr daher wohl um 0,5 Prozent steigen, in den nächsten beiden Jahren ist mit einem Zuwachs in gleicher Größenordnung zu rechnen.

China

Das Bruttoinlandsprodukt ist im zweiten Quartal des Jahres um 1,8 Prozent gestiegen, nach 1,2 Prozent im Quartal zuvor. Im Vorjahresvergleich lag der Anstieg der Produktion unverändert bei 6,7 Prozent und so im Zielkorridor der Regierung, die ein Wachstum von 6,5 bis 7 Prozent anstrebt. Angesichts kräftiger Lohnzuwächse sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte deutlich gestiegen. Dagegen wird die Investitionskonjunktur

durch die hohen Überkapazitäten in vielen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes belastet. Die Ausfuhren werden durch die nur moderate Entwicklung auf den Absatzmärkten in den USA und Europa gehemmt.

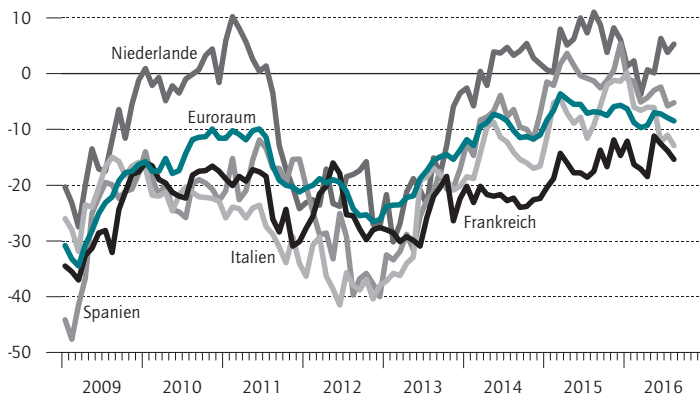
Die Einkaufsmanagerindizes deuten auf eine weitere Expansion bei den Dienstleistungen hin. Dagegen verläuft die Entwicklung in der Industrie deutlich schwächer. Sie wird durch ein Konjunkturprogramm zum Ausbau der Infrastruktur gestützt. Damit werden allerdings auch unproduktive Staatsunternehmen stabilisiert, die sich zudem am Leben erhalten, indem sie etwa im Stahlbereich zu niedrigen Preisen auf den Weltmarkt exportieren.

Die Investitionen in die Infrastruktur und steigende Konsumausgaben stützen die Konjunktur im weiteren Verlauf. In diesem Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 6,1 Prozent zulegen. Das Expansionstempo nimmt in den nächsten beiden Jahren etwas ab und dürfte dann bei knapp sechs Prozent liegen.

Abbildung 2

Konsumentenvertrauen im europäischen Vergleich

Saldo



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2016

Das Konsumentenvertrauen liegt im Vergleich zu den Vorjahren auf hohem Niveau.

Euroraum

Nachdem das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum im ersten Quartal um kräftige 0,6 Prozent gestiegen ist, legte es im zweiten Quartal nochmal um 0,3 Prozent zu; in wichtigen Mitgliedsländern wie Italien und Frankreich verlor die Expansion jedoch deutlich an Fahrt und die Produktion stagnierte nur noch.

Im Prognosezeitraum wird sich die wirtschaftliche Erholung im Euroraum zunächst wohl nicht mit der gleichen Dynamik wie in der ersten Jahreshälfte fortsetzen. Insbesondere im Winterhalbjahr 2016/17 dürfte die Brexit-Entscheidung dafür sorgen, dass die Entwicklung der Wirtschaft schwächer ausfällt als zuletzt erwartet (Kasten 1 im Deutschlandbericht).² Erst ab Mitte des kommenden Jahres ist wieder mit leicht anziehenden Wachstumsraten zu rechnen.

Ein Wachstumstreiber im ersten Halbjahr war der private Konsum, der von einem stetigen moderaten Beschäftigungsaufbau in vielen Ländern und einem Anstieg der real verfügbaren Einkommen profitierte. Auch im Prognosezeitraum dürfte er eine Stütze für die Wirtschaft im Euroraum bleiben. Darauf deutet die Entwicklung des Konsumentenvertrauens hin, das sich in den meisten

Ländern nach dem Brexit-Votum allenfalls leicht eingetrübt hat und weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt liegt (Abbildung 2). Mit einer kräftig anziehenden Dynamik ist jedoch nicht zu rechnen. Zum einen bremsen im Prognoseverlauf etwas steigende Energiepreise die Kaufkraftgewinne der Haushalte. Zum anderen dürften sich Firmen wegen der im Gefolge des Brexit-Referendums erhöhten Unsicherheit zunächst mit der Schaffung von Arbeitsplätzen zurückhalten.

Die gestiegene Unsicherheit sowie die erwartete Verschlechterung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich dürften auch dazu beitragen, dass sich die Investitionen im Prognosezeitraum schwächer entwickeln als zuletzt erwartet. Zudem sind nach dem Referendum auch bestehende Probleme, wie zum Beispiel die Schwierigkeiten im italienischen Bankensektor, verstärkt in den Fokus der Finanzmärkte geraten. Dies dürfte die Finanzierungsbedingungen vielerorts beeinträchtigen. Erst bei einem Rückgang der Unsicherheit im Verlauf des Prognosezeitraums wird sich die Investitionstätigkeit wohl allmählich beleben.

Besonders die Entwicklung der Ausfuhren dürfte vom Referendum negativ betroffen sein, da das Vereinigte Königreich ein wichtiger Handelspartner für viele Mitgliedsländer ist und dort die Nachfrage insbesondere nach Investitions-, aber auch nach Konsumgütern, zunächst gedämpfter sein dürfte. Die Abnahme der britischen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus dem Euroraum wird durch die starke Abwertung des britischen Pfunds gegenüber dem Euro verstärkt. Die sich etwas verbessernden Wachstumsaussichten für andere wichtige Absatzmärkte – darunter insbesondere die USA und einige Schwellenländer – dürften diesen Effekt nicht kompensieren. Der negative Wachstumsbeitrag des Außenhandels wird jedoch durch die Dynamik der Importe etwas gemildert, die sich ebenfalls schwächer entwickeln dürften als zuletzt erwartet, da die Investitionstätigkeit geringer ausfallen dürfte als noch im Sommer prognostiziert.

Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 1,5 Prozent zulegen. Für 2017 wird ein Wachstum von 1,4 Prozent und für 2018 von 1,6 Prozent erwartet.

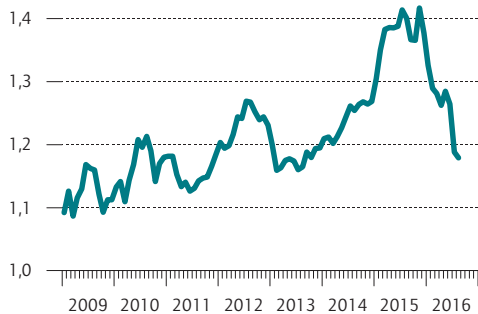
Vereinigtes Königreich

Das Bruttoinlandsprodukt im Vereinigten Königreich ist im zweiten Quartal 2016 unerwartet kräftig, um 0,6 Prozent, gestiegen. Bedingt durch die Brexit-Entscheidung am 23. Juni ist jedoch mit einer Stagnation der Wirtschaftsleistung für die kommenden Quartale zu rechnen. So kam es bereits unmittelbar nach dem Referendum

² Vgl. Fichtner et al. (2016): Deutsche Wirtschaft: Aufwärtstrend setzt sich fort, Brexit dämpft. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2016. DIW Wochenbericht Nr. 36/2016, 785–804.

Abbildung 3

Wechselkurs des britischen Pfunds zum Euro Euro pro Pfund



Quelle: Datastream.

© DIW Berlin 2016

Das britische Pfund hat nach der Brexit-Entscheidung nochmal stark abgewertet.

rendum zu erheblichen Kapitalabflüssen aus der britischen Volkswirtschaft. Darauf weist auch der Kursverlauf des britischen Pfunds hin, das seine seit Jahresbeginn anhaltende Abwertung fortsetzt und nach dem Brexit-Votum abermals stark an Wert verloren hat (Abbildung 3). Im Prognosezeitraum dürfte die Unsicherheit über die Bedingungen für den zukünftigen Handel, die Migration und die Kapitalflüsse zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union fortbestehen. Auch und gerade ausländische Investoren werden sich wohl mit Kapitalanlagen im Vereinigten Königreich zunächst zurückhalten, was die Finanzierungskosten für Unternehmen und private Haushalte erhöhen dürfte.

Alles in allem sind daher in diesem und besonders im nächsten Jahr eine geringere Investitionsdynamik und eine schwächere Beschäftigungsentwicklung zu erwarten. Darauf deuten auch einige Vorlaufindikatoren hin, die nach dem Brexit-Votum erhoben wurden. Insbesondere bei den Konsumenten hat sich die Stimmung unmittelbar nach dem Referendum merklich verschlechtert, auch wenn sich das Konsumentenvertrauen bereits im August wieder etwas stabilisiert hat. Erst im Jahr 2018 dürften der private Verbrauch und die Investitionen wieder etwas kräftiger zulegen. Positive Wachstumsimpulse sind kurzfristig aufgrund der starken Abwertung des Pfunds jedoch vom Außenhandel zu erwarten. Auch die britische Notenbank hat auf das Brexit-Votum reagiert und eine Zinssenkung sowie weitere expansiven Maßnahmen beschlossen, um die Wirtschaft zu stützen. Der abwertungsbedingte deutliche Anstieg der Verbraucherpreise im kommenden Jahr dürfte damit zusätzlich verstärkt werden.

Im Vergleich zur DIW-Prognose vom Juni 2016,³ welcher die Annahme eines Verbleibes des Vereinigten Königreiches in der Europäischen Union zugrunde lag, ist nach dem Referendum in diesem und im kommenden Jahr mit einem deutlich schwächeren Wirtschaftswachstum zu rechnen. Im Jahr 2016 dürfte es 1,7 Prozent und im Jahr 2017 0,9 Prozent betragen; für 2018 wird mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,9 Prozent gerechnet.

Mittel- und Osteuropa

In Mittel- und Osteuropa war das Wachstum nach einem in einzelnen Ländern teilweise schwachen Auftaktquartal im zweiten Quartal wieder stärker. In den meisten Ländern stieg zuletzt die Industrieproduktion. Demgegenüber war die Bautätigkeit in Polen, Rumänien und Tschechien im ersten Halbjahr rückläufig. Die Inlandsnachfrage wird bei sinkender Arbeitslosigkeit und steigenden Reallöhnen weiterhin vom privaten Konsum gestützt. In Ungarn und Tschechien profitierte die Automobilindustrie zuletzt von einer steigenden Auslandsnachfrage; allerdings ist für beide Länder das Vereinigte Königreich ein wichtiger Absatzmarkt und die Nachfrage dort dürfte zunächst verhalten sein, so dass sich die Brexit-Entscheidung dämpfend auf die Produktion der tschechischen und ungarischen Automobilindustrie auswirken dürfte. Für Mittel- und Osteuropa insgesamt wird die Brexit-Entscheidung wohl nur geringe direkte Folgen haben. Bezogen auf den Anteil der Exporte ins Vereinigte Königreich am jeweiligen Gesamtexport ist Polen mit einem Anteil von etwa sechs Prozent am stärksten betroffen, während in Rumänien und Bulgarien die Anteile gering sind. Allerdings dürften sich für Mittel- und Osteuropa im weiteren Verlauf indirekte Effekte durch eine geringere Nachfrage der westeuropäischen Handelspartner ergeben. Derzeit deuten die Einkaufsmagerindizes für Polen und Tschechien auf eine vorübergehend etwas schwächere konjunkturelle Entwicklung hin. Insgesamt dürfte das Wachstum in der Region dieses Jahr knapp über drei Prozent liegen und in den nächsten beiden Jahren etwas anziehen.

Russland

Die russische Wirtschaft ist in den ersten sieben Monaten dieses Jahres um 0,9 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode geschrumpft. Der Schrumpfungsprozess verlangsamt sich damit allmählich. Die Industrieproduktion nahm in den ersten sieben Monaten geringfügig zu. Der Einkaufsmanagerindex lag wieder über der Expansionsschwelle. Die gesunkenen Einzelhandelsumsätze

³ Fichtner et al. (2016): Deutsche Wirtschaft folgt stabilem Aufwärtstrend. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2016. DIW Wochenbericht Nr. 24+25/2016, 531-538.

sowie die weiter abnehmenden Realeinkommen lassen aber einen Rückgang des privaten Konsums erwarten, wenngleich dieser weniger ausgeprägt sein dürfte als in den vergangenen Quartalen; darauf deutet das verbesserte Konsumentenvertrauen hin. Eine leichte Erholung zeichnet sich im Außenhandel ab: Aufgrund des gestiegenen Ölpreises sind die wertmäßigen Ausfuhren, die überwiegend aus Energieexporten bestehen, im zweiten Quartal gestiegen. Der Kurs des Rubels, der weitgehend dem Ölpreis folgt, hat zugelegt. Bei einer im zweiten Quartal gesunkenen Inflationsrate hat die Zentralbank

Mitte Juni den Leitzins um 0,5 Prozentpunkte zurückgenommen und damit – wie angekündigt – ihre Geldpolitik etwas gelockert. Dies dürfte dem Rückgang der Investitionstätigkeit entgegenwirken. Allerdings wurden die Sanktionen gegenüber Russland, die auch die Einfuhr von Ausrüstungen für die Energiewirtschaft umfassen, bis Ende Januar 2017 verlängert. Russland hat das Importverbot für bestimmte Nahrungsmittel auf Ende 2017 ausgedehnt. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung dieses Jahr weniger stark zurückgehen als im Vorjahr und im Prognosezeitraum wieder steigen.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin | cdreger@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Michael Hachula ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mhachula@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | mrieth@diw.de

GLOBAL GROWTH ONLY MODEST, RECOVERY IN EUROPE STILL SUBDUED

Abstract: Global economic growth remains subdued. Leaving our forecast for this year unchanged, the pace of growth is expected to stand at 3.2 percent in 2016 and to increase somewhat over the following two years. In the advanced economies, the main growth driver will continue to be private consumption, which in turn is supported primarily by a steadily improving labor market and increases in real incomes. In Europe, the uncertainty associated with the Brexit decision will have a dampening

effect on growth. In the emerging markets, the moderate increase in the pace of expansion should continue. In Russia and Brazil, the economic contraction process will gradually come to a halt, while in China, the current growth rate will remain stable thanks to solid consumer demand. Nevertheless, there are still a number of risks for the global economy: in particular, there's the uncertainty related to the Brexit decision, and tensions remain high in some parts of the European banking sector.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 36/2016:

www.diw.de/econbull



Deutsche Wirtschaft: Aufwärtstrend setzt sich fort, Brexit dämpft

Von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen, Maximilian Podstawski,
Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Die deutsche Wirtschaft ist – auch dank des Außenhandels – zuletzt deutlich gewachsen und wird im Jahresvergleich kräftig, um 1,9 Prozent, zulegen. In den kommenden Quartalen dürften sich die Auswirkungen der Brexit-Entscheidung bemerkbar machen. Neben einer schwächeren Dynamik des privaten Konsums dürfte dies dazu beitragen, dass das Wachstum im Jahr 2017 wohl 1,0 Prozent betragen wird. Ab der zweiten Hälfte des kommenden Jahres profitiert die Industrie wieder von einer dynamischeren Entwicklung wichtiger Auslandsmärkte; im Jahr 2018 dürfte die deutsche Wirtschaft um 1,6 Prozent wachsen. Im gesamten Prognosezeitraum wird sich der Beschäftigungsaufbau wohl fortsetzen und der private Konsum das Wachstum stützen, wenngleich in geringerem Ausmaß. Die Arbeitslosenquote dürfte weiter sinken, von 6,1 und 5,9 Prozent in den Jahren 2016 und 2017 bis auf 5,8 Prozent im Jahr 2018. Die Inflation ist mit 0,5 Prozent in diesem Jahr erneut niedrig, liegt in den kommenden beiden Jahren mit anderthalb Prozent aber etwas höher. Die Unternehmensinvestitionen bleiben schwach und werden wohl erst im späteren Verlauf etwas an Tempo gewinnen. Der Finanzierungssaldo des Staates dürfte dieses Jahr auf 27 Milliarden Euro steigen, in den kommenden Jahren aber mit 15 beziehungsweise 16 Milliarden Euro niedriger ausfallen.

Die deutsche Wirtschaft setzt ihre Aufwärtsbewegung fort, wird in den kommenden Quartalen aber durch die Auswirkungen des Brexit-Votums gebremst werden (Abbildung 1). Vor allem die Exporte in das Vereinigte Königreich dürften als Folge dieser Entscheidung geringer ausfallen. Ab dem Jahreswechsel 2017/18 werden die Ausfuhren angesichts einer weltweit – auch im Euro-Raum – weiter allmählich anziehenden Konjunktur aber wohl wieder kräftiger zulegen. Der Leistungsbilanzüberschuss dürfte in diesem Jahr – auch aufgrund der erneut gesunkenen Importkosten – auf annähernd neun Prozent klettern; in den kommenden Jahren fällt er aber wegen kräftigerer Importe auf gut acht Prozent.

In diesem Umfeld bleiben die Unternehmensinvestitionen zunächst schwach (Tabelle 1). Die derzeitige, auch durch das Brexit-Votum bedingte Unsicherheit dämpft die Investitionstätigkeit. Angesichts einer sich fortsetzenden Erholung im Euroraum, der robusten Binnenkonjunktur in Deutschland, der ausgelasteten Kapazitäten in der Industrie und der anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen dürften die Investitionen aber moderat ausgeweitet werden. Im späteren Verlauf der Prognose dürften sie im Umfeld der zunehmend dynamischen Weltkonjunktur etwas stärker zulegen.

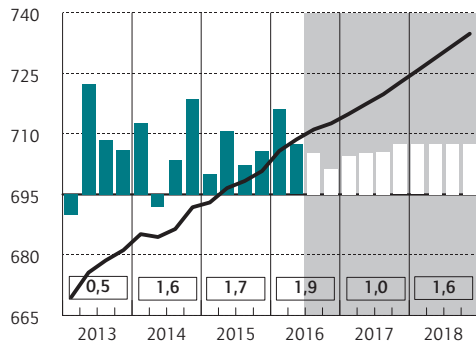
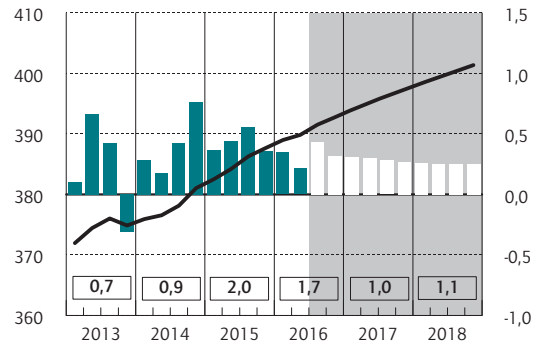
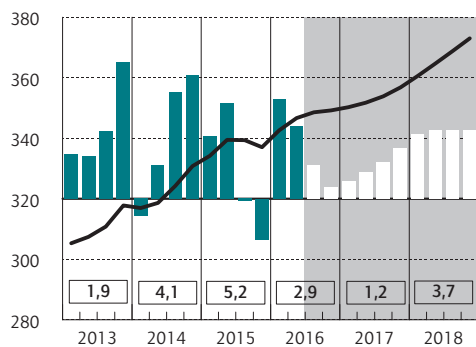
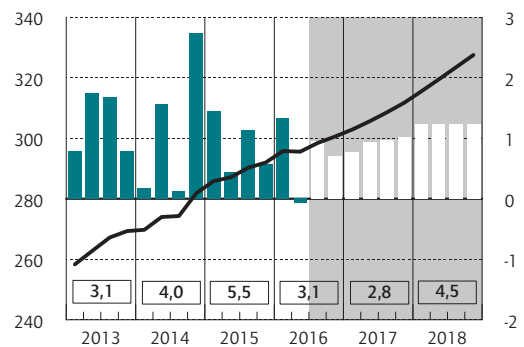
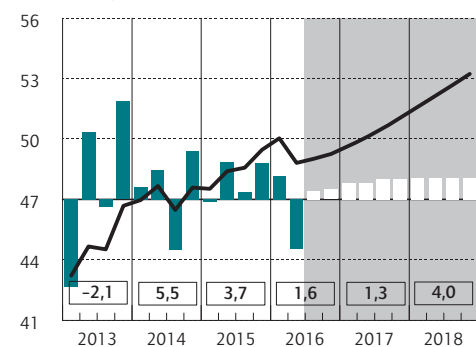
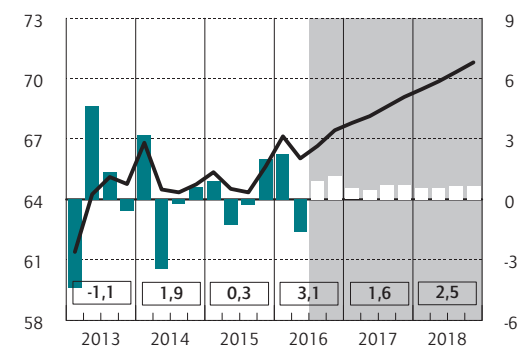
Der private Konsum wird im Prognosezeitraum zum Wachstum beitragen. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort, schwächt sich jedoch etwas ab; die Anhebung des Mindestlohns im kommenden Jahr dürfte dabei keinen nennenswerten Effekt haben. Die Realeinkommen der privaten Haushalte wurden in den vergangenen Quartalen wiederholt merklich von den gesunkenen Energiepreisen begünstigt; mittlerweile dämpfen steigende Energiepreise die Kaufkraft jedoch. Die Inflation dürfte im Verlauf zulegen und im jahresdurchschnittlichen Vergleich – nach einem geringen Preisauftrieb in diesem Jahr – in den kommenden Jahren höher ausfallen (Tabelle 2). Vor allem deshalb wird der private Verbrauch etwas an Tempo verlieren.

Die Finanzlage des Staates ist nach wie vor günstig: Der Überschuss steigt in diesem Jahr erneut an, auf 0,9 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. In den kommenden beiden Jahren liegt er bei jeweils 0,5 Prozent.

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

Bruttoinlandsprodukt**Konsumausgaben der privaten Haushalte****Exporte****Importe****Ausrüstungsinvestitionen****Bauinvestitionen**

— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 □ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem dritten Quartal 2016.

© DIW Berlin 2016

Die deutsche Wirtschaft dürfte 2016 im jahresdurchschnittlichen Vergleich um 1,9 Prozent zulegen. Die Prognose liegt damit etwa zwei Zehntel höher als im Sommer. Nach einer Revision der amtlichen Statistik wird die Produktion zum Jahresauftakt nunmehr höher als bis-

lang ausgewiesen; zudem war die Entwicklung im zweiten Quartal etwas kräftiger als prognostiziert.

Im kommenden Jahr wird die deutsche Wirtschaft wohl um 1,0 Prozent wachsen; allein aufgrund einer geringe-

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2016				2017				2018			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,3	0,2	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	1,3	0,6	0,7	0,3	1,2	1,3	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	1,7	-1,5	0,7	0,8	0,6	0,6	0,8	0,8	0,7	0,7	0,8	0,8
Ausrüstungen	1,2	-2,4	0,4	0,5	0,8	0,8	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1
Bauten	2,3	-1,6	0,9	1,2	0,5	0,5	0,7	0,7	0,6	0,6	0,7	0,7
Sonstige Investitionen	0,9	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Lagerveränderung ¹	-0,3	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,5	-0,2	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	0,3	0,6	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	1,6	1,2	0,6	0,2	0,3	0,4	0,6	0,8	1,1	1,1	1,1	1,1
Import	1,3	-0,1	1,0	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,4	0,3	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

¹ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab drittem Quartal 2016.

© DIW Berlin 2016

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,5	1,6	1,7	1,9	1,0	1,6
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	42 328	42 662	43 057	43 576	43 941	44 283
Erwerbslose, ILO	2 182	2 092	1 949	1 818	1 768	1 708
Arbeitslose, BA	2 950	2 898	2 795	2 685	2 635	2 586
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,2	5,0	4,6	4,3	4,1	4,0
Arbeitslosenquote, BA ²	6,9	6,7	6,4	6,1	5,9	5,8
Verbraucherpreise ³	1,5	0,9	0,2	0,5	1,6	1,5
Lohnstückkosten ⁴	1,8	1,7	1,5	1,4	2,0	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-5,7	8,1	22,6	27,1	14,6	15,8
In Prozent des BIP	-0,2	0,3	0,7	0,9	0,5	0,5
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	6,7	7,3	8,4	8,9	8,2	8,1

¹ In Preisen des Vorjahres.² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).³ Verbraucherpreisindex.⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2016, 2017 und 2018: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

ren Zahl von Arbeitstagen fällt das Wachstum um vier Zehntel-Prozentpunkte niedriger aus als im Vorjahr. Zudem wirkt sich die Brexit-Entscheidung vor allem auf die Rate im kommenden Jahr aus und dürfte das Wachstum um etwa drei Zehntel-Prozentpunkte dämpfen (Kasten 1). Im Verlauf des Jahres 2017 dürfte die wirtschaftliche Entwicklung bereits wieder etwas an Tempo gewinnen und dieses im darauffolgenden Jahr hal-

ten. Der Zuwachs bei der Wirtschaftsleistung fällt dann mit 1,6 Prozent wohl wieder höher aus. Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dürften im gesamten Prognosezeitraum in etwa normal ausgelastet sein (Abbildung 2).

Aufwärts- und Abwärtsrisiken für die Prognose gehen zum einen von den Annahmen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration aus. Zum anderen wird für die

Kasten 1

Auswirkungen des Brexit-Votums auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Am 23. Juni 2016 wurde im Vereinigten Königreich über den Verbleib des Landes in der Europäischen Union abgestimmt. Das Ergebnis des Referendums fiel knapp zugunsten von Austrittsverhandlungen aus. Dies ist eine für die Europäische Union bisher noch nicht dagewesene Entscheidung, die unmittelbare Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum hat und in erheblichem Maß auch Deutschland, das einen hohen Anteil der Exporte in das Vereinigte Königreich liefert, trifft. Das DIW Berlin hat in mehreren Studien die Konsequenzen des Votums untersucht und die Folgen für die europäische und deutsche Wirtschaft quantifiziert.

Dabei sind zwei wesentliche Effekte zu unterscheiden: Erstens ist aufgrund des Ausgangs des Referendums mit einem erheblichen Rückgang der Nachfrage aus Großbritannien zu rechnen. Dies liegt einerseits an der Abwertung des britischen Pfunds, dass seit Jahresbeginn gegenüber dem Euro um gut ein Fünftel abgewertet hat. Zudem dürfte die Nachfrage nach Investitionsgütern im Vereinigtes Königreich einbrechen. Auch diese werden in erheblichem Umfang importiert. Beide Effekte wurden in Kooperation mit dem Londoner Wirtschaftsforschungsinstitut NIESR abgeschätzt.¹ Simulationsrechnungen mit Hilfe des globalen Modells NiGEM zeigen, dass das Votum für einen Brexit mit erheblichen negativen Konsequenzen für das Vereinigte Königreich, Europa und auch Deutschland verbunden ist. Die Modellrechnungen ergaben, dass die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich in diesem Jahr um rund 0,3 Prozentpunkte und im Jahr 2017 um 1,2 Prozentpunkte langsamer steigen wird, als dies ohne ein Votum für Austrittsverhandlungen der Fall gewesen wäre. Die sinkende Auslandsnachfrage dürfte sich auch in Deutschland niederschlagen – der Anteil von Ausfuhren Deutschlands in das Vereinigte Königreich beträgt rund 7,5 Prozent und ist damit im Vergleich mit anderen großen Volkswirtschaften Europas wie Italien oder Frankreich hoch. Beispielsweise haben angesichts der großen Bedeutung des Vereinigten Königreichs für die deutschen Automobilhersteller deren Bewertungen – neben jenen der Banken- und Versicherungswirtschaft – an den Finanzmärkten nach dem Austrittsvotum stark nachgegeben.²

Zweitens ist in der gesamten Europäischen Union mit einer erheblichen Verunsicherung der Unternehmen hinsichtlich der zukünftigen Handelsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich zu rechnen. Dies schlägt sich unmittelbar in einer sinkenden Investitionsbereitschaft nieder und dürfte sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken. Die Ergebnisse ökonomischer Analysen bestätigen diese Vermutung. Gegenüber einer Situation ohne Austrittsvotum des Vereinigten Königreichs wird die Investitionstätigkeit in Deutschland und im gesamten Euroraum erheblich beeinträchtigt. Diesen Simulationen zufolge hätte ein Unsicherheitsschock wie nach dem Brexit-Votum beobachtet zur Folge, dass die Investitionen im Euroraum ein Jahr nach dem Schock rund 0,7 Prozent unterhalb des sonst beobachteten Niveaus liegen. Für Deutschland hätte ein Unsicherheitsschock eine Dämpfung um ein Prozent zur Folge. Besonders ausgeprägt ist dabei die Zurückhaltung bei der Anschaffung neuer Maschinen und Anlagen, während die Investitionen in Fahrzeuge weniger stark beeinträchtigt werden.³

Alles in allem dürfte unter Berücksichtigung auch indirekter Handelseffekte das Wirtschaftswachstum im Euroraum aufgrund der Brexit-Entscheidung im laufenden Jahr um 0,1 Prozentpunkte gedämpft werden; im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozentpunkte geringer ausfallen. Für Deutschland ist mit Effekten in gleicher Größenordnung auszugehen.⁴ Maßgeblich ist dabei der negative Impuls des Außenbeitrags (Abbildung).

Darüber hinaus gibt es weitere kurz- und langfristige Transmissionskanäle eines Brexits auf die Wirtschaft im Euroraum, von denen jedoch nicht alle nur negative Auswirkungen haben dürften. Erstens hätte ein Austritt spürbare Effekte über den EU-Haushalt, da das Vereinigte Königreich der drittgrößte Nettozahler in der EU ist. Sollen Ausgabenkürzungen vermieden werden, müssten andere Länder, allen voran Deutschland und Frankreich, einen größeren Beitrag leisten. Zweitens ist das Vereinigte Königreich eines der wichtigsten Empfängerländer von Direktinvestitionen aus dem Euroraum, sodass im Falle eines Brexits womöglich Gewinneinbußen entstehen. Mittelfristig könnte der Euroraum aber auch von einem Rückgang der Direkt-

¹ Vgl. Fichtner et al. (2016a): Brexit-Entscheidung belastet deutsche Konjunktur, DIW Wochenbericht Nr. 31/2016, 675–678.

² Vgl. Fichtner et al. (2016b): Hohe Unsicherheit nach Brexit-Entscheidung dürfte Wachstum bereits kurzfristig dämpfen, DIW Wochenbericht Nr. 27/2016, 584–590.

³ Vgl. Rieth et al. (2016): Unsicherheitsschock durch Brexit-Votum verringert Investitionstätigkeit und Bruttoinlandsprodukt im Euroraum und Deutschland. DIW Wochenbericht Nr. 32+33/2016, 695–703.

⁴ Vgl. Fichtner et al. (2016a), a. a. O.

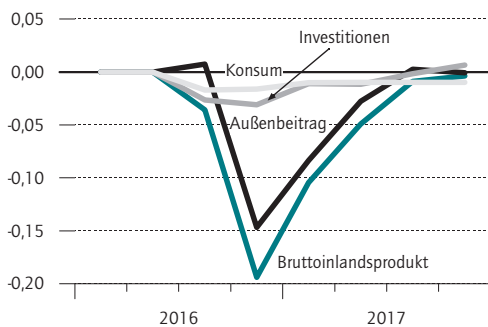
Prognose unterstellt, dass bis Ende 2018 hinsichtlich der künftigen Handelsbeziehungen zum Vereinigten Königreich noch keine Einigung erzielt werden kann. Günsti-

ge Vereinbarungen könnten die Brexit-bedingte Investitionszurückhaltung dagegen lösen, wohingegen eine sich abzeichnende Verschlechterung der Handelsbeziehun-

Abbildung

Änderungen der Wachstumsbeiträge aufgrund der Brexit-Entscheidung

In Prozentpunkten



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

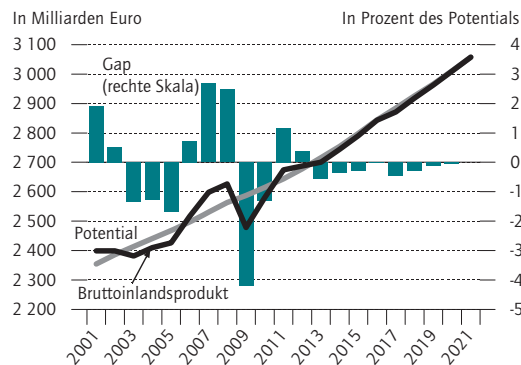
Investitionen in das Vereinigte Königreich profitieren, sollte ein Teil der Mittel stattdessen in heimische Unternehmen investiert werden. Drittens könnten die Kosten für Finanzdienstleistungen steigen, sollte der Zugang zum Finanzplatz London durch einen Austritt erschwert werden. Insbesondere Banken des Euroraums müssten Teile ihrer Aktivitäten verlagern; neben den Reallokationskosten hätte dies auch einen Verlust der komparativen Vorteile am Standort London, wie hochqualifiziertes Personal und die Marktinfrastruktur, zur Folge. Frankfurt als Finanzzentrum könnte jedoch von einer Arbeitsplatzverlagerung profitieren,⁵ wie auch der deutsche Arbeitsmarkt insgesamt, wenn gut qualifizierte Arbeitskräfte, etwa aus Polen, künftig verstärkt nach Deutschland kommen.

⁵ Miethe, J., Pothier, D. (2016): Brexit: Was steht für den britischen Finanzsektor auf dem Spiel? DIW Wochenbericht Nr. 31/2016, 681–690.

gen dazu führen würde, dass sich Unternehmen durch zusätzlich gedämpfte Investitionen an die eingetrübten Perspektiven anpassen.

Abbildung 2

Produktionspotential und Bruttoinlandsprodukt



Quellen: Statistisches Bundesamt; Schätzung des DIW Berlin.

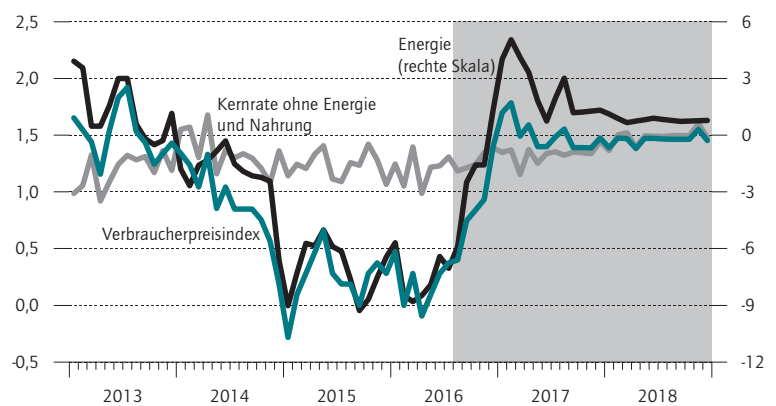
© DIW Berlin 2016

Die deutsche Wirtschaft ist in etwa normal ausgelastet.

Abbildung 3

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex

In Prozent gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Destatis.

© DIW Berlin 2016

Zum Jahreswechsel zieht die Inflation wieder an, vornehmlich getrieben von den Energiepreisen.

Verbraucherpreise ziehen etwas an

Im Zuge anziehender Rohölnotierungen sind die Verbraucherpreise im Frühjahr erstmals seit einem Jahr im Vorquartalsvergleich wieder gestiegen – mit 0,6 Prozent sogar recht kräftig. Die Ölpreise waren bis Januar dieses

Kasten 2

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die EZB-Geldpolitik ist weiterhin expansiv ausgerichtet; für den Prognosezeitraum werden keine Zinsschritte unterstellt. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen liegen im Jahresdurchschnitt 2016 bei 0,1 Prozent und steigen in den kommenden Jahren nur geringfügig. Der nominale Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro wird gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; in dieser Prognose wird der durchschnittliche Wechselkurs der vergangenen 30 Tage unterstellt. Der Stichtag, der diesen Annahmen zugrunde liegt, ist der 23. August 2016. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brent-Öl herangezogen, die einen moderaten Anstieg im Prognosezeitraum anzeigen. Die Tariflöhne auf Stundenbasis legen im laufenden Jahr um 2,3 Prozent zu, im nächsten und im übernächsten Jahr um 2,1 Prozent bzw. 2,4 Prozent.

Die Finanzpolitik wird bis Ende 2017 leicht expansiv ausgerichtet sein (Tabelle 2). Zu Beginn des laufenden Jahres wurden der Grund- und der Kinderfreibetrag angehoben sowie das Kindergeld erhöht. Der Bund hat – über die gesamte Legislaturperiode – zusätzliche Mittel für Investitionen bereitgestellt. Auf

kommunaler Ebene dürfte die Förderung von Investitionen in finanzschwachen Kommunen während des gesamten Prognosezeitraums mit Mehrausgaben einhergehen. Der Umfang der zusätzlichen Mittel wird allerdings geringer, beispielsweise werden im kommenden Jahr weniger Mittel in den Ausbau der Kita-Plätze fließen. Die von der Politik zuletzt beschlossenen zusätzlichen Ausgaben zur Förderung des sozialen Wohnens (Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte, zusätzliche Bundesmittel für den Bereich "soziale Stadt") dürften im kommenden Jahr hingegen nochmals leicht erhöht werden. Dies gilt auch für Ausgaben zum Ausbau des Breitbandnetzes, der bis zum Jahr 2018 gefördert wird, wie auch für die beschlossenen Mehrausgaben sind auch im Bereich der Inneren und Äußeren Sicherheit.

Bei den Sozialversicherungen halten sich die expansiven und kontraktiven Impulse diskretionärer Maßnahmen im laufenden und im kommenden Jahr in etwa die Waage. Einerseits dürfte der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung in jedem Jahr des Prognosezeitraums steigen und der Beitragssatz zur Pflegeversicherung wird im Jahr 2017 angehoben. Andererseits ist die Insolvenzgeldumlage zu Beginn des Jahres 2016 gesenkt worden und das Krankenhausstrukturgesetz oder das 2. Pflegeverstärkungsgesetz gehen mit deutlichen Mehrausgaben einher. Für das Jahr 2018 zeichnet sich zudem eine Belastung der Rentenkasse wegen der angestrebten Angleichung der Ost-Renten an das West-Rentenniveau im Jahr 2020 ab. In Relation zur nominalen Wirtschaftsleistung dürfte der finanzpolitische Impuls der diskretionären Maßnahmen im laufenden Jahr bei 0,3 Prozent, im Jahr 2017 bei 0,2 Prozent liegen; im Jahr 2018 wird sie in etwa neutral ausgerichtet sein.

In der Wirkung wird die Finanzpolitik bis Ende 2017 allerdings deutlich expansiver ausgerichtet sein, als es die diskretionären Maßnahmen anzeigen. Nur ein geringer Teil der in Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration anfallenden Ausgaben geht auf diskretionäre Beschlüsse zurück. Der überwiegende Teil der mit der Zuwanderung verbundenen Ausgaben begründet sich durch bestehende Gesetze.

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2016	2017	2018
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,0
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,3	-0,2	-0,1
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,6	0,6	0,8
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,1	0,1	0,3
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,11	1,11	1,11
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr	2,3	2,1	2,4
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	45,6	52,8	54,2
Erdölpreis	Euro/Barrel	41,0	47,5	48,8

© DIW Berlin 2016

Jahres eingebrochen; deswegen liegen die Energiepreise im Durchschnitt dieses Jahres deutlich niedriger als im vergangenen Jahr. Seit Frühjahr steigen die Ölpreise wieder; dies dämpft die Kaufkraft (Abbildung 3). Da sie annahmegemäß weiter etwas zulegen (Kasten 2), liegen die Energiepreise im Durchschnitt des kommenden Jahres deutlich höher als in diesem Jahr; im Jahr 2018 dürften sie nur leicht zur Teuerung beitragen.

Auch die Preise ohne Energie legten zuletzt etwas stärker zu. Insbesondere Dienstleistungen verteuerten sich im Juli deutlich.¹ Der Preisauftrieb dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen: Die jüngste kräftige Preisent-

¹ Darunter Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (4,2 Prozent), Versicherungsdienstleistungen (3,2 Prozent), Sport- und Erholungsdienstleistungen (2,8 Prozent) oder die Wartung von Fahrzeugen (2,5 Prozent).

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2015

	2016	2017	2018
Alterseinkünftegesetz	–1,2	–2,4	–3,6
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2015 und 2016	–4,6	–4,4	–4,7
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,0	–0,2	–0,2
Ausweitung der LkW-Maut	0,3	0,3	0,3
zusätzliche Investitionsausgaben ³	–2,6	–1,8	–1,9
Förderung des Breitbandausbaus	–0,4	–0,6	–0,1
Förderung des sozialen Wohnens ⁴	–0,8	–1,2	–1,2
Prämie beim Kauf von Elektro- und Hybridfahrzeugen durch den Bund	–0,1	–0,3	–0,3
Mehrausgaben bei der Inneren und Äußerer Sicherheit		–2,1	–3,1
Erhöhung der BAFöG-Leistungen	–0,1	–0,3	–0,3
Änderungen beim Wohngeld	–0,6	–0,5	–0,5
Mehrausgaben in Zusammenhang mit Eingliederungsmaßnahmen u. a.		–1,0	–1,0
Integrationsgesetz		–0,3	–0,2
Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 01.01.2016 um 0,03 Prozentpunkte		–0,4	–0,4
Rentenangleichung Ost			–0,9
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2017 um 0,2 Prozentpunkte		2,6	2,7
2. Pflegeverstärkungsgesetz		–4,8	–4,8
Erhöhung des Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung jeweils zum 01.01. der Jahre 2016, 2017 und 2018 um 0,2 Prozentpunkte	2,4	3,6	5,8
Krankenhausstrukturgesetz	–0,4	–0,7	–0,8
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	–0,6	–1,3	–2,1
Insgesamt	–8,6	–15,7	–17,3
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,3	–0,5	–0,5

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.² Abschaffung der Eigenheimzulage, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, Erhöhung des Grundfreibetrags 2013, steuerliche Förderung der Elektromobilität.³ Zusätzliche Verkehrsinfrastrukturausgaben des Bundes, zusätzliche investive Ausgaben finanzschwacher Kommunen mittels Förderung durch Bundessondervermögen, Aufstockung der Kita-Ausgaben sowie der Mittel für die außeruniversitäre Forschung aufgrund des Koalitionsvertrages; Maßnahmen gemäß Finanzplanung 2017.⁴ Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte, zusätzliche Bundesmittel für den Bereich „soziale Stadt“.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

wicklung auf der Erzeugerstufe deutet darauf hin, dass steigende Produktionskosten weitergegeben werden, und auch die Importpreise für Konsumgüter sind zuletzt deutlich gestiegen (Abbildung 4). So dürfte im Umfeld der günstigen Binnenkonjunktur die Kerninflation etwas anziehen. Nach 0,5 Prozent in diesem Jahr wird die Inflation mit etwa anderthalb Prozent in den kommenden beiden Jahren aber dennoch verhalten bleiben.

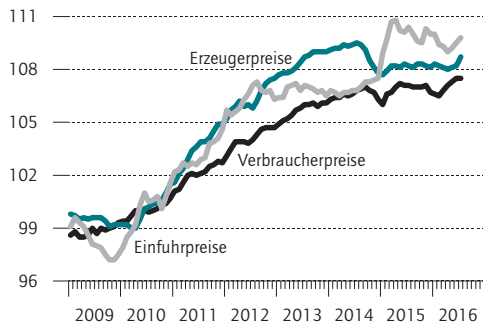
Kräftiger Beschäftigungsaufbau verhindert anziehende Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigung hat bis zuletzt mit unvermindert hohem Tempo zugenommen (Abbildung 5). Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging indes nur geringfügig zurück. Denn es sind weiterhin vermehrt Arbeitskräfte aus dem Ausland zugewandert – insbesondere aus anderen

Abbildung 4

Erzeuger- und Einfuhrpreise für Konsumgüter

Index 2010 = 100



Quelle: Destatis.

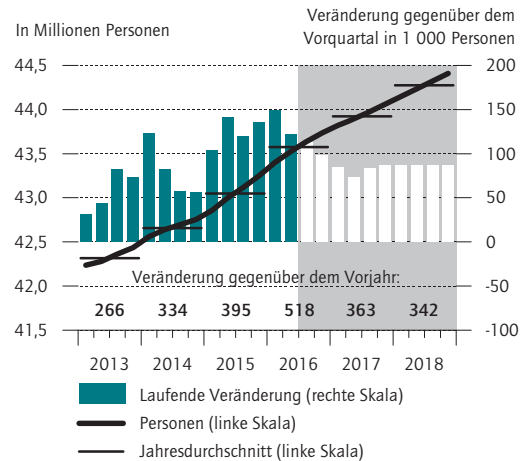
© DIW Berlin 2016

Sowohl die Erzeuger- als auch die Einfuhrpreise für Konsumgüter haben zuletzt deutlich zugelegt.

Abbildung 5

Erwerbstätige

Index 2010 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Beschäftigungsaufbau setzt sich fort, verliert aber etwas Tempo.

Tabelle 3

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2014	2015	2016	2017	2018
Erwerbstätige im Inland	42,66	43,06	43,58	43,94	44,28
Selbstständige und mithelf. Familienangehörige	4,40	4,33	4,30	4,29	4,28
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	30,22	30,86	31,46	31,87	32,24
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,90	1,91	1,91	1,92	1,93
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	5,03	4,85	4,80	4,75	4,73
Sonstige	1,15	1,11	1,10	1,11	1,10
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,06	-0,08	-0,08	-0,08	-0,08
Erwerbstätige Inländer	42,60	42,98	43,49	43,86	44,20
Erwerbslose	2,09	1,94	1,82	1,77	1,71
Erwerbspersonen	44,75	45,01	45,39	45,71	45,99
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	2,90	2,79	2,69	2,64	2,59
Arbeitslosenquote BA ¹ – in Prozent	6,7	6,4	6,1	5,9	5,8
Arbeitslosenquote SGB ² – in Prozent	6,7	6,4	6,1	5,9	5,8
Erwerbslosenquote VGR ³ – in Prozent	4,7	4,3	4,0	3,8	3,7
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – in Prozent	5,0	4,6	4,3	4,1	4,0
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	39,74	40,06	40,92	41,17	41,39

¹ Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

² Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

³ Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Ländern der EU und dabei vor allem aus Ost- und Südosteuropa.² Das Erwerbspersonenpotential hat sich damit erhöht. Überdies macht sich zunehmend bemerkbar, dass vermehrt Asylverfahren abgeschlossen werden und eine steigende Zahl an Flüchtlingen eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhält. Nicht alle zählen zu den Erwerbspersonen, ein Teil nimmt erst einmal an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik oder anderen Maßnahmen teil. Das inländische Erwerbspersonenpotenzial dürfte indes schrumpfen; die zuletzt wieder anziehende Erwerbsbeteiligung reicht nicht ganz aus, um den Rückgang aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung auszugleichen.

Weiterhin ist allein die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung expandiert. Bei den Mini-Jobs kam der im Zusammenhang mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns einsetzende Rückgang zum Stillstand und die Zahl der Personen, die ausschließlich einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, stagniert seit Jahresbeginn. Bei der selbständigen Beschäftigung hält indes der Abbau weiter an.

Im Prognosezeitraum nimmt die Zahl der Erwerbstätigen weiter zu – wiederum getragen von der abhängigen, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (Tabelle 3).

² Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Statistik (2016): Hintergrundinformation. Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt. Juli. Nürnberg.

Bei den Mini-Jobs dürfte es hingegen zu einer leichten Abnahme kommen, denn durch die zu Beginn des kommenden Jahres anstehende Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns verliert diese Beschäftigungsform nochmals an Attraktivität. Bei den übrigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dürfte die Erhöhung des Mindestlohns keine spürbare Beschäftigungswirkung entfalten. Die Zahl der Selbständigen dürfte weiter zurückgehen, da wegen der guten Arbeitsmarktentwicklung eine abhängige Beschäftigung nicht selten als bessere Alternative angesehen wird. In diesem Jahr wird bei der Zahl der Erwerbstätigen das Vorjahresergebnis um reichlich eine halbe Million übertroffen, im nächsten Jahr werden es 360 000 und 2018 fast ebenso viele mehr sein.

Aufgrund weiterer Zuwanderung von Arbeitskräften und infolge des vermehrten Arbeitsangebots bereits in Deutschland lebender Flüchtlinge nimmt das Erwerbspersonenpotenzial weiter zu. Gleichwohl baut sich die Arbeitslosigkeit ab, was aber auch damit zusammenhängt, dass die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ausgeweitet wird. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist zudem nicht groß: Im Jahresdurchschnitt wird es 2016 reichlich 100 000 weniger Arbeitslose als im Vorjahr geben; 2017 und 2018 ist das Minus halb so groß. Die Arbeitslosenquote dürfte sich 2016 auf 6,1 Prozent belaufen, 2017 sind es 5,9 Prozent und im Jahr danach 5,8 Prozent.

Trotz des kräftigen Beschäftigungsaufbaus fielen die Lohnsteigerungen in der ersten Hälfte dieses Jahres ausgesprochen schwach aus. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Stundenlöhne, nicht so sehr hinsichtlich der Pro-Kopf-Entgelte, da die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit etwas gestiegen ist. Gerade abgeschlossene Tarifverhandlungen (im Baugewerbe und in der Chemieindustrie) lassen aber für die nächsten Monate stärkere Lohnanhebungen erwarten. Zum Jahreswechsel kommt die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes hinzu sowie eine deutliche Anhebung der Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Bemerkbar dürfte sich bei den Löhnen in den ersten beiden Quartalen von 2017 eine zeitweilige konjunkturelle Eintrübung infolge des Brexits machen – und zwar vor allem infolge von verkürzter Arbeitszeit. Das mindert die Pro-Kopf-Entgelte. Danach nimmt die durchschnittliche Arbeitszeit wieder etwas zu und verharrt im Prognosezeitraum auf dem erreichten Niveau. Die Stundenlöhne ziehen nach der Jahreswende zwar an, die bereits vorliegenden und ins nächste sowie mitunter ins übernächste Jahr reichenden Tarifvereinbarungen lassen aber trotz guter Arbeitsmarktentwicklung keinen dynamischen Lohnauftrieb erwarten.

Privater Verbrauch verliert an Schwung

Die Dynamik des privaten Verbrauchs hat sich zuletzt abgeschwächt. Der Lohnauftrieb war im ersten Halbjahr dieses Jahres verhalten, vor allem aber hat sich die Ölpreisentwicklung umgekehrt und belastet die Kaufkraft. Im laufenden Quartal dürfte noch die deutliche Rentensteigerung den Konsum anregen, auch wenn ein relativ großer Teil hiervon gespart werden dürfte. Im weiteren Verlauf wird der private Verbrauch aber wohl nur mit geringerem Tempo ausgeweitet werden. Die Inflation zieht wieder leicht an, und der Beschäftigungsaufbau verliert etwas Schwung. Auch die Löhne werden nicht so kräftig steigen wie in den vergangenen Jahren, wenngleich sie angesichts zunehmender Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt im Verlauf wieder stärker zulegen dürften als zuletzt.

Die nach Deutschland Geflüchteten tragen etwas mehr als im vergangenen Jahr zum Konsum bei. Sobald ein Asylverfahren abgeschlossen ist und Flüchtlinge als Asylberechtigte anerkannt sind, entsteht ein Anspruch auf Arbeitslosengeld II, das mit höheren Transfers als zuvor verbunden ist.

Die Lohnsumme dürfte im Durchschnitt dieses Jahres kräftig zulegen, aber nicht mehr so deutlich wie in den vergangenen Jahren. Im kommenden Jahr fällt der Zuwachs nochmals geringer aus, vor allem weil sich das Arbeitsvolumen vorübergehend – im Zuge der dämpfenden Auswirkungen der Brexit-Entscheidung – verhalten entwickeln dürfte. Im Jahr 2018 fällt der Anstieg dann wohl wieder etwas höher aus, wenngleich das Plus noch immer niedriger ausfällt als dieses Jahr. Netto ist der Zuwachs in allen Jahren des Prognosezeitraums, vor allem aber im kommenden, geringer als brutto: Zum einen legt die Lohnsteuer mit durchschnittlich gut vier Prozent stärker zu als die Bruttolöhne; zum anderen belastet der Anstieg des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialversicherungen. Die monetären Sozialleistungen legen mit gut drei Prozent im Prognosezeitraum spürbar zu. In diesem Jahr liegt das insbesondere an der deutlichen Rentensteigerung. Aber auch die den Geflüchteten zufließenden Leistungen tragen zu dem Anstieg bei. Allerdings führt die rückläufige Zahl an Arbeitslosen zu sinkenden Zahlungen an die Arbeitslosen. Die übrigen Einkommen der privaten Haushalte dürften ihr Tempo vom vergangenen Jahr in etwa halten: Die Einkommen aus selbstständiger Arbeit entwickeln sich alles in allem günstig und den geringen Zinseinkommen stehen rückläufige Zinskosten entlastend gegenüber. Die verfügbaren Einkommen steigen mit knapp zweieinhalb Prozent spürbar; dieser Zuwachs entspricht dem Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre, fällt aber nicht so kräftig aus wie im vergangenen Jahr. Real legen die verfügbaren Einkommen in diesem Jahr erneut deutlich zu,

um fast zwei Prozent, in den kommenden beiden Jahren fällt der Zuwachs aufgrund der höheren Inflation mit gut ein Prozent allerdings geringer aus.

Brexit drückt Investitionsbereitschaft der Unternehmen

Die Investitionen in Ausrüstungen haben nach der positiven Entwicklung im Winterhalbjahr 2015/2016 im zweiten Quartal des laufenden Jahres einen kräftigen Rücksetzer erfahren. Dieser ist einerseits auf eine rückläufige Investitionstätigkeit des Staates zurückzuführen. Andererseits haben auch die Unternehmen deutlich weniger in Ausrüstungen investiert, was wohl teilweise auch auf die im Frühjahr herrschenden Nervosität an den Finanzmärkten und die eingetrübten weltwirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven zurückzuführen ist.

Auch in den kommenden Quartalen wird die Investitionstätigkeit verhalten bleiben. Die moderat aufwärtsgerichtete Grunddynamik hält zwar angesichts der weiteren Erholung im Euroraum und der robusten Binnenkonjunktur an. Im verarbeitenden Gewerbe gibt es laut Order-Capacity Index nach wie vor einen leichten Bestellüberhang, sodass Bedarf für die Ausweitung der Produktionskapazitäten herrschen dürfte. Zudem bleiben die Finanzierungsbedingungen weiterhin ausgesprochen vorteilhaft. Allerdings wird der eingeschlagene Aufwärtstrend durch die Folgen des Votums für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union überlagert. Dabei dürften zwei Effekte zum Tragen kommen: Zum einen sinkt die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen aus Deutschland, was vor allem bei Unternehmen exportorientierter Wirtschaftszweige, etwa der Automobilindustrie, zu geringeren Investitionen führen. Zum anderen dämpft die Unsicherheit über die zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union die Investitionsbereitschaft der Unternehmen.³ Dies kommt auch in der derzeitigen Beurteilung der Geschäftslage und der Geschäftsaussichten zum Ausdruck, die sich insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe bis zum August deutlich eingetrübt hat; vor allem die Erwartungen der Investitionsgüterhersteller sind seit dem Brexit-Votum eingebrochen.

Die Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller aus dem Inland sind zuletzt deutlich zurückgegangen. Auch die Umsätze legen eine nur geringe Ausweitung der Anschaffungen neuer Maschinen, Geräte und Fahrzeuge nahe. Für die zweite Jahreshälfte ist auch angesichts der erheblichen Verunsicherung durch das Brexit-Votum und der geringeren Ausfuhren insgesamt nur mit

einer geringen Ausweitung der Investitionen zu rechnen. Erst ab Mitte kommenden Jahres dürften die Anschaffungen neuer Anlagen wieder an Fahrt gewinnen. Von der Unsicherheit wenig beeinträchtigt dürften die sonstigen Investitionen bleiben.

Wohnungsbau legt weiter zu

Die Bautätigkeit hat im Winterhalbjahr begünstigt durch die milde Witterung deutlich expandiert. Daher fiel die übliche Frühjahrsbelebung aus. Allerdings war die Entwicklung in den einzelnen Bausparten unterschiedlich: Während in öffentliche Bauten und Wirtschaftsbauten im zweiten Quartal 2016 deutlich weniger investiert wurde, hielt die Aufwärtsbewegung im Wohnungsbau an.

Vieles spricht dafür, dass sich diese Entwicklung im Prognosezeitraum fortsetzt. Nach wie vor reicht die Neubaulistung nicht aus, um die gestiegene Wohnungsnachfrage gerade in den Städten zu befriedigen.⁴ Auch bleiben die Aussichten für die Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung gut und das Zinsniveau außerordentlich niedrig. Derzeit mehren sich allerdings Berichte über eine restriktivere Vergabe von Immobilienkrediten aufgrund der Umsetzung der Europäischen Immobilienkreditrichtlinie⁵ in nationales Recht im Frühjahr dieses Jahres. Tatsächlich weist auch der Bank Lending Survey auf eine entsprechende Verschärfung in der Vergabepraxis hin (Abbildung 6). Dies könnte die Nachfrage für Wohnungsbaukredite und damit die Nachfrage nach Bauleistungen dämpfen.

Für einen dennoch anhaltenden Aufwärtstrend sprechen dagegen die wieder gestiegenen Baugenehmigungen, die nach Vorzieheffekten aufgrund der Verschärfung der Energieeinsparverordnung zum Jahreswechsel außergewöhnlich stark zugenommen haben. Auch die Auftragslage, das Geschäftsklima sowie die Auslastung der Unternehmen erreichen immer neue Höchststände. Einer noch stärkeren Expansion der Bautätigkeit dürften allerdings vermehrt Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft aber auch Engpässe auf Seite der Baulanderschließung entgegenstehen. Angesichts der positiven

⁴ Der Neubaubedarf wird im Bericht des vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) initiierten „Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen“ bis zum Jahr 2025 auf mindestens 350 000 Wohnungen jährlich beziffert. Die derzeitige Bauleistung liegt bei circa 250 000 neu errichteten Wohnungen.

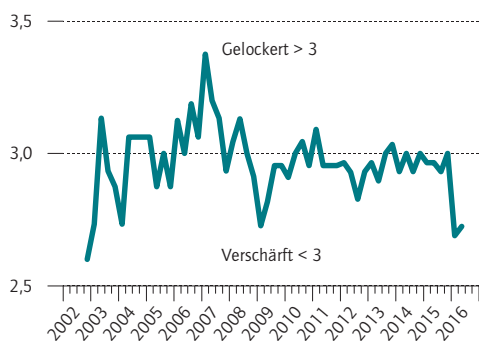
⁵ Die durch die Immobilienkreditrichtlinie der Europäischen Union notwendigen Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch wurden im März durch den Bundestag beschlossen. Neben verschiedenen Änderungen hinsichtlich der Aufklärungspflicht der Verbraucher durch Kreditvermittler verlangt das Gesetz nun eine angemessene Risikobewertung, um VerbraucherInnen angemessene Produkte zu vermitteln (§511 BGB). In der Erläuterung zum Gesetz werden explizit Faktoren wie die Lebenserwartung oder das Risiko der Arbeitslosigkeit genannt. Berichten zufolge legen Banken diese Änderungen angesichts möglicher Regressforderungen relativ strikt aus, sodass die Kreditvergabe für bestimmte Haushalte erschwert wird.

³ Vgl. Rieth, M. et al. (2016): Unsicherheitsschock durch Brexit-Votum verringert Investitionstätigkeit und Bruttoinlandsprodukt im Euroraum und Deutschland. DIW Wochenbericht Nr. 32+33/2016, 695–703.

Abbildung 6

Vergabestandards für Wohnungsbaukredite laut Bank Lending Survey

Mittelwerte



Quelle: Deutsche Bundesbank.

© DIW Berlin 2016

Die Kreditvergabestandards für Wohnungsbaukredite haben zuletzt sichtbar angezogen.

Aussichten dürften die Wohnungsbauinvestitionen aber im gesamten Prognosezeitraum deutlich aufwärtsgerichtet bleiben. Für das laufende Jahr ist nach dem starken Jahresbeginn mit einer Expansion um rund vier Prozent zu rechnen. Im Jahr 2017 dürfte die Steigerung 2,2 Prozent betragen und im Jahr 2018 mit 3,2 Prozent erneut kräftig ausfallen (Tabelle 4).

Die Wirtschaftsbauminvestitionen dürften demgegenüber verhaltener ausgeweitet werden. Die Auftragsbücher sind zwar auch hier nach wie vor gut gefüllt. So haben sich die Lagebeurteilung und die Beurteilung der Geschäftsaussichten der Bauunternehmen deutlich aufgehellt. Allerdings dürfte das Votum für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union auch für den Wirtschaftsbau dämpfend wirken: Einige Bauprojekte von den zuletzt vermehrt genehmigten Neubauten von Fabrik- und Werkstattgebäuden aber auch von Handels- und Lagergebäuden dürften zunächst zurückgestellt werden. Insgesamt ist angesichts des deutlichen Rücksetzers im zweiten Quartal mit einer Stagnation der Wirtschaftsbauminvestitionen für das laufende Jahr zu rechnen. Auch im kommenden Jahr dürfte die Bautätigkeit nur geringfügig steigen. Im Jahr 2018 ist allerdings mit einer deutlicheren Expansion um rund zwei Prozent auszugehen.

Im Bereich des öffentlichen Baus, der zuletzt wohl vor allem von der Umsetzung von Tief- und Straßenbauprojekten sowie von den Aufwendungen für die Unterbringung von Flüchtlingen profitiert hat, sind in der zweiten Jahreshälfte 2016 kräftige Impulse zu erwarten – dies deuten die Stimmungsindikatoren aber auch die Auftrags-

Tabelle 4

Reale Bauinvestitionen (Veränderung)

In Prozent

	2015	2014	2015	2016	2017	2018
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	60,3	2,9	1,5	4,0	2,2	3,2
Nichtwohnungsbau	39,7	0,4	-1,4	1,8	0,6	1,4
Gewerblicher Bau	27,9	-0,4	-1,8	0,0	0,3	2,0
Öffentlicher Bau	11,8	2,4	-0,4	6,2	1,5	0,0
Bauinvestitionen	100,0	1,9	0,3	3,1	1,6	2,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Vor allem der Wohnungsbau bleibt im Prognosezeitraum aufwärtsgerichtet.

bestände an. So werden wohl vermehrt Mittel aus dem kommunalen Entwicklungsfonds in die öffentliche Infrastruktur fließen. Zudem dürften nach wie vor Mittel aus den Programmen zur Ausweitung des Betreuungsangebots in Kindertagesstätten verwendet werden, wenn auch immer weniger. Insgesamt ist mit einer kräftigen Steigerung der öffentlichen Bauinvestitionen im laufenden Jahr um gut sechs Prozent zu rechnen. Ab dem kommenden Jahr werden voraussichtlich vor allem die vom Bund zusätzlich bereitgestellten Mittel nach und nach zurückgefahren. Hingegen dürfte angesichts der guten Finanzlage der Gemeinden das Investitionsvolumen dort steigen und wegfallende Mittel kompensieren. Daher werden die öffentlichen Bauinvestitionen in den Jahren 2017 und 2018 wohl auf dem erreichten Niveau stagnieren.

Brexit-Entscheidung bremst Außenhandel

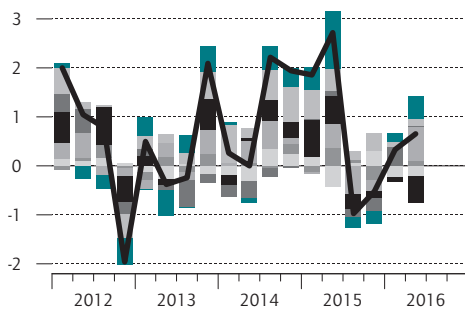
Die deutschen Ausfuhren haben in der ersten Jahreshälfte 2016 insgesamt kräftig zugelegt. Nach einem Zuwachs von 1,6 Prozent zum Jahresauftakt wurden die Ausfuhren im zweiten Quartal 2016 nochmals um 1,2 Prozent ausgeweitet. Maßgeblich für die Ausweitung der Güterexporte im zweiten Quartal war die vermehrte Nachfrage aus Asien und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, wohingegen die Ausfuhr von Waren in die Vereinigten Staaten das vierte Quartal in Folge zurückging (Abbildung 7). Bis zur Jahresmitte 2017 dürfte die Entwicklung des deutschen Außenhandels durch die Brexit-Entscheidung des Vereinigten Königreichs merklich gedämpft werden: Einerseits wird in Folge des Brexit-Votums die britische Wirtschaftsleistung in den kommenden Quar-

Abbildung 7

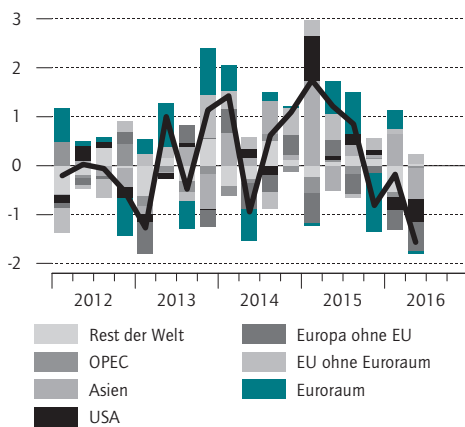
Wachstumsbeiträge ausgewählter Länder und Regionen

Linie: Veränderungen gegenüber Vorquartal in Prozent
Balken: Prozentpunkte

... zu den nominalen Ausfuhren



... zu den nominalen Einfuhren



Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Im zweiten Quartal 2016 wirkte die Nachfrage aus dem Euroraum und Asien stützend für die nominalen Ausfuhren. Der Wachstumsbeitrag der USA ist seit vier Quartalen negativ.

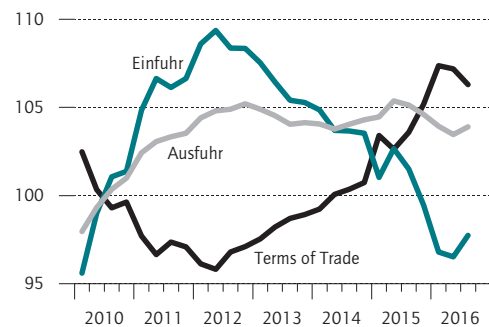
talen wohl stagnieren. Dies führt zu einem – durch die Abwertung des britischen Pfunds verstärkten – Rückgang der britischen Importnachfrage. Zum anderen werden wohl aufgrund der bestehenden Unsicherheit über das künftige Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union auch von anderen Handelspartnern weniger deutsche Exportgüter, insbesondere Investitionsgüter, nachgefragt (Kasten 1). Erst im weiteren Jahresverlauf 2017 dürften die Ausfuhren mit anziehender Auslandsnachfrage wieder Fahrt aufnehmen. Alles in allem dürften die Ausfuhren im Jahr 2016 um 2,6 Prozent zulegen, im kommenden Jahr um 0,9 Prozent sowie um 3,7 Prozent im Jahr 2018.

Die deutschen Importe entwickelten sich im zweiten Quartal 2016 schwach: sowohl Waren- als auch Dienstleistungseinfuhren stagnierten. Die Aufteilung nach Wä-

Abbildung 8

Außenhandelspreise und Terms of Trade

Index 2010 = 100



* Die abgebildeten Werte beinhalten eine Phasenverschiebung der Monatswerte der Ausfuhrpreisindizes um einen Monat.

** Letzter Wert (3. Quartal 2016): Durchschnitt Juli-August gegenüber 2. Quartal 2016.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die Außenhandelspreise sanken im zweiten Quartal 2016 nochmals leicht, für das laufende Quartal ist mit einem Anstieg von Einfuhr- und Ausfuhrpreisen zu rechnen.

rengruppen zeigt, dass weniger Vorleistungs- und Konsumgüter importiert wurden; zu einem Rückgang kam es insbesondere bei der Einfuhr chemischer und pharmazeutischer Erzeugnisse. Einhergehend mit dem gedämpften Exportwachstum werden sich die Importe wohl bis Mitte des Jahres 2017 unterdurchschnittlich entwickeln, da die Exportunternehmen weniger Vorleistungsgüter importieren dürften. Weil die Ausrüstungsinvestitionen im weiteren Verlauf anziehen und somit mehr und mehr stützend wirken, sollten die Zuwächse der Importe jedoch stärker ausfallen als die der Exporte. Alles in allem sorgt der Außenhandel lediglich im Jahr 2016 für einen leichten Wachstumsimpuls, während er im Jahr 2017 um 0,5 Prozentpunkte belastet und im Jahr 2018 nahezu neutral ist.

Die Außenhandelspreise sanken im zweiten Quartal 2016 leicht; im Zuge der seit Jahresbeginn kräftig gestiegenen Rohölpreise werden insbesondere die Einfuhrpreise aber wohl bereits im laufenden Quartal merklich anziehen (Abbildung 8). Die deutschen Exporteure geben die gestiegenen Produktionskosten über die Ausfuhrpreise weiter. Alles in allem verbessern sich die Terms of Trade im Jahr 2016 deutlich, um 1,7 Prozent. Hierzu trägt auch bei, dass zu Jahresbeginn 2016 die Einfuhrpreise stärker zurückgingen als die Ausfuhrpreise. Im weiteren Prognosezeitraum steigt das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis jeweils weiter leicht an. Der Leistungsbilanzsaldo geht aufgrund der im Jahr 2017 schwachen Entwicklung der Ausfuhren von 8,0 Prozent im Jahr 2016 auf 7,6 Prozent im Jahr 2018 etwas zurück.

Öffentliche Finanzen: Überschüsse gehen deutlich zurück

Seit dem Jahr 2014 schließt der öffentliche Gesamthaushalt mit einem Überschuss ab. Dies wird auch im Prognosezeitraum der Fall sein; der Haushaltssaldo wird sich aber deutlich verringern.

Dabei werden die Einnahmen des Staates im laufenden Jahr kräftig expandieren. Insbesondere die Gewinnsteuern legen merklich zu. Getrieben wird diese Entwicklung vor allem von den Vorauszahlungen auf das voraussichtlich im laufenden Jahr zu versteuernde Einkommen, nicht von den Nachzahlungen für in vergangenen Jahren vereinnahmte Gewinne. Dies deutet darauf hin, dass die zu versteuernden Gewinneinkommen der privaten Haushalte wie auch der Unternehmen derzeit kräftig zulegen und dies auch für den weiteren Jahresverlauf erwartet wird.⁶ Wegen der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung zur Jahreswende dürften die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im kommenden Jahr nur wenig zunehmen und die Gewinnsteuern daher vorübergehend zurückgehen. Im Jahr 2018 – bei wieder stärkerer Gewinnentwicklung und überdies erheblichen steuerrechtsbedingten Mehreinnahmen bei der Körperschaftsteuer – werden die Gewinnsteuern wieder kräftig zulegen.⁷ Die Lohnsteuer, die in den vergangenen Jahren aufgrund des anhaltenden Beschäftigungsaufbaus und der guten Lohnentwicklung kräftig zugelegt hatte, wird dagegen über den gesamten Prognosezeitraum an Dynamik einbüßen. Die Beschäftigung nimmt zwar weiter zu, die Lohnentwicklung je Arbeitnehmer ist aber eher verhalten. Im laufenden Jahr werden die Lohnsteuereinnahmen zudem durch die Erhöhung von Grund- und Kinderfreibetrag vorübergehend gedämpft (Kasten 2).

Auch die indirekten Steuern nehmen im Prognosezeitraum nur verlangsamt zu. Zwar steigen die Steuern vom Umsatz im laufenden Jahr kräftig, denn der nominale Konsum wird deutlich ausgeweitet.⁸ Im weiteren Prognosezeitraum entwickelt er sich allerdings etwas weniger dynamisch und mit ihm das Mehrwertsteueraufkommen. Die übrigen, größtenteils mengenbasierten, indirekten Steuern werden mehr oder weniger stagnieren.

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen expandieren weiter merklich. Zum einen wird die Beschäftigung im sozialversicherungspflichtigen Bereich aufgebaut, zum anderen steigt der kumulierte Beitragssatz zur Sozialversicherung über den Prognosezeitraum deutlich. Zwar dürften die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung konstant bleiben, der Beitragssatz zur Pflegeversicherung wird zu Beginn des kommenden Jahres allerdings um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Außerdem wird angenommen, dass der durchschnittliche Zusatzbeitrag der gesetzlichen Krankenkassen in jedem Jahr um 0,2 Prozentpunkte zunimmt. Zwar konnten einige Krankenkassen zuletzt mit geringen Überschüssen abschließen, diese dürften aber nicht ausreichen, den weiterhin dynamischen Ausgabenanstieg zu finanzieren.

Die anderen Einnahmen des Staates entwickeln sich in den kommenden Jahren verhaltener. Zwar profitiert die Erbschaftsteuer, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zu den empfangenen Vermögenstransfers gezählt wird, noch immer davon, dass in großem Umfang Schenkungen vorgezogen worden waren,⁹ der empfangene Bundesbankgewinn ist mit 1,5 Milliarden allerdings niedrig. Im kommenden Jahr dürfte er etwas höher liegen, dagegen wird die Erbschaftsteuer aufgrund der vorgezogenen Vermögensübergänge wohl kräftig zurückgehen, wie auch noch im Jahr 2018. Die Zinseinnahmen nehmen in allen Jahren des Prognosezeitraums merklich ab. Alles in allem legen die Einnahmen mit 4,1 Prozent in diesem Jahr jedoch deutlich zu. Im kommenden Jahr steigen sie lediglich um 2,2 Prozent und legen im Jahr 2018 mit 3,3 Prozent zu.

Die Ausgaben steigen ebenfalls spürbar. Die Entwicklung der Vorleistungskäufe dürfte während des gesamten Prognosezeitraums, von der entspannten Haushaltslage begünstigt werden. Zudem werden die Vorleistungen – wie auch die sozialen Sachleistungen – seit Mitte vergangenen Jahres angesichts des hohen Zustroms von in Deutschland schutzsuchenden Menschen mit höherem Tempo ausgeweitet.¹⁰ Die Zahl der Menschen, die auf den Abschluss eines Asylverfahrens warten, wird im Prognosezeitraum allerdings zunehmend zurückgehen und den Anstieg der Vorleistungskäufe dadurch dämpfen. Dies gilt auch für die sozialen Sachleistungen.

⁶ Die Entwicklung der kassenmäßigen Steuereinnahmen dürfte gegenüber den in den VGR berichteten Steuereinnahmen durch die Folgen von Gerichtsurteilen im Prognosezeitraum deutlich gedämpft werden. Für diese Prognose wurde – wie bei der amtlichen Steuerschätzung vom Mai – angenommen, dass diese Mindereinnahmen die öffentlichen Haushalte noch im laufenden Jahr belasten. Vgl. Kasten 3, Pressemitteilung zu den Steuereinnahmen vom 08.09.2016.

⁷ Bis einschließlich 2017 können bei der Körperschaftsteuer Altkapitalerstattungen vorgenommen werden.

⁸ Die aktuell schwache Entwicklung der Mehrwertsteuereinnahmen im Juli deutet nicht auf eine Verlangsamung der konjunkturellen Dynamik hin, sondern ist die Folge eines Sondereffekts.

⁹ In Erwartung eines Urteils waren viele Schenkungen in das Jahr 2014 vorgezogen worden, so dass die Einnahmen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer seit dem 2014 kräftig expandieren.

¹⁰ Zum Vorgehen bei der Abschätzung der flüchtlingsbedingten Ausgaben vgl. van Deuverden, K. (2015): Finanzpolitik: Haushaltsspielräume werden enger – umso wichtiger sind jetzt richtige Ausgabeentscheidungen. DIW Wochenbericht Nr. 51+52/2015, 1218–1227. Gegenüber den damaligen Rechnungen liegt der aktuellen Prognose ein wesentlich geringerer Zustrom von Asylsuchenden nach Deutschland zugrunde. Nach 1,09 Millionen Menschen im vergangenen Jahr geht die hier vorgelegte Prognose von 314 000 für das laufende und für die kommenden beiden Jahre von etwa 230 000 Personen aus.

Trotzdem werden letztere im Prognosezeitraum ihrer hohen Grunddynamik folgend ungebremst zulegen, auch weil die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen getrieben von der demografischen Entwicklung und dem medizinischen Fortschritt merklich expandieren. Im kommenden Jahr werden zudem die Leistungen der Pflegeversicherung ausgeweitet. Die Arbeitnehmerentgelte steigen ebenfalls spürbar, vor allem in den Jahren 2016 und 2017. Die – zum Teil bereits vorliegenden – Tarifabschlüsse führen zu deutlichen Lohnanhebungen und die Beschäftigung wird ausgeweitet. Letzteres ist zum Teil ebenfalls durch den Zustrom Geflüchteter im vergangenen Jahr bedingt und dürfte nach und nach an Bedeutung verlieren.

Die monetären Sozialleistungen entwickeln sich weiter kräftig. Die Zahl der anerkannten Flüchtlinge wird nach und nach zunehmen. Da diesen höhere Leistungen als während des Verfahrens zustehen, nehmen die Transferleistungen aufgrund der Flüchtlingsmigration merklich zu – insbesondere bis Ende 2017. Zudem dürften zu Beginn des Jahres 2017 die Regelsätze für das Arbeitslosengeld II deutlich angehoben werden.¹¹ Die Rentenanpassung Mitte des laufenden Jahres war aufgrund einer statistischen Umstellung außergewöhnlich hoch und lässt die Ausgaben der Rentenversicherung kräftig zunehmen;¹² dies gilt auch noch für die erste Hälfte des kommenden Jahres. In den Jahren 2017 und 2018 wird die Rentenanpassung der Lohnentwicklung folgend spürbar sein. Für diese Prognose wird zudem angenommen, dass die Politik an ihren Plänen festhält, die Ost- an die West-Renten bis zum Jahr 2020 angeglichen zu haben; hierfür ist im Jahr 2018 ein erster Anpassungsschritt unterstellt. Die Beamtenpensionen werden im Prognosezeitraum – wie bereits in den vergangenen Jahren – ebenfalls merklich zulegen; allein die Anhebung der Mindestpension führt zu jährlichen Mehrausgaben von etwa 225 Millionen Euro. Zu Beginn des Jahres 2016 ist zudem das Kindergeld erhöht worden. Auch werden die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung wegen der Ausweitung von Eingliederungsmaßnahmen zunehmen. Gedämpft wird die Entwicklung der monetären Sozialleistungen lediglich durch die Ausgaben für Arbeitslosengeld, denn die Zahl der Leistungsempfänger, die weniger als ein Jahr arbeitslos sind, geht über den gesamten Prognosezeitraum weiter zurück.

¹¹ Die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II werden auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamts festgesetzt; diese wurde aktualisiert und signalisiert einen erheblich stärkeren Preisanstieg als bisher zugrunde gelegt.

¹² Durch die methodischen Änderungen in den VGR fiel die Rentenanpassung, die sich vorläufig an der volkswirtschaftlichen Bruttolohnentwicklung orientiert, im vergangenen Jahr gemessen an der Entwicklung der versicherungspflichtigen Entgelte zu gering aus. Dies wurde zur Jahresmitte 2016 nachgeholt.

Die Ausgaben des Staates für Bauinvestitionen expandieren im laufenden Jahr deutlich. Der Bund hat nicht nur mehr Mittel für eigene Investitionen bereitgestellt, er hat auch Maßnahmen ergriffen, die Kommunen, in deren Verantwortungsbereich der größte Teil der öffentlichen Bauinvestitionen fällt, finanziell zu entlasten, so dass ihre freie Spitze für investive Maßnahmen größer ausfiel. Zur Förderung von Investitionen in finanzschwachen Kommunen wurde zudem Mitte vergangenen Jahres ein Sondervermögen gegründet. Angesichts dieser Finanzlage dürften die Kommunen ihre Investitionen im Prognosezeitraum etwas ausweiten. Da zusätzliche Mittel aber allmählich entfallen – beispielsweise werden nach und nach weniger Gelder für den Kita-Ausbau be-

Kasten 3

Zur Aussagefähigkeit von Finanzierungssalden

Der Finanzierungssaldo ist der wichtigste Indikator zur Beurteilung der Finanzlage des Staates. Defizite oder – wie unlängst – hohe Überschüsse erfahren in der Öffentlichkeit eine große Beachtung. Im Allgemeinen dürfte angenommen werden, es handele sich um denjenigen Betrag, der in den Kassen von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen tatsächlich „am Ende übrig“ bleibt. Für das Haushaltskonzept der Finanzstatistik ist dem auch weitestgehend so.

Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung, die auch die Basis für die strukturelle Bereinigung des Finanzierungssaldos bei der deutschen Schuldenbremse und dem europäischen Fiskalpakt sind, beruhen aber auf dem Datenkranz der VGR. Dieses – internationalen Standards folgende – Berichtssystem hat das Ziel, ökonomische Zusammenhänge abzubilden und folgt daher nicht dem Kassenprinzip der Finanzstatistik. Zum Teil werden Einnahmen und Ausgaben anders klassifiziert, zum Teil Zahlungsvorgänge unterstellt, die (noch) nicht stattgefunden haben, zum Teil werden sie anderen Zeitpunkten zugeordnet. Dies führt zu Abweichungen zwischen den finanzstatistischen Haushaltssalden und den in den VGR ausgewiesenen Budgetsalden. Derzeit sind diese Abweichungen besonders groß:

- Mehrere Gerichtsurteile dürften im Prognosezeitraum mit merklichen Steuerausfällen einhergehen. In der vorliegenden Prognose ist angenommen, dass im Jahr 2016 das kassenmäßige Steueraufkommen um 6 ½ Milliarden Euro und im Jahr 2017 um 800 Millionen Euro geringer ausfällt. Der Finanzierungssaldo gemäß VGR bleibt hiervon unberührt, denn dort werden solche Steuerausfälle zum Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung – dies war das Jahr 2014 – verbucht.

reitgestellt – dürften die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum nur noch wenig zunehmen.¹³

Demgegenüber dürften die Ausrüstungsinvestitionen des Staates eine höhere Dynamik als in den vergangenen Jahren aufweisen, denn für die „Äußere Sicherheit“ werden mehr Mittel bereitgestellt; bereits im laufenden Jahr ist der Ausgabenrahmen um 1,7 Mrd. Euro erhöht

13 Dabei dürfte auch eine Rolle spielen, dass die Zuweisungen des Bundes an die ostdeutschen Länder – je Einwohner liegen die Investitionen im Beitrittsgebiet auch 25 Jahre nach der Einheit noch immer deutlich über dem entsprechenden Niveau im Westen – weiter degressiv abgebaut werden.

worden; in den Jahren 2016 bis 2019 stehen insgesamt 10,2 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung.¹⁴

Die Zinsausgaben des Staates werden in den kommenden Jahren weiter zurückgehen. Der durchschnittlich für

14 Solche Ausgaben entwickeln sich sehr unstetig. Im Bundeshaushalt, in dem die kassenmäßige Entwicklung berichtet wird, ist für das Jahr 2016 ein Anstieg der Ausgaben für militärische Beschaffungen von 3,2 Prozent vorgesehen; kumuliert haben sie bis Juli im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 29,8 Prozent zugenommen. Für die Berichterstattung in den VGR kommt hinzu, dass Vorgänge dort gemäß Entstehungszeitpunkt zugeordnet werden. Damit ist nicht der Zahlungszeitpunkt entscheidend; es ist möglich, dass Ausgaben – selbst wenn sie die öffentlichen Kassen in verschiedenen Jahren belastet haben – gebündelt in einem Quartal berichtet werden.

- Aus der Versteigerung von Funkfrequenzen hat der Staat im vergangenen Jahr 5,1 Milliarden Euro eingenommen. In den VGR werden diese Einnahmen in den Jahren berichtet, ab denen die Lizenzen genutzt werden können. Vor allem im kommenden Jahr wird der Überschuss dadurch höher sein: um 3,8 Milliarden Euro.
- Die Verbuchung der Zins(einnahmen und) -ausgaben in Finanzstatistik und VGR weicht grundsätzlich voneinander ab. Diese Abweichungen sind immer dann besonders groß, wenn die Zinsstruktur sich dauerhaft ändert oder wenn es bei der Emission von Staatspapieren zu Ausgabeauf- oder -abschlägen kommt. Während diese (AgiOS und Disagios) finanzstatistisch zum Ausgabezeitpunkt die Haushalte ent-/belasten, werden sie in den VGR über die Laufzeit der Papiere verteilt, also größtenteils erst in der Zukunft gebucht. Die in der ersten Jahreshälfte 2016 vereinnahmten Agios werden die Zinsausgaben in Abgrenzung der VGR daher bis in das nächste Jahrzehnt mindern.

Zusammengefasst führen die genannten Faktoren dazu, dass die Haushaltssituation nach VGR zurzeit besser dargestellt wird als nach Finanzstatistik.

Noch ein weiterer Sonderfaktor kommt derzeit hinzu. Im vergangenen Jahr hat der Bund eine Rücklage gebildet. Diese Rücklage soll ab dem laufenden Jahr aufgelöst und zur Finanzierung der durch den Zustrom von Geflüchteten verursachten Ausgaben verwendet werden. In finanzstatistischer Betrachtung verschlechtert sich ein Finanzierungssaldo bei der Bildung einer Rücklage und verbessert sich bei deren Auflösung. In den VGR spielen solche Finanzierungsvorgänge hingegen keine Rolle: Im vergangenen Jahr wurde der Überschuss des Staates bei Bildung der Rücklage entsprechend höher ausgewiesen, während der Zeit, in der die

Rücklage aufgelöst wird, sind die Finanzierungssalden nach VGR entsprechend niedriger. Bei der Interpretation des Finanzierungssaldos ist also nicht nur, das zugrundeliegende statistische Konzept zu berücksichtigen.

Grundsätzlich gilt zudem, dass der laufende Finanzierungssaldo zur Beurteilung der Finanzpolitik nur bedingt geeignet ist. Im Haushaltssaldo des Staates spiegeln sich konjunkturelle Schwankungen wider, und er wird durch Sondereffekte verzerrt. Zur Beurteilung der Finanzpolitik hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit wird er daher häufig bereinigt. Auch wenn dafür von verschiedenen Institutionen unterschiedliche Ansätze verfolgt werden – die im Regelfall zu voneinander abweichenden Einschätzungen führen – basieren mittlerweile einige Budgetregeln auf solchen „strukturellen Finanzierungssalden“, so auch der europäische Fiskalpakt oder die deutsche Schuldenbremse. Dabei wird für beide Regeln auf dasselbe Konjunkturbereinigungsverfahren zurückgegriffen – auch um sicherzustellen, dass die beiden für Deutschland geltenden Regeln nicht zu uneinheitlichen Ergebnissen führen. Deshalb basieren auch beide Regeln auf demselben Finanzierungssaldo in Abgrenzung des ESGV. Anschließend berücksichtigen sie Sonderfaktoren und rechnen bestimmte finanzielle Transaktionen aus dem Saldo heraus. Die Bildung und Auflösung einer Rücklage wird für den europäischen Fiskalpakt aber nicht als Sonderfaktor behandelt. Bei der deutschen Schuldenbremse wird hingegen anders vorgegangen: Die Bildung der Rücklage im vergangenen Jahr minderte den strukturellen Finanzierungssaldo, ihre Auflösung erhöht ihn. Obwohl beide Regeln grundsätzlich auf die gleiche wissenschaftliche Methode, die gleichen Parameter und die gleiche statistische Basis zurückgreifen, kommen die auf ihrer Basis vorgenommenen Berechnungen in den nächsten Jahren zu voneinander abweichenden Ergebnissen.

Tabelle 5

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2000 bis 2018

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote²	Schuldenstand nach Maastricht
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2000³	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	−1,5	13,5	58,8
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	−3,1	14,0	57,6
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	−3,9	14,1	59,2
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	−4,2	13,8	62,9
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	−3,7	13,5	64,7
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	−3,4	13,2	66,9
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	−1,7	12,5	66,3
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9	63,5
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	−0,2	11,8	64,9
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	−3,2	11,8	72,4
2010⁴	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	−4,4	11,6	81,0
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	−1,0	11,4	78,3
2012	44,2	22,5	16,5	44,3	2,3	2,2	0,0	10,2	79,5
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	2,0	2,1	−0,2	8,7	77,1
2014	44,7	22,9	16,5	44,4	1,8	2,1	0,3	7,8	74,5
2015⁵	44,7	23,1	16,5	44,0	1,6	2,1	0,7	6,8	71,0
2016	45,1	23,4	16,6	44,2	1,4	2,2	0,9	5,8	68,4
2017⁶	44,9	23,1	16,9	44,7	1,3	2,3	0,5	5,5	65,9
2018⁷	45,0	23,2	16,9	44,7	1,2	2,2	0,5	5,3	63,3

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.³ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).⁴ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (0,5 Milliarden Euro).⁶ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (3,8 Milliarden Euro).⁷ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (0,2 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2016, 2017 und 2018: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Staatspapiere zu zahlende Zins ist niedrig und wird nur langsam zunehmen. Der Staat kann in den kommenden Jahren zudem davon profitieren, dass er in der ersten Hälfte des Jahres 2016 Agios bei der Emission von Wertpapieren erhalten hat.¹⁵

Die geleisteten Vermögenstransfers zeichnen sich im Prognosezeitraum durch eine schwache Grunddynamik aus, obgleich aufgrund des flüchtlingsbedingt höheren Wohnungsbedarfs die Mittel für den sozialen Wohnungsbau – und den sozialen Stadtumbau – aufgestockt werden. Die Entwicklung der Vermögensübertragungen wird allerdings durch einen Sondereffekt im laufenden Jahr dominiert. Im ersten Halbjahr führten Garantieabrufe in Zusammenhang mit Ausgliederungen bei

der HSH-Nordbank dazu, dass die Länder mit 2 ½ Mrd. Euro defizitwirksam belastet wurden.

Die Ausgaben für Subventionen haben – insbesondere wegen der Energiewende – in den vergangenen Jahren etwas stärker zugelegt; der hierdurch bedingte Anstieg wird sich im Prognosezeitraum etwas abschwächen. Leicht steigen werden die Subventionen wegen der Förderung von Elektro- und Hybridfahrzeugen mittels einer Prämie, an deren Finanzierung sich der Bund beteiligt. Aufgrund eines Sondereffekts im Jahr 2015 werden die Subventionsausgaben im laufenden Jahr dennoch leicht zurückgehen; im weiteren Prognosezeitraum nehmen sie wieder etwas stärker zu.

Alles in allem steigen die Ausgaben des Staates in diesem Jahr um 3,8 Prozent; in den Jahren 2017 und 2018 werden sie mit jeweils 3,2 Prozent zulegen. Die Entwicklung der Ausgaben wird allerdings verzerrt, denn Erlöse

¹⁵ Zinsausgaben, Agios oder Disagios werden in den VGR nicht nach dem Zahlungszeitpunkt, sondern entstehungsmäßig über die Laufzeit der zugrundeliegenden Verschuldung verteilt. Vgl. Kasten 3.

se aus der Versteigerung von Funkfrequenzen werden in den VGR als negative Ausgaben gebucht (Kasten 3).¹⁶ Bereinigt um diese Versteigerungserlöse liegt der Finanzierungssaldo im laufenden Jahr bei 27 Milliarden Euro. Im kommenden Jahr wird er auf 14 ½ Milliarden Euro zurückgehen und im Jahr 2018 um gut 1 ¼ Milliarden Euro höher ausfallen. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt geht der Finanzierungssaldo von 0,9 Prozent im Jahr 2016 auf 0,5 Prozent im Jahr 2018 zurück (Tabelle 5). Die Überschüsse werden zunehmend von den Gebietskörperschaften erwirtschaftet; die Sozialversicherungen zusammengenommen werden ab dem kommenden Jahr Defizite erzielen, denn ihre Ausgaben gewinnen aufgrund der Alterung der Bevölkerung mehr und mehr an Dynamik. Der konjunkturell bereinigte Finanzierungssaldo, wie er dem europäischen Fiskalpakt zugrunde liegt, wird in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr wie im Vorjahr bei 0,9 Prozent liegen. Im weiteren Prognosezeitraum geht er leicht zurück und liegt im Jahr 2018 bei 0,6 Prozent. Die Schuldenstandsquote wird bei dieser Haushaltsentwicklung trotz Schuldenübernahmen in Zusammenhang mit der HSH-Nordbank im Jahr 2016 weiter sinken.¹⁷

16 Im vergangenen Jahr hat der Staat Einnahmen aus der Versteigerung von Funkfrequenzen in Höhe von insgesamt 5,1 Milliarden Euro erzielt. Diese werden in den VGR zum einen als negative Ausgabe gebucht werden. Zudem werden sie zeitlich auf die Jahre 2015 bis 2019 verteilt: Im Jahr 2015 wurden die Staatsausgaben dadurch um 0,5 Milliarden Euro verringert. Im Prognosezeitraum mindern sie die Ausgaben im Jahr 2017 um 3,8 Milliarden Euro und im Jahr 2018 um 0,2 Milliarden Euro. Im Jahr 2019 werden dann noch einmal 0,6 Milliarden Euro ausgabenmindernd verbucht.

17 Dies dürfte auch der Fall sein, falls die Landesförderbanken, wie derzeit diskutiert, in den Staatssektor integriert werden sollten.

Mittelfristprojektion

Die Weltwirtschaft dürfte in der mittleren Frist weiter ihrem Aufwärtstrend folgen, allerdings bei etwas geringeren Zuwächsen als im Durchschnitt der vergangenen Jahre: Die Expansion der Wirtschaftsleistung in den entwickelten Volkswirtschaften, auch im Euroraum, wird allmählich an Tempo gewinnen, während die Dynamik

Tabelle 6

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat		
In Milliarden Euro					
2011	2 703,1	1 495,5	505,7	569,8	132,1
2016	3 134,9	1 675,0	611,9	596,9	251,2
2021	3 651,3	1 903,9	740,4	739,1	267,8
Anteile am BIP					
2011	100	55,3	18,7	21,1	4,9
2016	100	53,4	19,5	19,0	8,0
2021	100	52	20	20	7 ¼
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent¹					
2016/2011	3,0	2,3	3,9	0,9	–
2021/2016	3	2 ½	4	4 ½	–

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Tabelle 7

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				(preisbereinigt, verkettete Volumenwerte)				
				Insgesamt	Je Erwerbstätigen	Je Erwerbstätigenstunde	In jeweiligen Preisen	Deflator
	In Millionen		In Stunden	In Milliarden Euro	In Euro		In Milliarden Euro	2010 = 100
2011	41 577	37 014	1 393	2 674	64 323	46	2 703	101
2016	43 576	39 272	1 375	2 843	65 247	47	3 135	110
2021	44 782	40 503	1 347	3 058	68 284	51	3 651	119
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2016/2011	0,9	1,2	–0,3	1,2	0,3	0,5	3,0	1,8
2021/2016 ¹	½	½	–½	1 ½	1	1 ¼	3	1 ½

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Kasten 4

Potential

Die mittelfristige Projektion des Produktionspotentials beruht weitgehend auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission verwendet wird.¹ Als Grundlage dient eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, die die Einsatzfaktoren Arbeitsvolumen, Kapital und Totale Faktorproduktivität (TFP), also vor allem den technologischen Fortschritt, berücksichtigt.

Die Fortschreibung des Kapitalstocks erfolgt über die Akkumulation der Nettoinvestitionen; zum Kapitalstock des Vorjahres kommen also die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen hinzu, wobei die Abschreibungsrate im Projektionszeitraum konstant auf den Wert des letzten Beobachtungszeitpunktes gesetzt wird. Der Kapitalstock wird nicht geglättet. Der Beitrag des Faktors Kapital zum Potentialwachstum dürfte im Projektionszeitraum 0,5 Prozentpunkte ausmachen; hier schlägt zu Buche, dass aufgrund der positiven Nachfrageentwicklung in der mittleren Frist und des günstigen Finanzierungsumfelds die Nettoinvestitionen stärker ausgeweitet werden dürften als das Produktionspotential.

Das Arbeitsvolumen ist das Produkt aus Erwerbspersonenpotential und Arbeitszeit. Das Erwerbspersonenpotential ergibt sich

¹ Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe D'Auria, F., Denis, C., Havik, K., Mc Morrow, K., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Europäische Kommission in ihrer Reihe European Economy – Economic Papers Nummer 420.

als Produkt aus der erwerbsfähigen Bevölkerung, der Partizipationsquote und der strukturellen Erwerbsquote.

Im Jahr 2015 stieg die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um 370 000 Personen. Dabei schrumpft die heimische Bevölkerung bereits seit einiger Zeit; die Migration hat dies allerdings mehr als ausgeglichen. Im vergangenen Jahr hat hierzu auch die Flüchtlingsmigration beigetragen. Infolge des starken Rückgangs der Flüchtlingseinwanderung dürfte der Anstieg in diesem Jahr mit rund 260 000 geringer sein als im Vorjahr. Ab 2017 sinkt die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter voraussichtlich, bis sie in den Jahren 2020/21 nahezu stagnieren dürfte.

Die Partizipationsquote steigt seit einiger Zeit merklich an. Dieser Anstieg setzt sich bei Anwendung der Kommissionsmethode fort. Deren rein mechanische Anwendung ist derzeit nicht sinnvoll: Eine auf statistischer Fortschreibung basierende gesamtwirtschaftliche Partizipationsquote würde das Erwerbspersonenpotential erheblich überzeichnen, da für die Geflüchteten eine geringere Partizipationsquote als für andere Personengruppen zu unterstellen ist. Es werden deshalb separate Partizipationsquoten für Nicht-Flüchtlinge und Flüchtlinge aus historischen Daten berechnet. Erstere wird mit dem üblichen Filter um konjunkturelle Schwankungen bereinigt; bei letzterer wird auf eine Glättung verzichtet, da nicht ausreichend Daten vorhanden sind. Die gesamtwirtschaftliche Partizipationsquote ergibt sich dann als Durchschnitt der beiden mit den Bevölkerungsanteilen gewichteten trendbereinigten Partizipations-

in den Schwellenländern, vor allem in China, sich dagegen abschwächen wird.

Der Ölpreis und der Euro-Dollar-Wechselkurs werden konstant gehalten. Unterstellt wird das annahmegemäß Ende 2017 erreichte Niveau (Kasten 2): Der Ölpreis beträgt demnach 54,2 Dollar pro Barrel, der Wechselkurs 1,11 US-Dollar pro Euro. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank wird expansiv bleiben; für Deutschland ist sie damit sehr expansiv ausgerichtet. Die Finanzpolitik wird in den Jahren 2019 bis 2021 etwa neutral ausgerichtet sein.

In diesem Umfeld wird die deutsche Auslandsnachfrage wohl um gut vier Prozent pro Jahr steigen. Im Vergleich dazu werden sich die Exporte etwas schwächer entwickeln: Die kräftigen Lohnsteigerungen werden mehr und mehr in die Preise, auch der Ausfuhren, weiterge-

geben. Die Terms of Trade dürften daher geringfügig steigen. Die Importe nehmen kräftiger als die Exporte zu, denn sie werden durch eine starke Inlandsnachfrage angeschoben. Die Handelsbilanzüberschüsse dürften gleichwohl nur wenig sinken, auf 7,3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt am Ende des Projektionszeitraums (Tabelle 6); real liefert der Außenhandel kaum Wachstumsimpulse.

Anhaltend kräftig legen der private sowie der öffentliche Konsum zu; die Einkommen der Verbraucher profitieren vom Beschäftigungsaufbau – ab 2018 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um etwa 200 000 im Jahr 2019 bzw. 150 000 Personen in den Folgejahren des Prognosezeitraums steigen (Tabelle 7). Bei diesen deutlichen Beschäftigungszuwächsen dürften auch die Löhne spürbar zunehmen. Dies dürfte die Zuwächse der Unternehmens- und Vermögenseinkommen verringern.

quoten; sie steigt bis 2021 mit abnehmenden Zuwachsraten auf knapp unterhalb von 75 Prozent.

Auch bei der Bestimmung der strukturellen Erwerbslosenquote (NAWRU) müssen die erheblichen Unterschiede beider Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden. Die strukturelle Erwerbslosenquote der Nicht-Flüchtlinge wird – wie im EU-Verfahren vorgesehen – im kurzfristigen Prognosezeitraum mit der Hälfte der Vorjahreswachstumsrate fortgeschrieben. Die Erwerbslosenquote der Flüchtlinge wird mit Hilfe eines stilisierten Suchmodells berechnet;² allerdings mangels einer hinreichend großen Zahl an Beobachtungen nicht konjunkturell bereinigt. Die dabei entstehende Unschärfe dürfte jedoch nicht gravierend sein, da die Erwerbslosenquote der Flüchtlinge nicht so stark von zyklischen Schwankungen geprägt sein dürfte und daher als strukturell interpretiert werden kann. Die gesamtwirtschaftliche strukturelle Erwerbslosenquote ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der strukturellen Erwerbslosenquoten beider Bevölkerungsgruppen. Die so berechnete NAWRU sinkt etwas weiter, vor allem im laufenden Jahr, und stabilisiert sich in der mittleren Frist bei knapp vier Prozent.

Das Erwerbspersonenpotential steigt bis 2021, allerdings mit abnehmendem Tempo. Der Abwärtstrend bei der Arbeitszeit

² Siehe Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016): Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2016. DIW Wochenbericht Nr. 16/2016, 295-368.

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2011-2016	2016-2021
Produktionspotential	1,2	1,5
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,4	0,2
Kapitalvolumen	0,4	0,5
Totale Faktorproduktivität	0,4	0,8

Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

dürfte etwas abflachen. Alles in allem dürfte die Entwicklung des Arbeitsvolumens im Durchschnitt 0,2 Prozentpunkte zum Potentialwachstum beitragen.

Schließlich wird der Trend der Totalen Faktorproduktivität einen Wachstumsbeitrag von jahresdurchschnittlich 0,8 Prozentpunkten leisten. Alles in allem dürfte das reale Produktionspotential bis zum Jahr 2021 um durchschnittlich eineinhalb Prozent wachsen (Tabelle).

Im Umfeld anhaltend günstiger Finanzierungsbedingungen werden die Ausrüstungsinvestitionen von der zunehmenden Auslands- sowie der weiterhin kräftigen Binnennachfrage profitieren. Die Bauinvestitionen bleiben angesichts des hohen Bedarfs an zusätzlichem Wohnraum kräftig, verlieren jedoch leicht an Schwung.

Alles in allem dürfte die deutsche Wirtschaft zwischen 2016 und 2021 um durchschnittlich anderthalb Prozent wachsen – also mit annähernd den Raten, die dem Potentialwachstum entsprechen (Kasten 4). Somit dürfte die deutsche Wirtschaft auch in der mittleren Frist ihre Kapazitäten in etwa normal auslasten.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Karl Brenke ist wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Claus Michelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Abteilungen Konjunkturpolitik und Klimapolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Maximilian Podstawski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mpodstawski@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

Kristina van Deuverden ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

GERMAN ECONOMY: UPWARD TREND CONTINUES DESPITE BREXIT VOTE'S DAMPENING EFFECT

Abstract: The German economy has been growing significantly recently, also due to strong foreign trade, and will experience a powerful increase of 1.9 percent in 2016. In the coming quarters, the drag of the Brexit decision should become noticeable. This will dampen the year-on-year growth rate in 2017 to 1.0 percent, alongside somewhat weaker private consumption dynamics. From the second half of 2017 onward, industry will start benefitting once again from a more dynamic development in key foreign markets, and in 2018, the German economy is expected to grow by 1.6 percent. Throughout the forecast period, the increase in employment should continue, and private consumption

will contribute to growth—albeit at a somewhat slower pace. The unemployment rate should continue to drop: from 6.1 and 5.9 percent in 2016 and 2017 respectively to 5.8 percent by 2018. At 0.5 percent, inflation is low again this year, but at one-and-a-half percent, it will be higher in both 2017 and 2018. Corporate investment remains weak and won't start picking up momentum until the end of next year, in view of accelerating global growth dynamics. The government surplus is expected to increase to 27 billion euros this year; however, the surplus will be smaller in the coming years, at 14 billion euros in 2017 and 16 billion euros in 2018.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 36/2016:

www.diw.de/econbull





Dr. Ferdinand Fichtner,
Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

»Brexit-Votum ist Gift für die Investitionstätigkeit in Deutschland«

1. Herr Fichtner, die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zeigte sich zuletzt insgesamt stabil. Wird das auch in Zukunft so bleiben? Im Vergleich zum Sommer mussten wir unsere Prognose für nächstes Jahr deutlich zurücknehmen, weil wir davon ausgehen, dass die Brexit-Entscheidung ganz maßgeblich das Wachstum dämpfen wird. Dieses Jahr weisen wir eine etwas höhere Wachstumsrate aus, weil wir mit etwas mehr Schwung ins Jahr 2016 gestartet sind, aber nächstes Jahr 2017 müssen wir die Wachstumsrate von 1,4 Prozent im Sommer zurücknehmen auf ein Prozent.
2. Auf welche wirtschaftlichen Bereiche in Deutschland hat die Brexit-Entscheidung die größten Auswirkungen? Die Brexit-Entscheidung hat die wirtschaftliche Unsicherheit weltweit deutlich erhöht. Das ist Gift für die Investitionstätigkeit und führt zum Beispiel auch in Deutschland dazu, dass die Investitionen deutlich schwächer laufen werden, als wir es noch vor ein paar Monaten erwartet hätten. Weil die deutsche Wirtschaft auf den Export von Investitionsgütern angewiesen ist, führt das natürlich auch dazu, dass unser Außenhandel schlechter läuft, weil die Investitionstätigkeit in ganz Europa schwächer läuft, als man das vor der Brexit-Entscheidung erwartet hat.
3. Wie entwickeln sich die Unternehmensinvestitionen, wenn man die Brexit-Entscheidung ausklammert? Tatsächlich schwächeln die Unternehmensinvestitionen in Deutschland schon seit längerem, und wir haben auch in der ersten Jahreshälfte eine ausgesprochen enttäuschende Entwicklung gesehen. Wegen der Brexit-Entscheidung wird sich daran auch kurzfristig nicht allzu viel ändern. Wir gehen erst für das Jahr 2018 davon aus, dass die Investitionstätigkeit etwas anzieht, wenn dann auch der deutsche Außenhandel wieder etwas mehr in Schwung kommt.
4. Dennoch sind die aktuellen Konjunkturdaten nicht schlecht. Was sind die wesentlichen Wachstumstreiber in Deutschland? Trotz des Dämpfers durch die Brexit-Entscheidung haben wir nach wie vor eine sehr solide und günstige inländische Dynamik. Wir haben eine sehr gute Arbeitsmarktsituation, die sich auch kaum abschwächen wird. Bei den Löhnen geht zwar ein bisschen Schwung verloren, aber auch hier sehen wir weiterhin eine insgesamt solide Entwicklung. Diese Basis ist natürlich sehr gut für die Konsumnachfrage, sodass der Konsum weiterhin eine treibende Kraft und Stütze des Wachstums der deutschen Wirtschaft bleiben wird.
5. Wie sieht es bei den Verbraucherpreisen aus? Dadurch, dass vor allem die Energiepreise in der jüngeren Vergangenheit deutlich zurückgegangen sind und die Verbraucherpreise deutlich nachgegeben haben, war die Kaufkraft letztlich höher. Die Menschen konnten mit dem gleichen Lohn mehr kaufen, weil sich die Preise insgesamt günstig entwickelt haben. Dieser Effekt geht über den Prognosezeitraum mehr und mehr verloren. Vor allem erwarten wir nicht, dass die Energiepreise weiter sinken, sodass ihre stützende Wirkung etwas verloren geht.
6. Wie wirkt sich die geplante Erhöhung des Mindestlohns auf den Arbeitsmarkt aus? Die Erhöhung des Mindestlohns zum Jahreswechsel wird nach unserer Einschätzung keine nennenswerten Effekte auf die Beschäftigung im sozialversicherungspflichtigen Bereich haben. Wir gehen davon aus, dass bei den Mini-Jobbern ein paar Jobs verloren gehen werden, aber die regulären Beschäftigungsverhältnisse dürften von der Erhöhung des Mindestlohns zum Jahresauftakt 2017 kaum betroffen sein.
7. Die Vergabe von Immobilienkrediten ist deutlich erschwert worden. Inwieweit hat das Auswirkungen auf die Bauwirtschaft? Alles in allem profitiert die Bauwirtschaft außerordentlich von dem günstigen wirtschaftlichen Umfeld. Die sehr niedrigen Zinsen sind gut für die Bauwirtschaft, und auch die kräftige Einkommensentwicklung stützt die Nachfrage nach Wohnimmobilien. Das treibt die Preise und die tatsächliche Bautätigkeit in diesem Bereich nach oben. Die verschärfte Kreditrichtlinie dämpft in der Tat ein bisschen. Wir gehen aber nicht davon aus, dass die Bauwirtschaft deswegen maßgeblich unter Druck gerät.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden
Sie auf www.diw.de/mediathek

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2016

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	2 823,4	1 910,3	299,8	613,3	-
4	- Abschreibungen	551,0	316,9	68,5	165,5	-
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 272,4	1 593,4	231,3	447,8	-251,2
6	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 591,0	1 133,5	235,3	222,2	14,2
7	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,7	13,2	0,2	9,3	-
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	24,9	23,1	0,2	1,5	-
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	683,6	469,8	-4,0	217,8	-265,4
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 593,8	-	-	1 593,8	11,3
11	- Geleistete Subventionen	26,9	-	26,9	-	5,3
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	336,3	-	336,3	-	5,3
13	- Geleistete Vermögenseinkommen	716,5	645,4	42,9	28,2	176,5
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	781,9	367,0	19,0	395,8	111,2
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 652,2	191,4	281,5	2 179,2	-319,5
16	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	388,7	79,8	-	308,9	10,4
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	398,7	-	398,7	-	0,4
18	- Geleistete Sozialbeiträge ²	640,8	-	-	640,8	3,8
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	641,7	120,4	520,5	0,8	2,9
20	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	551,0	62,6	487,6	0,8	0,4
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	544,2	-	-	544,2	7,3
22	- Geleistete sonstige laufende Transfers	310,7	163,6	76,4	72,4	52,0
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	267,7	140,8	21,3	106,2	95,1
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 613,2	146,5	658,0	1 807,5	-280,5
25	- Konsumausgaben	2 286,9	-	611,9	1 675,0	-
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-48,6	-	48,6	-
27	= Sparen	326,3	97,9	46,2	181,1	-280,5
28	- Geleistete Vermögenstransfers	46,7	5,6	32,7	8,4	4,7
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	42,4	17,8	12,8	11,8	9,0
30	- Bruttoinvestitionen	596,9	329,6	68,8	198,4	-
31	+ Abschreibungen	551,0	316,9	68,5	165,5	-
32	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,0	-1,5	-1,2	0,7	2,0
33	= Finanzierungssaldo	278,1	99,0	27,1	150,9	-278,1
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 613,2	146,5	658,0	1 807,5	-280,5
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	401,0	-	401,0	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	401,0	-	-	401,0	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 613,2	146,5	257,1	2 208,5	-280,5
38	- Konsum ³	2 286,9	-	210,9	2 076,0	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-48,6	-	48,6	-
40	= Sparen	326,3	97,9	46,2	181,1	-280,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2017

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3 Bruttowertschöpfung	2 893,1	1 952,5	308,3	632,3	-
4 - Abschreibungen	565,2	325,0	70,5	169,8	-
5 = Nettowertschöpfung ¹	2 327,9	1 627,6	237,9	462,5	-239,7
6 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 641,6	1 169,3	242,2	230,0	14,8
7 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,2	12,5	0,2	9,5	-
8 + Empfangene sonstige Subventionen	25,1	23,3	0,2	1,6	-
9 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	689,2	469,0	-4,3	224,5	-254,5
10 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 644,4	-	-	1 644,4	11,9
11 - Geleistete Subventionen	27,3	-	27,3	-	5,3
12 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	343,8	-	343,8	-	5,2
13 - Geleistete Vermögenseinkommen	710,7	642,8	41,1	26,7	182,1
14 + Empfangene Vermögenseinkommen	779,4	361,4	20,1	397,8	113,4
15 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 718,9	187,6	291,2	2 240,0	-311,4
16 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	388,2	78,6	-	309,6	10,6
17 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	398,3	-	398,3	-	0,5
18 - Geleistete Sozialbeiträge ²	666,1	-	-	666,1	4,1
19 + Empfangene Sozialbeiträge ²	667,0	124,0	542,3	0,8	3,2
20 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	568,5	64,6	503,2	0,8	0,4
21 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	561,5	-	-	561,5	7,5
22 - Geleistete sonstige laufende Transfers	318,5	166,9	80,2	73,2	48,3
23 + Empfangene sonstige laufende Transfers	268,8	149,2	21,5	98,7	97,9
24 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 673,2	150,8	670,0	1 851,4	-265,8
25 - Konsumausgaben	2 353,7	-	638,3	1 715,4	-
26 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-49,1	-	49,1	-
27 = Sparen	319,6	101,7	31,7	185,0	-265,8
28 - Geleistete Vermögenstransfers	44,4	4,8	31,1	8,6	4,6
29 + Empfangene Vermögenstransfers	39,9	16,7	11,0	12,1	9,2
30 - Bruttoinvestitionen	619,0	338,2	72,6	208,2	-
31 + Abschreibungen	565,2	325,0	70,5	169,8	-
32 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,1	2,1	-5,0	0,8	2,1
33 = Finanzierungssaldo	263,4	98,3	14,6	149,3	-263,4
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 673,2	150,8	670,0	1 851,4	-265,8
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	426,9	-	426,9	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	426,9	-	-	426,9	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 673,2	150,8	243,1	2 278,2	-265,8
38 - Konsum ³	2 353,7	-	211,4	2 142,3	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-49,1	-	49,1	-
40 = Sparen	319,6	101,7	31,7	185,0	-265,8

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2018

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3 Bruttowertschöpfung	2 987,7	2 019,7	314,8	653,2	-
4 - Abschreibungen	581,0	333,8	72,4	174,8	-
5 = Nettowertschöpfung ¹	2 406,7	1 685,9	242,4	478,4	-246,6
6 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 697,0	1 209,9	247,1	239,9	15,3
7 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,5	12,6	0,2	9,7	-
8 + Empfangene sonstige Subventionen	25,1	23,4	0,2	1,6	-
9 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	712,4	486,7	-4,7	230,4	-261,9
10 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 699,8	-	-	1 699,8	12,4
11 - Geleistete Subventionen	27,5	-	27,5	-	5,2
12 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	350,7	-	350,7	-	5,0
13 - Geleistete Vermögenseinkommen	709,4	642,8	40,8	25,7	186,9
14 + Empfangene Vermögenseinkommen	780,7	360,9	20,0	399,8	115,7
15 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 806,6	204,7	297,6	2 304,3	-320,9
16 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	408,6	84,0	-	324,6	10,8
17 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	418,9	-	418,9	-	0,5
18 - Geleistete Sozialbeiträge ²	687,8	-	-	687,8	4,4
19 + Empfangene Sozialbeiträge ²	688,7	128,5	559,5	0,8	3,5
20 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	585,0	66,4	517,8	0,8	0,4
21 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	577,7	-	-	577,7	7,7
22 - Geleistete sonstige laufende Transfers	325,5	170,2	83,2	73,9	46,8
23 + Empfangene sonstige laufende Transfers	271,4	149,2	21,8	101,0	100,9
24 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 756,4	161,8	696,8	1 896,7	-270,8
25 - Konsumausgaben	2 417,5	-	660,7	1 756,8	-
26 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-49,6	-	49,6	-
27 = Sparen	339,0	112,2	36,1	189,5	-270,8
28 - Geleistete Vermögenstransfers	45,2	5,7	30,8	8,6	4,6
29 + Empfangene Vermögenstransfers	40,6	17,9	10,5	12,2	9,2
30 - Bruttoinvestitionen	649,2	354,6	73,6	221,0	-
31 + Abschreibungen	581,0	333,8	72,4	174,8	-
32 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,1	-1,7	-1,2	0,9	2,1
33 = Finanzierungssaldo	268,3	105,3	15,8	146,0	-268,3
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 756,4	161,8	696,8	1 896,7	-270,8
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	448,2	-	448,2	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	448,2	-	-	448,2	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 756,4	161,8	248,6	2 344,9	-270,8
38 - Konsum ³	2 417,5	-	212,5	2 205,0	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-49,6	-	49,6	-
40 = Sparen	339,0	112,2	36,1	189,5	-270,8

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 bis 2018

	2015	2016	2017	2018	2016		2017		2018	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	0,9	1,2	0,8	0,8	1,3	1,2	0,9	0,8	0,8	0,8
Arbeitszeit, arbeitstäglich	−0,9	0,1	0,7	−0,1	−1,1	1,4	0,3	1,0	−0,6	0,3
Arbeitstage	0,9	0,4	−1,2	−0,3	1,6	−0,8	0,0	−2,3	−0,5	−0,1
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,9	1,8	0,3	0,4	1,7	1,8	1,3	−0,6	−0,2	1,0
Produktivität¹	0,8	0,1	0,7	1,2	0,5	−0,4	−0,1	1,4	1,7	0,8
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,9	1,0	1,6	2,3	1,4	1,2	0,8	1,4	1,8
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Milliarden Euro										
Konsumausgaben	2 219,7	2 286,9	2 353,7	2 417,5	1 115,8	1 171,1	1 149,7	1 204,0	1 180,2	1 237,2
Private Haushalte²	1 636,0	1 675,0	1 715,4	1 756,8	817,5	857,5	838,8	876,6	858,2	898,6
Staat	583,7	611,9	638,3	660,7	298,3	313,6	310,9	327,4	322,0	338,7
Anlageinvestitionen	603,8	628,2	648,7	678,4	302,9	325,3	312,7	335,9	326,5	351,9
Ausrüstungen	200,2	205,1	208,4	217,1	98,7	106,4	99,8	108,6	103,6	113,6
Bauten	295,0	310,1	322,6	338,8	149,1	160,9	155,5	167,1	163,2	175,6
Sonstige Anlageinvestitionen	108,6	113,0	117,7	122,5	55,1	57,9	57,4	60,3	59,7	62,7
Vorratsveränderung³	−20,2	−31,4	−29,7	−29,2	−5,9	−25,5	−4,7	−25,0	−4,1	−25,0
Inländische Verwendung	2 803,3	2 883,7	2 972,7	3 066,7	1 412,9	1 470,8	1 457,7	1 515,0	1 502,6	1 564,1
Außenbeitrag	229,5	251,2	239,7	246,6	130,6	120,6	127,7	112,0	128,8	117,8
Exporte	1 418,8	1 444,9	1 479,9	1 558,5	714,2	730,7	734,8	745,1	768,3	790,3
Importe	1 189,3	1 193,7	1 240,1	1 311,9	583,5	610,2	607,0	633,1	639,4	672,5
Bruttoinlandsprodukt	3 032,8	3 134,9	3 212,4	3 313,3	1 543,5	1 591,4	1 585,4	1 627,0	1 631,4	1 681,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	3,0	3,0	2,9	2,7	3,4	2,7	3,0	2,8	2,7	2,8
Private Haushalte²	2,6	2,4	2,4	2,4	2,5	2,2	2,6	2,2	2,3	2,5
Staat	4,0	4,8	4,3	3,5	5,8	4,0	4,2	4,4	3,6	3,5
Anlageinvestitionen	3,2	4,0	3,3	4,6	5,2	3,0	3,2	3,3	4,4	4,7
Ausrüstungen	4,6	2,5	1,6	4,2	5,2	0,0	1,2	2,0	3,8	4,6
Bauten	2,2	5,1	4,0	5,0	5,6	4,7	4,3	3,8	4,9	5,1
Sonstige Anlageinvestitionen	3,5	4,1	4,1	4,1	3,9	4,2	4,1	4,0	4,1	4,1
Inländische Verwendung	2,6	2,9	3,1	3,2	3,3	2,4	3,2	3,0	3,1	3,2
Exporte	6,3	1,8	2,4	5,3	1,9	1,7	2,9	2,0	4,6	6,1
Importe	3,9	0,4	3,9	5,8	0,2	0,5	4,0	3,8	5,3	6,2
Bruttoinlandsprodukt	3,7	3,4	2,5	3,1	3,9	2,8	2,7	2,2	2,9	3,4
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro										
Konsumausgaben	2 069,9	2 115,5	2 150,4	2 180,9	1 038,5	1 077,0	1 056,1	1 094,3	1 071,3	1 109,6
Private Haushalte²	1 540,1	1 565,6	1 582,0	1 599,2	767,2	798,4	775,9	806,1	783,9	815,3
Staat	529,6	549,5	567,6	580,7	271,1	278,4	279,8	287,8	286,9	293,9
Anlageinvestitionen	555,2	569,3	578,7	595,9	274,9	294,4	279,4	299,3	287,2	308,7
Ausrüstungen	194,8	198,0	200,6	208,6	94,7	103,2	95,5	105,1	98,9	109,6
Bauten	260,4	268,5	272,8	279,7	129,9	138,7	132,3	140,5	135,5	144,2
Sonstige Anlageinvestitionen	100,4	103,1	105,6	108,2	50,4	52,7	51,6	53,9	52,9	55,2
Inländische Verwendung	2 596,7	2 645,0	2 688,5	2 736,5	1 307,2	1 337,8	1 328,3	1 360,2	1 351,4	1 385,1
Exporte	1 353,1	1 392,5	1 409,4	1 461,6	689,7	702,8	702,5	706,9	723,5	738,0
Importe	1 157,1	1 193,1	1 226,5	1 282,3	585,2	607,8	602,6	623,9	627,5	654,8
Bruttoinlandsprodukt	2 791,1	2 843,2	2 871,7	2 917,7	1 410,8	1 432,4	1 427,7	1 444,0	1 447,8	1 469,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	2,2	2,2	1,7	1,4	2,6	1,8	1,7	1,6	1,4	1,4
Private Haushalte²	2,0	1,7	1,0	1,1	2,1	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1
Staat	2,8	3,7	3,3	2,3	4,1	3,4	3,2	3,4	2,5	2,1
Anlageinvestitionen	1,7	2,5	1,7	3,0	3,7	1,5	1,6	1,7	2,8	3,1
Ausrüstungen	3,7	1,6	1,3	4,0	4,2	−0,6	0,9	1,8	3,6	4,4
Bauten	0,3	3,1	1,6	2,5	3,9	2,4	1,8	1,3	2,4	2,6
Sonstige Anlageinvestitionen	1,9	2,7	2,5	2,4	2,6	2,7	2,5	2,4	2,4	2,4
Inländische Verwendung	1,6	1,9	1,6	1,8	2,5	1,3	1,6	1,7	1,7	1,8
Exporte	5,2	2,9	1,2	3,7	3,2	2,6	1,9	0,6	3,0	4,4
Importe	5,5	3,1	2,8	4,5	3,8	2,5	3,0	2,6	4,1	5,0
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,9	1,0	1,6	2,3	1,4	1,2	0,8	1,4	1,8

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 bis 2018

	2015	2016	2017	2018	2016		2017		2018	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)										
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ²	0,6	0,7	1,3	1,3	0,5	1,0	1,5	1,3	1,3	1,4
Konsumausgaben des Staates	1,2	1,0	1,0	1,2	1,6	0,6	1,0	1,0	1,0	1,3
Anlageinvestitionen	1,5	1,5	1,6	1,6	1,4	1,5	1,6	1,6	1,6	1,6
Ausrüstungen	0,9	0,8	0,3	0,2	1,0	0,6	0,3	0,3	0,2	0,2
Bauten	1,9	1,9	2,4	2,4	1,7	2,2	2,4	2,4	2,4	2,4
Exporte	1,1	-1,0	1,2	1,6	-1,2	-0,8	1,0	1,4	1,5	1,6
Importe	-1,4	-2,7	1,1	1,2	-3,5	-1,9	1,0	1,1	1,2	1,2
Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,5	1,5	1,5	1,6	1,4	1,5	1,4	1,5	1,6
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Milliarden Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 117,4	2 179,2	2 240,0	2 304,3	1 073,3	1 105,9	1 104,7	1 135,4	1 136,1	1 168,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	279,2	287,6	298,8	309,3	138,8	148,8	144,3	154,5	149,2	160,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 260,6	1 306,3	1 345,6	1 390,5	624,4	681,8	643,6	702,0	664,7	725,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	577,6	585,4	595,6	604,5	310,2	275,2	316,8	278,8	322,2	282,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	445,7	472,9	478,8	502,3	219,8	253,1	225,6	253,2	233,8	268,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 563,1	2 652,2	2 718,9	2 806,6	1 293,2	1 359,0	1 330,3	1 388,6	1 369,9	1 436,7
Abschreibungen	535,7	551,0	565,2	581,0	274,2	276,8	281,2	284,1	288,9	292,1
Bruttonationaleinkommen	3 098,8	3 203,2	3 284,1	3 387,6	1 567,4	1 635,8	1 611,5	1 672,6	1 658,8	1 728,7
Nachrichtlich:										
Volkseinkommen	2 263,2	2 342,8	2 402,3	2 483,5	1 141,2	1 201,6	1 174,1	1 228,2	1 210,5	1 273,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	723,4	748,9	757,9	783,7	378,0	370,9	386,2	371,7	396,6	387,1
Arbeitnehmerentgelt	1 539,9	1 593,8	1 644,4	1 699,8	763,2	830,7	787,9	856,6	813,9	885,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,2	2,9	2,8	2,9	3,3	2,6	2,9	2,7	2,8	2,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	3,0	3,9	3,5	2,6	3,3	4,0	3,8	3,4	3,6
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	3,6	3,0	3,3	4,0	3,3	3,1	3,0	3,3	3,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,8	1,4	1,7	1,5	2,3	0,3	2,1	1,3	1,7	1,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7,2	6,1	1,2	4,9	9,3	3,5	2,6	0,0	3,6	6,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,8	3,5	2,5	3,2	4,3	2,7	2,9	2,2	3,0	3,5
Abschreibungen	2,9	2,9	2,6	2,8	2,9	2,8	2,5	2,6	2,7	2,8
Bruttonationaleinkommen	3,7	3,4	2,5	3,2	4,0	2,7	2,8	2,3	2,9	3,4
Nachrichtlich:										
Volkseinkommen	3,8	3,5	2,5	3,4	4,3	2,8	2,9	2,2	3,1	3,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,2	3,5	1,2	3,4	5,5	1,6	2,2	0,2	2,7	4,1
Arbeitnehmerentgelt	3,7	3,5	3,2	3,4	3,7	3,3	3,2	3,1	3,3	3,4
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Milliarden Euro										
Masseneinkommen	1 259,4	1 302,2	1 337,4	1 376,1	625,8	676,4	644,2	693,2	661,5	714,6
Nettolöhne- und -gehälter	836,6	864,7	886,0	912,0	409,4	455,3	419,6	466,4	430,8	481,1
Monetäre Sozialleistungen	526,0	544,2	561,5	577,7	269,4	274,8	279,3	282,2	287,1	290,6
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	103,1	106,7	110,1	113,5	53,0	53,7	54,7	55,4	56,4	57,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	577,6	585,4	595,6	604,5	310,2	275,2	316,8	278,8	322,2	282,3
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-73,9	-80,0	-81,7	-83,9	-39,4	-40,7	-39,9	-41,8	-41,0	-42,9
Verfügbares Einkommen	1 763,1	1 807,5	1 851,4	1 896,7	896,6	911,0	921,1	930,3	942,8	953,9
Nachrichtlich:										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	48,1	48,6	49,1	49,6	24,0	24,6	24,2	24,8	24,5	25,1
Konsumausgaben	1 636,0	1 675,0	1 715,4	1 756,8	817,5	857,5	838,8	876,6	858,2	898,6
Sparen	175,2	181,1	185,0	189,5	103,0	78,1	106,5	78,5	109,0	80,5
Sparquote in Prozent ⁷	9,7	9,8	9,7	9,7	11,2	8,3	11,3	8,2	11,3	8,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	3,7	3,4	2,7	2,9	3,3	3,5	2,9	2,5	2,7	3,1
Nettolöhne- und -gehälter	3,6	3,4	2,5	2,9	4,0	2,8	2,5	2,4	2,7	3,2
Monetäre Sozialleistungen	3,8	3,5	3,2	2,9	2,4	4,5	3,7	2,7	2,8	3,0
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	4,0	3,5	3,2	3,2	3,2	3,8	3,1	3,2	3,1	3,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,8	1,4	1,7	1,5	2,3	0,3	2,1	1,3	1,7	1,2
Verfügbares Einkommen	3,1	2,5	2,4	2,4	2,7	2,4	2,7	2,1	2,4	2,5
Konsumausgaben	2,6	2,4	2,4	2,4	2,5	2,2	2,6	2,2	2,3	2,5
Sparen	6,1	3,4	2,2	2,4	3,3	3,4	3,4	0,5	2,3	2,5

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 bis 2018

	2015	2016	2016	2017	2016		2017		2018	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ^a										
a) Milliarden Euro										
Einnahmen										
Steuern	700,0	735,0	742,1	769,6	365,1	369,8	374,9	367,2	389,2	380,4
direkte Steuern	372,6	398,7	398,3	418,9	199,9	198,8	205,2	193,1	216,1	202,9
indirekte Steuern	327,4	336,3	343,8	350,7	165,2	171,0	169,7	174,1	173,1	177,6
Nettosozialbeiträge	500,8	520,5	542,3	559,5	253,0	267,6	263,9	278,4	272,5	286,9
Vermögenseinkommen	21,4	19,0	20,1	20,0	10,9	8,1	12,1	8,0	12,0	8,0
Laufende Übertragungen	21,5	21,3	21,5	21,8	8,6	12,7	8,7	12,8	8,8	13,0
Vermögenstransfers	12,2	12,8	11,0	10,5	6,1	6,6	5,0	6,0	4,7	5,8
Verkäufe	100,4	103,6	106,6	109,8	49,1	54,5	50,6	56,1	52,0	57,7
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 356,5	1 412,4	1 443,9	1 491,4	692,9	719,5	715,2	728,7	739,5	751,9
Ausgaben										
Vorleistungen	139,5	147,8	151,5	156,3	68,9	79,0	70,2	81,2	72,6	83,7
Arbeitnehmerentgelte	228,6	235,3	242,2	247,1	113,1	122,2	116,3	125,9	118,7	128,4
Soziale Sachleistungen	252,4	267,8	285,1	299,4	132,9	134,9	141,5	143,6	148,5	150,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	47,3	42,9	41,1	40,8	20,8	22,0	20,5	20,6	20,5	20,3
Subventionen	27,5	26,9	27,3	27,5	13,3	13,6	13,5	13,8	13,6	13,9
Monetäre Sozialleistungen	471,0	487,6	503,2	517,8	242,0	245,6	250,8	252,3	258,0	259,9
Sonstige laufende Transfers	75,2	76,4	80,2	83,2	39,1	37,3	41,0	39,1	42,5	40,6
Bruttoinvestitionen	64,3	68,8	72,6	73,6	28,9	39,9	30,7	41,9	31,1	42,5
Vermögenstransfers	29,7	32,7	31,1	30,8	15,8	17,0	13,7	17,4	13,5	17,3
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,8	-1,2	-5,0	-1,2	-0,5	-0,7	-4,4	-0,7	-0,6	-0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 333,9	1 385,3	1 429,3	1 475,6	674,4	710,9	694,1	735,3	718,7	756,9
Finanzierungssaldo	22,6	27,1	14,6	15,8	18,5	8,6	21,1	-6,6	20,8	-5,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	4,7	5,0	1,0	3,7	4,8	5,2	2,7	-0,7	3,8	3,6
direkte Steuern	5,3	7,0	-0,1	5,2	6,1	8,0	2,6	-2,9	5,3	5,0
indirekte Steuern	4,0	2,7	2,2	2,0	3,3	2,1	2,7	1,8	2,0	2,0
Nettosozialbeiträge	3,9	3,9	4,2	3,2	4,2	3,7	4,3	4,0	3,3	3,1
Vermögenseinkommen	-13,0	-11,3	5,9	-0,7	-10,9	-11,8	11,0	-0,9	-0,6	-0,9
Laufende Übertragungen	13,0	-1,3	1,2	1,2	-4,6	1,0	1,5	1,0	1,5	1,0
Vermögenstransfers	0,0	4,8	-13,5	-4,5	18,3	-5,2	-18,0	-9,4	-5,7	-3,5
Verkäufe	0,8	3,2	2,9	2,9	3,6	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9
Sonstige Subventionen	-19,4	-3,6	0,0	0,0	-8,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,8	4,1	2,2	3,3	4,2	4,1	3,2	1,3	3,4	3,2
Ausgaben										
Vorleistungen	3,9	6,0	2,4	3,2	9,2	3,3	2,0	2,8	3,3	3,1
Arbeitnehmerentgelte	2,0	2,9	2,9	2,0	3,0	2,9	2,9	3,0	2,1	1,9
Soziale Sachleistungen	5,2	6,1	6,5	5,0	6,7	5,6	6,5	6,4	5,0	5,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-9,1	-9,3	-4,1	-0,7	-13,8	-4,6	-1,5	-6,6	0,0	-1,3
Subventionen	5,8	-2,3	1,6	0,9	-3,9	-0,6	1,7	1,5	1,0	0,9
Monetäre Sozialleistungen	4,1	3,5	3,2	2,9	2,6	4,4	3,6	2,8	2,8	3,0
Sonstige laufende Transfers ⁹	3,0	1,2	3,8	3,0	-2,1	3,3	1,9	1,9	1,5	1,5
Bruttoinvestitionen	5,4	7,1	5,4	1,4	7,7	6,7	6,2	4,9	1,3	1,6
Vermögenstransfers ⁹	-7,5	3,0	-1,7	-0,2	3,1	-0,1	-13,1	2,4	-1,3	-0,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	-0,5	0,7	-3,9	3,8	0,7	0,0	-3,9	0,0	3,8	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	2,7	3,9	3,2	3,2	3,6	4,1	2,9	3,4	3,5	2,9

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnaher Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd. EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

Vor der Erbschaftsteuerreform: Nutzung der Firmenprivilegien hat Minderjährige zu Multimillionären gemacht

Von Stefan Bach und Thomas Mertz

Die Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer geht in die Verlängerung: Nachdem die Länder den Gesetzentwurf der Bundesregierung im Bundesrat abgelehnt haben, wird im Vermittlungsausschuss ein Kompromiss gesucht. Umstritten sind vor allem die Steuerbegünstigungen für große Unternehmensvermögen, für die das Bundesverfassungsgericht eine Neuregelung gefordert hatte. Die vorliegende Studie untersucht auf Basis von Einzeldaten der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik die steuerlich erfassten Übertragungen und die steuerfreien Unternehmensübertragungen nach Alter und Geschlecht. Von insgesamt 144 Milliarden Euro steuerfreien Unternehmensübertragungen der Festsetzungsjahre 2011 bis 2014, für die Altersangaben vorliegen, gingen 37 Milliarden Euro an Minderjährige. 29,4 Milliarden Euro davon erhielten 90 Kinder im Alter von unter 14 Jahren, denen jeweils Vermögen von mindestens 20 Millionen Euro übertragen wurden – im Durchschnitt also 327 Millionen Euro pro Kind. Zudem bekamen Frauen in diesem Zeitraum insgesamt nur gut halb so viel steuerfreie Unternehmensvermögen geschenkt wie Männer. Auch bei hohen Erbschaften waren Frauen benachteiligt.

Bei der laufenden Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer müssen die weitreichenden Begünstigungen für die Übertragung von Unternehmen begrenzt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgetragen, große Unternehmen nicht mehr ohne besondere Bedürfnisprüfung zu entlasten.¹ Außerdem sollen nicht betriebsnotwendige „Verwaltungsvermögen“ stärker von der Begünstigung ausgenommen sowie weniger Kleinbetriebe von der Prüfung des Erhalts von Arbeitsplätzen befreit werden. Eine Neuregelung sollte bis zum 30. Juni 2016 in Kraft treten.

Der erst Ende Juni 2016 vom Bundestag beschlossene Gesetzentwurf² sieht bei hohen Unternehmensübertragungen allenfalls moderate Mehrbelastungen vor. Ferner wurden neue Begünstigungen eingeführt, so dass in einer Reihe von relevanten Fällen höherer Unternehmensübertragungen sogar Entlastungen gegenüber dem bisherigen Recht eintreten können.³ Aufkommen und Umverteilungswirkung der Erbschaft- und Schenkungsteuer dürften daher längerfristig nicht wesentlich steigen, sondern gegebenenfalls sogar zurückgehen. Weil die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts bei der Neuregelung somit recht großzügig ausgelegt wurden, gibt es verfassungsrechtliche Bedenken.

Der Bundesrat hat den Gesetzentwurf Anfang Juli abgelehnt und den Vermittlungsausschuss angerufen, der am 8. September 2016 erstmals über die Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer beraten wird.⁴ Das Bundesverfassungsgericht hat angekündigt, sich Ende September mit dem weiteren Vorgehen im Normenkontrollverfahren zur Erbschaft- und Schenkungsteuer zu befassen, da der Gesetzgeber die Frist zur Neuregelung verstreichen ließ.⁵

¹ Bundesverfassungsgericht: Urteil vom 17. Dezember 2014. 1 BvL 21/12.

² Deutscher Bundestag: Drucksachen 18/5923, 18/6279, 18/8911.

³ Scholz, B., Truger, A. (2016): Erbschaftsteuer-Reform 2016 – Vergleich mit dem bisher geltenden Recht in Fallbeispielen. Kurzexpertise im Auftrag von Campact, Berlin, 9. August 2016.

⁴ Bundesrat: 947. Sitzung, 08.07.2016. Plenarprotokoll 947.

⁵ Bundesverfassungsgericht: Pressemitteilung Nr. 41/2016 vom 14. Juli 2016.

In einem Forschungsprojekt im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hat das DIW Berlin die Begünstigungen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer auf Grundlage der Einzeldaten der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik analysiert (Kasten 1). Der vorliegende Bericht stellt den Umfang und die Verteilung der steuerpflichtigen Erwerbe sowie der steuerbegünstigten Unternehmensübertragungen der letzten Jahre nach der Höhe sowie nach Alter und Geschlecht dar.

Hohe Vorzieheffekte bei Unternehmensübertragungen

Die in der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik erfassten Vermögensübertragungen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen (Abbildung).⁶ Grund dafür sind die steuerfreien Übertragungen von Unternehmensvermögen (Kasten 2), die im Festsetzungsjahr 2012 auf 40 Milliarden Euro stiegen, 2013 auf 34 Milliarden Euro zurückgingen, 2014 wiederum auf 66 Milliarden Euro stiegen und 2015 bei 57 Milliarden Euro lagen. Davon entfiel der Großteil auf Schenkungen (90 Prozent). Die steuerpflichtigen Erwerbe nach Steuerbegünstigungen und Freibeträgen einschließlich der Vorerwerbe haben sich dagegen in den betrachteten Festsetzungsjahren kaum verändert, sie stagnierten bei etwa 30 bis 35 Milliarden Euro pro Jahr. Das festgesetzte Erbschaftsteueraufkommen bewegte sich im Zeitraum bis 2013 zwischen vier und fünf Milliarden Euro jährlich und stieg bis 2015 auf 5,5 Milliarden Euro. Die Steuerausfälle durch die Begünstigungen von Unternehmensübertragungen werden für die Festsetzungsjahre 2011 bis 2014 auf insgesamt gut 40 Milliarden Euro geschätzt;⁷ im Jahr 2015 dürften etwa 13 Milliarden Euro an Steuerausfällen hinzugekommen sein.

Der starke Anstieg der steuerfreien Unternehmensübertragungen dürfte auf Nachholeffekte der Reform des Jahres 2009 sowie auf Vorzieheffekte im Hinblick auf erwartete Einschränkungen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zurückzuführen sein. Dies legt auch der hohe Anteil der Schenkungen an den steuerfreien Unternehmensübertragungen nahe. Die Steuerbegünstigungen für Unternehmensübertragungen können nach dem bisherigen Recht noch bis zur Neuregelung in Anspruch genommen werden. Aufgrund der Vorzieheffekte dürften die Unternehmensübertragungen nach der Reform wohl einige Jahre deutlich zurückgehen.

⁶ Die hier und in den folgenden Tabellen ausgewiesenen Jahresangaben beziehen sich auf das Jahr der Erstfestsetzung der jeweiligen Steuerfälle. Die zugrundeliegende Erbschaft oder Schenkung liegt zumeist ein bis drei Jahre zurück. Dies erklärt, warum sich die ab 2009 ausgeweiteten Steuerbegünstigungen erst ab 2011 deutlich bemerkbar machen.

⁷ Rietzler, K., Scholz, B., Teichmann, D., Truger, A. (2016): IMK-Steuerschätzung 2016–2020. Stabile Einnahmenentwicklung – Erbschaftsteuerreform nur Flickwerk. IMK Report Nr. 114, 2016, 12.

Kasten 1

Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik

Die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik ist eine Verwaltungsstatistik, die sämtliche in einem Jahr veranlagten Steuerfälle erfasst.¹ Die zugrundeliegenden Erbschaften oder Schenkungen liegen zumeist ein bis drei Jahre zurück, in Einzelfällen auch deutlich länger. Die Statistik enthält die wesentlichen im Rahmen des Besteuerungsverfahrens erhobenen Informationen: Jahr der Entstehung der Steuer, Geburtsjahr/Alter des Erblassers/Schenkers und Erwerbers, Art und Umfang des übertragenen Vermögens, Nachlassverbindlichkeiten, Nachlassquoten, Gegenleistungen sowie Leistungs-, Nutzungs- und Duldungsaufgaben, Steuerbegünstigungen, Höhe der Vorerwerbe, Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser/Schenker und Erwerber, festgesetzte Steuer und Steuerminderungen. Aufgrund der unterschiedlichen Verwaltungsverfahren wird grundsätzlich zwischen Erbschaften und Schenkungen unterschieden.

Die Einzeldaten des Erbschaft- und Schenkungsteuer-Panels der Statistischen Ämter werden für diesen Bericht durch kontrollierte Datenfernverarbeitung über das Forschungsdatenzentrum der Länder genutzt. Für die Analysen nach Alter und Geschlecht dienen die Daten der Festsetzungsjahre 2011 bis 2014. Entsprechend den Veröffentlichungen zur Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik² werden nur Erstfestsetzungen von unbeschränkt Steuerpflichtigen mit einem steuerpflichtigen Erwerb von größer oder gleich Null berücksichtigt. Ferner werden Altfälle, die noch nach dem Recht vor 2009 besteuert werden, einbezogen. Das Alter wird als Differenz zwischen Steuerentstehungsjahr und Geburtsjahr des Steuerpflichtigen ermittelt.

Aufgrund der hohen persönlichen Freibeträge zwischen engen Verwandten ist die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik bei niedrigeren Erwerben recht selektiv. Diese betragen 500 000 Euro bei Ehepartnern/Lebenspartnern und 400 000 Euro bei Kindern. Daher dürften nur höhere Erwerbe in der Statistik weitgehend erfasst sein, vorbehaltlich Steuerhinterziehung. Niedrigere Erwerbe werden dagegen nur in der Statistik erfasst, wenn sie von fernen Verwandten oder nicht verwandten Personen kommen.

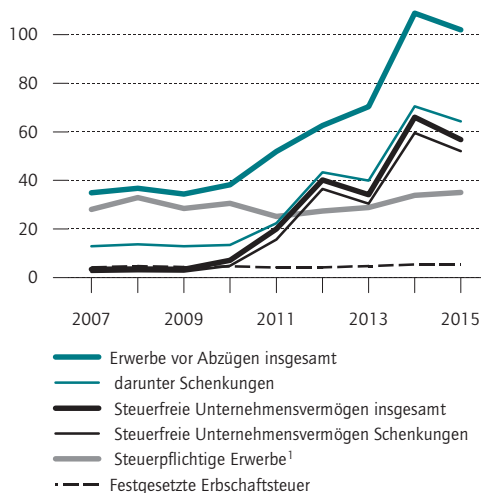
¹ Statistisches Bundesamt (2012): Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik, Qualitätsbericht. https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/DEMonografie_derivate_00000472/Qualitaetsbericht.Erbschaftsteuer.pdf;jsessionid=85513B203655866304E6492871FF2A28

² Statistisches Bundesamt (2016): Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/Steuern/ErbschaftSchenkungssteuer/ErbschaftSchenkungssteuer5736101157004.pdf;jsessionid=D1A2E3A2DAB-CAF1D31F967358669927B.cae2?__blob=publicationFile

Abbildung

Erbschaftsteuerpflichtige Erwerbe, Begünstigungen für Unternehmensvermögen und Steuerbelastungen bei unbeschränkt steuerpflichtigen Erwerben

In Milliarden Euro



¹ Nach vermögensbezogenen Abzügen und Freibeträgen, einschließlich Vorerwerben von derselben Person innerhalb von zehn Jahren, die zusammen gerechnet werden, vor persönlichen Freibeträgen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik.

© DIW Berlin 2016

Die steuerfreien Unternehmensübertragungen sind in den vergangenen Jahren aufgrund von Vorzieheffekten stark gestiegen.

Die Steuerbegünstigungen für Unternehmensvermögen sind nicht in der Höhe begrenzt, sodass sie bisher auch für millionen- oder sogar milliarden schwere Unternehmensübertragungen in Anspruch genommen werden konnten. In den Festsetzungsjahren 2011 bis 2014 waren Erwerbe ab fünf Millionen Euro im Durchschnitt zu mehr als der Hälfte steuerbefreit.⁸ Erwerbe ab 20 Millionen Euro wurden in diesem Zeitraum im Durchschnitt zu 93 Prozent steuerbefreit, auf die 1 256 Erwerber in dieser Gruppe entfielen 72 Prozent der steuerfreien Übertragungen, die insgesamt 171 Milliarden Euro ausmachten. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass bei den Unternehmensübertragungen zumeist die Optionsverschöpfung genutzt wurde, die zu einer vollständigen Steuerbefreiung führt. Sofern die Erwerber in den folgenden Jahren allerdings die Behaltens- und Lohnsummenregelungen für die Begünstigungen nicht einhalten, müssen sie jahresanteilig Steuern nachzahlen.

⁸ Dazu Bach, S., Thiemann, A. (2016): Hohe Erbschaftswelle, niedriges Erbschaftsteueraufkommen. DIW Wochenbericht Nr. 3/2016, 70 sowie Tabelle 1 in diesem Bericht.

Minderjährige wurden Multimillionäre

Die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik erfasst in den meisten Fällen das Alter der Erwerber. Für vier Prozent sind im Datensatz jedoch keine Altersangaben enthalten. Dies betrifft Stiftungen, die alle 30 Jahre einer „Erbersatzsteuer“ unterliegen (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 ErbStG), soweit sie keine steuerbegünstigten Zwecke verfolgen. Bei natürlichen Personen wird das Alter im Regelfall nicht für die Steuerveranlagung benötigt, so dass die Finanzbehörden bei fehlenden Angaben wohl nicht immer nachfragen. Die fehlenden Altersangaben dürften die im Folgenden dargestellten Ergebnisse nach Altersgruppen leicht unterschätzen, aber nicht nennenswert verzerren.⁹

Die Auswertung nach dem Alter der Erwerber zeigt, dass ein erheblicher Teil der hohen Erwerbe und vor allem der steuerfreien Unternehmensübertragungen an Minderjährige ging, davon der größte Teil an Kinder unter 14 Jahren: Von den insgesamt 272 Milliarden Euro steuerpflichtiger Erwerbe der Fälle mit Altersangabe erhielten Minderjährige in den Festsetzungsjahren 2011 bis 2014 etwa 40 Milliarden Euro (Tabelle 1). Die 7 916 Kinder unter 14 Jahren bekamen 32,6 Milliarden Euro. Davon erhielten die 92 Kinder mit Erwerben in Höhe von mindestens 20 Millionen Euro insgesamt 29,7 Milliarden Euro. Das entspricht durchschnittlich 323 Millionen Euro je Kind. Der mittlere Wert (Median) der Erwerbe dieser Gruppe lag bei 54 Millionen Euro. Das heißt, die Verteilung ist stark „linkssteil“: Eine Reihe von Kindern dieser Gruppe hat offenbar Unternehmen im Wert hoher dreistelliger Millionen- oder sogar Milliardenbeträge erhalten.

Bei den Steuerbegünstigungen für Unternehmen ist der Anteil Minderjähriger und Kinder unter 14 Jahren sogar noch deutlich höher. Von den insgesamt 144 Milliarden Euro steuerfreier Erwerbe der Fälle mit Altersangabe gingen in den Festsetzungsjahren 2011 bis 2014 37,3 Milliarden Euro an Minderjährige, dies entspricht einem Anteil von 26 Prozent. Davon erhielten 1 289 Kinder unter 14 Jahren 30,8 Milliarden Euro steuerfrei, von denen wiederum 29,4 Milliarden Euro beziehungsweise 95 Prozent auf Erwerbe über 20 Millionen Euro entfielen. Setzt man diese Größe in Relation zu allen Erwerben, so bekamen diese 90 Kinder 99 Prozent ihrer gesamten Erwerbe steuerfrei übertragen. Im Durchschnitt bekamen sie 327 Millionen Euro steuerfrei vererbt oder geschenkt. Der mittlere Wert (Median) der Steuerbegünstigungen dieser Gruppe lag bei 54 Millionen Euro.

⁹ Analysen zur Verteilung der Fälle ohne Altersangabe zeigen keine auffälligen Korrelationen mit Bundesländern oder weiteren relevanten Merkmalen der Erwerber. Bei niedrigen und hohen Erwerben ist der Anteil der Fälle ohne Altersangabe etwas höher (Tabelle 1).

Kasten 2

Steuerbegünstigungen für Unternehmensübertragungen

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer wurde zuletzt im Jahr 2009 grundlegend reformiert. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2006 entwickelte der Gesetzgeber neue Bewertungsverfahren, um die Unterbewertung von Grund- und Betriebsvermögen zu beseitigen. Zugleich wurden mit dieser Reform weitreichende Begünstigungen für Übertragungen von Unternehmensvermögen eingeführt, sofern die Steuerpflichtigen die Unternehmen fortführen und die Beschäftigung erhalten (§§ 13a und 13b ErbStG). Damit sollen bei der Unternehmensnachfolge die Arbeitsplätze gesichert werden.

Unternehmensvermögen werden zu 85 Prozent oder sogar zu 100 Prozent steuerfrei gestellt (§§ 13a und 13b ErbStG), wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, insbesondere die Fortführung des Unternehmens und der weitgehende Erhalt der Lohnsumme.¹ Diese Regelungen gelten für land- und forstwirtschaftliche Vermögen, Einzelunternehmen und Beteiligungen an Personengesellschaften sowie für wesentliche Beteiligungen an Kapitalgesellschaften.² Für die Vergünstigungen gibt es zwei Varianten:

- Die generell veranlagte „*Regelverschonung*“ stellt das Unternehmensvermögen zu 85 Prozent steuerfrei, wenn das Verwaltungsvermögen³ unter 50 Prozent des gesamten

Betriebsvermögens liegt, der Betrieb fünf Jahre fortgeführt wird und dabei die Lohnsumme über diese fünf Jahre zusammen gerechnet 400 Prozent der Ausgangslohnsumme nicht unterschreitet.⁴ Vom nicht freigestellten Unternehmensvermögen wird zusätzlich ein (abschmelzender) Freibetrag von 150 000 Euro abgezogen.⁵ Der verbleibende steuerpflichtige Teil des Unternehmensvermögens unterliegt unabhängig vom Verwandtschaftsverhältnis dem günstigen Tarif der Steuerklasse I.

- Auf Antrag wird Unternehmensvermögen vollständig von der Erbschaftsteuer befreit („*Optionsverschonung*“, § 13a Abs. 8 ErbStG). Dazu darf das Verwaltungsvermögen nicht mehr als zehn Prozent des gesamten Unternehmensvermögens ausmachen. Ferner müssen der Betrieb sieben Jahre fortgeführt und in diesem Zeitraum 700 Prozent der Ausgangslohnsumme erreicht werden.

Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten sind von der Einhaltung der Lohnsummenregelungen befreit.

¹ Vgl. dazu Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2011): Die Begünstigung des Unternehmensvermögens in der Erbschaftsteuer.

² Die erforderliche Beteiligungsquote beträgt mindestens 25 Prozent, allerdings können mehrere Gesellschafter eine „Pool-Vereinbarung“ schließen, um gemeinsam die Beteiligungsquote zu erreichen, § 13b Abs. 1 Nr. 3 ErbStG.

³ Verwaltungsvermögen sind nach § 13b Abs. 2 ErbStG insbesondere nicht betrieblich genutzte Grundstücke, Finanzanlagen, Kassenbestände, wertvolle Sammlungen etc.

⁴ Eine Veräußerung innerhalb von fünf Jahren nach Vermögensübertragung führt zum zeitanteiligen Wegfall des Verschonungsfreibetrags. Entsprechendes gilt im Fall von Überentnahmen.

⁵ Der Freibetrag in Höhe von 150 000 Euro verringert sich, wenn das nicht steuerfrei gestellte Vermögen 150 000 Euro übersteigt. Der Freibetrag mindert sich um 50 Prozent des übersteigenden Betrags. Das bedeutet, dass Betriebsvermögen bis zu einem Gesamtwert von einer Million Euro vollständig steuerfrei übertragen werden kann.

Offenbar haben viele Unternehmerfamilien die günstigen erbschaftsteuerlichen Rahmenbedingungen seit dem Jahr 2009 genutzt, um Unternehmen oder Unternehmensanteile vorab auch an die sehr junge Generation weiterzugeben. Spätestens, nachdem im Jahr 2012 das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht begann, war zu erwarten, dass die sehr großzügigen Steuerbegünstigungen nicht dauerhaft Bestand haben würden. Daher handelten wohl viele nach Motto „so günstig wie jetzt wird es nie wieder“.

Eine Übertragung an Minderjährige und auch an kleine Kinder ist zivilrechtlich jederzeit möglich. Eine Schenkung von erziehungsberechtigten Eltern an ihre minderjährigen Kinder ist allerdings aufwendiger als an Volljährige, da in solchen Fällen sogenannte Ergänzungs-

pflieger bestellt werden müssen, die die Interessen der Minderjährigen wahren.¹⁰ Zivilrechtlich gehört das Vermögen dann den Minderjährigen. Mit Erreichen der Volljährigkeit können sie über das Vermögen selbst verfügen, vorbehaltlich von Verfügungsbeschränkungen, die zumeist für Gesellschafter kleinerer Unternehmen oder auch größerer Familienunternehmen gelten. Minderjährige unterliegen der Erbschaft- und Schenkungsteuer wie Volljährige. Beim Besteuerungsverfahren müssen sie jedoch von Erziehungsberechtigten vertreten werden, die die Steuererklärung abgeben.

¹⁰ Ferner prüft das Finanzamt bei Vereinbarungen zwischen nahen Angehörigen, ob sie zivilrechtlich wirksam zu Stande gekommen sind, tatsächlich vollzogen werden und dem Fremdvergleich standhalten.

Tabelle 1

**Steuerpflichtige Erwerbe und Steuerbegünstigungen für Unternehmensübertragungen 2011 bis 2014
nach Höhe des Erwerbs vor Abzügen und Alter des Erwerbers**

Erbschaften und Schenkungen

Wert der Erwerbe vor Abzügen von ... bis unter ... Euro ¹	Erwerber insgesamt		Erwerber insgesamt mit Altersangabe		Erwerber im Alter unter 14 Jahren		Erwerber im Alter von 14 bis 17 Jahren	
	Erwerbe vor Abzügen	Unternehmens- begünst. ²	Erwerbe vor Abzügen	Unternehmens- begünst. ²	Erwerbe vor Abzügen	Unternehmens- begünst. ²	Erwerbe vor Abzügen	Unternehmens- begünst. ²
Personen (Erwerber)								
unter 0	4 027	227	3 690	217	54		40	
1-5 000	19 511	1 087	14 301	969	452	39	136	17
5 000-10 000	16 997	848	15 769	786	312		122	
10 000-50 000	226 842	15 483	216 571	14 590	2 392	155	1 470	108
50 000-100 000	131 517	11 465	126 398	10 925	1 264	104	787	74
100 000-200 000	99 364	11 610	95 996	11 268	1 076	140	576	72
200 000-300 000	47 738	7 554	46 371	7 380	854	118	449	69
300 000-500 000	55 913	10 850	54 509	10 636	543	160	394	83
500 000-2,5 Mio.	70 921	21 094	69 277	20 702	695	327	466	192
2,5 Mio.-5 Mio.	5 726	3 526	5 538	3 429	82	69	74	55
5 Mio.-10 Mio.	2 539	1 902	2 450	1 842	50	40	42	34
10 Mio.-20 Mio.	1 264	1 089	1 221	1 051	50	47	21	19
20 Mio. und mehr	1 256	1 175	1 163	1 098	92	90	33	31
Insgesamt	683 615	87 910	653 254	84 893	7 916	1 289	4 610	754
Millionen Euro								
unter 0	-10 628	9	-10 563	9	-4		-2	
1-5 000	36	2	31	2	1	0	0	0
5 000-10 000	122	3	114	3	2		1	
10 000-50 000	6 763	96	6 467	94	66	1	41	1
50 000-100 000	9 269	187	8 916	184	85	3	53	1
100 000-200 000	13 978	542	13 513	533	153	10	81	4
200 000-300 000	11 595	749	11 265	739	197	13	105	6
300 000-500 000	21 951	1 789	21 406	1 763	208	35	152	20
500 000-2,5 Mio.	65 730	12 533	64 195	12 341	743	287	469	160
2,5 Mio.-5 Mio.	19 740	8 942	19 078	8 661	310	224	281	175
5 Mio.-10 Mio.	17 599	10 750	16 986	10 386	371	258	295	192
10 Mio.-20 Mio.	17 197	12 647	16 582	12 201	729	568	299	266
20 Mio. und mehr	131 207	122 508	104 108	96 998	29 731	29 445	5 822	5 713
Insgesamt	304 561	170 757	272 099	143 915	32 593	30 844	7 599	6 538

¹ Nur Erstfestsetzungen von unbeschränkt Steuerpflichtigen, steuerpflichtiger Erwerb größer/gleich Null.² Steuerbegünstigungen für Unternehmensübertragungen nach § 13a ErbStG.

Quelle: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2011 bis 2014, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2016

**Gender Gift Gap: Frauen werden
bei Übertragungen großer
Unternehmensvermögen benachteiligt**

Analysen der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik nach dem Geschlecht der Erwerber zeigen, dass Frauen bei Übertragungen von hohen Unternehmensvermögen in den Festsetzungsjahren 2011 bis 2014 benachteiligt wurden.¹¹

Frauen haben eine deutlich höhere Lebenserwartung als Männer, sie dominieren die oberen Altersgruppen und überleben meistens ihre Ehemänner. Insoweit haben sie eine höhere Wahrscheinlichkeit, eine Erbschaft oder Schenkung zu bekommen. Um diesen Effekt weitgehend auszuklammern, werden in den folgenden Tabellen nur intergenerative Erbschaften und Schenkungen betrachtet. Übertragungen von Ehepartnern, Lebenspartnern, Geschiedenen und Geschwistern sind in den

¹¹ Bei den Fällen ohne Altersangabe ist in fast allen Fällen auch kein Geschlecht nachgewiesen, entsprechend sind die im Folgenden ausgewiesenen

Ergebnisse nach Geschlecht etwas niedriger als die Gesamtwerte für den hier beobachteten Zeitraum.

Tabelle 2

Steuerpflichtige Erwerbe vor Abzügen 2011 bis 2014 nach Geschlecht, Erbschaften/Schenkungen und Höhe des Erwerbs vor Abzügen

Wert der Erwerbe vor Abzügen von ... bis unter ... Euro ¹	Männer		Frauen		Relation Frauen zu Männern	
	Erbschaften	Schenkungen	Erbschaften	Schenkungen	Erbschaften	Schenkungen
Personen (Erwerber)						
unter 0	833	932	813	617	97,6	66,2
1-5 000	2 151	4 636	2 307	4 918	107,3	106,1
5 000-10 000	4 183	3 432	4 852	3 007	116,0	87,6
10 000-50 000	63 480	20 157	77 382	20 091	121,9	99,7
50 000-100 000	34 874	12 143	43 816	11 094	125,6	91,4
100 000-200 000	24 970	12 369	31 081	10 072	124,5	81,4
200 000-300 000	11 546	8 253	13 462	6 169	116,6	74,7
300 000-500 000	14 739	9 682	15 656	6 713	106,2	69,3
500 000-2,5 Mio.	16 214	12 210	15 702	7 656	96,8	62,7
2,5 Mio.-5 Mio.	1 110	1 601	921	907	83,0	56,7
5 Mio.-10 Mio.	411	872	348	506	84,7	58,0
10 Mio.-20 Mio.	164	505	133	323	81,1	64,0
20 Mio. und mehr	98	583	83	346	84,7	59,3
Insgesamt	174 773	87 375	206 556	72 419	118,2	82,9
Millionen Euro						
unter 0	-48	-68	-10 356	-34	21 367,0	50,0
1-5 000	6	10	6	9	104,4	88,0
5 000-10 000	31	24	36	21	115,2	88,1
10 000-50 000	1 902	549	2 336	550	122,9	100,2
50 000-100 000	2 462	853	3 088	767	125,4	89,9
100 000-200 000	3 514	1 759	4 365	1 410	124,2	80,1
200 000-300 000	2 816	1 989	3 278	1 484	116,4	74,6
300 000-500 000	5 843	3 767	6 171	2 595	105,6	68,9
500 000-2,5 Mio.	14 432	12 112	13 793	7 328	95,6	60,5
2,5 Mio.-5 Mio.	3 784	5 606	3 121	3 184	82,5	56,8
5 Mio.-10 Mio.	2 798	6 169	2 351	3 538	84,0	57,4
10 Mio.-20 Mio.	2 253	6 847	1 811	4 403	80,4	64,3
20 Mio. und mehr	5 805	60 250	3 687	34 131	63,5	56,6
Insgesamt	45 597	99 866	33 688	59 386	73,9	59,5

¹ Nur Erstfestsetzungen von unbeschränkt Steuerpflichtigen, steuerpflichtiger Erwerb größer/gleich Null. Ohne Übertragungen von Ehepartnern, Lebenspartnern, Geschiedenen und Geschwistern. Nur Fälle mit Angabe des Geschlechts.

Quelle: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2011 bis 2014, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2016

Analysen nicht berücksichtigt. Die verbleibenden Fälle repräsentieren 79 Prozent aller steuerpflichtigen Erwerber insgesamt.

Deutliche Nachteile für Frauen zeigen sich vor allem bei den Schenkungen. Diese sind recht ausgeprägt bei den höheren Erwerben. Bereits bei Schenkungen über 50 000 Euro bekommen Männer deutlich häufiger eine Schenkung (Tabelle 2). Hierzu muss man allerdings berücksichtigen, dass Erwerbe von Eltern aufgrund des persönlichen Freibetrags von 400 000 Euro nur bei höheren Beträgen in der Steuerstatistik auftauchen. Erwerbe unter 400 000 Euro werden daher nur erfasst, wenn sie von ferneren Verwandten oder nicht verwandten Perso-

nen kommen. Bei den hohen Erwerben ab fünf Millionen Euro, die vor allem aus Unternehmensübertragungen bestehen, liegt die Relation der Frauen zu den Männern nur noch bei 55 bis 65 Prozent.

Durchgängig zu beobachten ist dieser *Gender Gift Gap* für Schenkungen von steuerfreien Unternehmensübertragungen (Tabelle 3). Hier liegen die Relationen der Frauen zu den Männern bei den Erwerben unter 2,5 Millionen Euro sogar deutlich niedriger als bei den hohen steuerfreien Übertragungen. Insgesamt bekommen nur halb so viele Frauen wie Männer steuerfreie Unternehmensvermögen geschenkt, bei den Unternehmenswerten liegt die Relation bei 56 Prozent.

Tabelle 3

Steuerbegünstigungen für Unternehmensübertragungen 2011 bis 2014 nach Geschlecht, Erbschaften/Schenkungen und Höhe der Steuerbegünstigung

Wert der Erwerbe vor Abzügen von ... bis unter ... Euro ^{1,2}	Männer		Frauen		Relation Frauen zu Männern	
	Erbschaften	Schenkungen	Erbschaften	Schenkungen	Erbschaften	Schenkungen
Personen (Erwerber)						
unter 0	6 775	1 784	8 110	1 790	119,7	100,3
1-5 000	3 276	824	3 391	485	103,5	58,9
5 000-10 000	918	448	918	267	100,0	59,6
10 000-50 000	2 174	2 443	2 050	1 216	94,3	49,8
50 000-100 000	869	2 028	696	895	80,1	44,1
100 000-200 000	867	2 931	665	1 257	76,7	42,9
200 000-300 000	530	2 377	356	886	67,2	37,3
300 000-500 000	639	2 489	358	1 017	56,0	40,9
500 000-2,5 Mio.	1 374	5 619	780	2 533	56,8	45,1
2,5 Mio.-5 Mio.	260	1 154	180	645	69,2	55,9
5 Mio.-10 Mio.	123	752	89	431	72,4	57,3
10 Mio.-20 Mio.	69	471	47	289	68,1	61,4
20 Mio. und mehr	52	551	43	320	82,7	58,1
Insgesamt	17 926	23 871	17 683	12 031	98,6	50,4
Millionen Euro						
unter 0	0	0	0	0	0,0	0,0
1-5 000	5	2	5	1	101,7	57,0
5 000-10 000	7	3	7	2	98,6	59,6
10 000-50 000	53	68	49	34	92,0	50,3
50 000-100 000	62	151	50	66	79,8	43,8
100 000-200 000	124	425	95	181	76,4	42,5
200 000-300 000	131	586	87	220	66,6	37,5
300 000-500 000	253	964	141	392	55,7	40,6
500 000-2,5 Mio.	1 511	6 365	844	2 943	55,9	46,2
2,5 Mio.-5 Mio.	908	4 058	622	2 295	68,5	56,5
5 Mio.-10 Mio.	869	5 312	643	3 012	74,0	56,7
10 Mio.-20 Mio.	951	6 352	691	3 967	72,6	62,4
20 Mio. und mehr	3 288	58 758	1 905	33 026	57,9	56,2
Insgesamt	8 163	83 045	5 139	46 136	63,0	55,6

1 Nur Erstfestsetzungen von unbeschränkt Steuerpflichtigen, steuerpflichtiger Erwerb größer/gleich Null. Ohne Übertragungen von Ehepartnern, Lebenspartnern, Geschiedenen und Geschwistern. Nur Fälle mit Angabe des Geschlechts.

2 Steuerbegünstigungen für Unternehmensübertragungen nach § 13a ErbStG.

Quelle: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2011 bis 2014, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2016

Bei den Erbschaften ist der Nachteil der Frauen weniger ausgeprägt, aber ebenfalls spürbar bei hohen Erwerben beziehungsweise bei den steuerfreien Unternehmensübertragungen. Bei den Erwerben insgesamt (Tabelle 2) beträgt die Relation der Frauen zu den Männern in den oberen Klassen zwischen 80 und 85 Prozent, bei den Vermögen sind die Relationen niedriger. Bei den niedrigen Erbschaften sind die Frauen dagegen in der Mehrzahl. Hier macht sich die Dominanz der Frauen in den höheren Altersgruppen bemerkbar, die von entfernten Verwandten oder Freunden eine Erbschaft bekommen. Diese Fälle wurden hier nicht ausgeschlossen. Bei der Gesamtzahl der steuerfreien Unternehmensübertragungen aufgrund von Erbschaften (Tabelle 3) sind die Frau-

en ebenfalls kaum noch unterrepräsentiert (98,6 Prozent). Bei den hohen steuerfreien Unternehmensübertragungen sind sie aber deutlich in der Minderheit und bei den Werten bekommen sie insgesamt nur 63 Prozent der steuerfreien Übertragungen der Männer.

Das Eigentums- und Erbrecht bietet Vermögensbesitzern große Freiheiten, bei Schenkungen oder testamentarischen Verfügungen auch engste Angehörige zu begünstigen oder zu benachteiligen, also den Ehe- oder Lebenspartner oder einzelne Kinder. Bei Schenkungen ist das zunächst unbegrenzt möglich. Bei Erbschaften gibt es für Ehe- und Lebenspartner sowie Kinder einen Pflichtteil, der aber nur bei der Hälfte des gesetzlichen

Erbteils liegt (§ 2303 BGB). Dabei sind frühere Schenkungen an andere Personen nur für die jeweils zurückliegenden zehn Jahre zu berücksichtigen, wobei der einzubeziehende Wert der Schenkung für jedes Jahr zwischen Schenkung und Erbfall um ein Zehntel reduziert wird (§ 2325 BGB).

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass hohe Vermögen beziehungsweise Unternehmensvermögen häufiger und in größerem Umfang an Männer verschenkt werden, bei Unternehmensvermögen gilt das auch für Erbschaften. Voraussetzung für die Steuerbegünstigung ist, dass das Unternehmen fortgeführt wird. Das traut man wohl eher den Söhnen, Enkeln oder Neffen zu, weniger den Töchtern, Enkelinnen oder Nichten. Allerdings ist es bei Gesellschafteranteilen für die Steuerbefreiung nicht erforderlich, dass sich die Begünstigten aktiv an der Geschäftsführung beteiligen. Dies dürfte bei vielen größeren Familienunternehmen der Fall sein.

Die genaueren Gründe für diesen *Gender Gift Gap* können mit der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik nicht ermittelt werden, da die sozio-demographischen und unternehmerischen Hintergründe der Transfers nicht erfasst sind. Es könnte sein, dass zwar die Unternehmensvermögen stärker an Söhne oder Enkel verschenkt werden, die Töchter und Enkelinnen aber bei späteren Schenkungen oder Erbschaften zum Ausgleich Grundstücke oder Finanzvermögen bekommen. Gesonderte Analysen zu den einzelnen Vermögensarten, die in der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik ausgewiesen sind, deuten solche Effekte an, vor allem beim Finanzvermögen. Genauer ließen sich solche Effekte aber nur mit Paneldaten der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik im Zeitverlauf analysieren. Dafür stehen bisher für zu wenige Jahre Daten zur Verfügung.

Fazit

Die hohen Unternehmensübertragungen an Minderjährige und an Kinder unter 14 Jahren machen das Dilemma der Firmenprivilegien bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer deutlich. In erheblichem Umfang werden Personen begünstigt, die sich nicht aktiv im Unternehmen engagieren und keine besonderen unternehmerischen Risiken tragen, sondern reine Anteilseigner sind. Bei den in diesem Bericht betrachteten Minderjährigen und Kindern ist das offensichtlich der Fall. Das gleiche dürfte auch für viele erwachsene Erben von Anteilen an größeren Familienunternehmen gelten. In diesen Fällen werden hohe Steuervorteile gewährt, ohne dass die Existenz dieser Firmen unmittelbar bedroht wäre. Vererben oder verschenken dagegen „normale“ Wohlhabende Immobilien oder Finanzvermögen, werden diese spürbar durch die Erbschaftsteuer belastet, soweit die persönlichen Freibeträge der Erwerber überschritten werden. Belastet sind somit

die „Sandwichbürger“ der oberen Mittelschicht und der unteren Oberschicht – durchaus wohlhabend, aber nicht wirklich reich an Geld, Macht und Einfluss.

Die weitgehende Steuerfreiheit von Unternehmensübertragungen in dreistelliger Millionenhöhe oder sogar im Milliardenbereich untergräbt die Begründung der Erbschaft- und Schenkungsteuer, die den „leistungslosen“ Zufluss höherer Vermögen progressiv belasten und damit auch die Chancengleichheit innerhalb einer Generation erhöhen sowie die Vermögenskonzentration begrenzen soll.¹² Ferner widerspricht dies der Legitimationsgrundlage einer Leistungsgesellschaft und der sozialen Marktwirtschaft, die hohe Einkommen oder Vermögen primär mit besonderen wirtschaftlichen Leistungen begründet („Meritokratie“).¹³ Soziologen skizzieren solche Tendenzen als „Neofeudalismus“ oder „Refeudalisierung“ sozialer Ungleichheit, die auch in deutlich gestiegenen Top-Einkommen und -Vermögen zum Ausdruck kommen, soweit sie sich von der allgemeinen Produktivitäts- und Einkommensentwicklung abkoppeln.¹⁴

Der aktuelle Gesetzentwurf zur Erbschaft- und Schenkungsteuer begründet die Steuerbegünstigungen für höhere Unternehmensvermögen vor allem mit dem Erhalt der mittelständischen Unternehmenskultur der deutschen Wirtschaft.¹⁵ Viele größere Familienunternehmen sind als „hidden champions“ innovativ und erfolgreich und zumeist krisenresistent mit Eigenkapital finanziert. Sie bieten Großunternehmen im Wettbewerb Paroli, halten Beschäftigung und Wertschöpfung in den Regionen, bilden aus und stützen die regionale Bürgergesellschaft. Wenn deren Firmenerben die volle Erbschaftsteuer von bis zu 30 Prozent zahlen müssten, würden die Mittel wohl häufig den Firmen entnom-

¹² In einem abweichenden Votum zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Dezember 2014, 1 BvL 21/12, a. a. O., erklärten drei Richter: „Wir stimmen der Entscheidung zu, sind aber der Ansicht, dass zu ihrer Begründung ein weiteres Element gehört: das Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG. Es sichert die Entscheidung weiter ab und macht ihre Gerechtigkeitsdimension erst voll sichtbar. Die Erbschaftsteuer dient nicht nur der Erzielung von Steuereinnahmen, sondern ist zugleich ein Instrument des Sozialstaats, um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumuliert und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwächst. (...) Die Schaffung eines Ausgleichs sich sonst verfestigender Ungleichheiten liegt in der Verantwortung der Politik – nicht aber in ihrem Belieben. (...) Die in der Entscheidung entwickelten Maßgaben tragen dazu bei, dass Verschonungsregelungen nicht zur Anhäufung und Konzentration größter Vermögen in den Händen Weniger führen.“

Artikel 123, Absatz 3, Satz 1 der Verfassung des Freistaats Bayern lautet: „Die Erbschaftsteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“

¹³ Beckert, J. (2013): Erben in der Leistungsgesellschaft. Campus, Frankfurt a. M.

¹⁴ Neckel, S. (2010): Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft. MPIfG Working Paper 10/6.

¹⁵ Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Deutscher Bundestag Drucksache 18/5923, 07.09.2015.

men, ferner würden wohl viele Erben die Unternehmen verkaufen. Darin werden Gefahren für die langfristige Entwicklung der Unternehmen und die deutsche Wirtschaftskultur gesehen. Soweit dies zutrifft, lassen sich Begünstigungen auch für hohe Unternehmensübertragungen rechtfertigen.

Eine Übernahme durch fremde Investoren muss allerdings bei größeren Unternehmen kein Nachteil für die Unternehmensfortführung und die Beschäftigten sein. Im Gegenteil: Die derzeitige massive Förderung der familienbezogenen Unternehmensfortführung kann langfristig Effizienz Nachteile zur Folge haben, da Familienangehörige nicht unbedingt die besseren Unternehmer sind und die „corporate governance“ in größeren Familienunternehmen häufig Probleme aufwirft.¹⁶ Das kann

¹⁶ Vgl. die theoretische Studie von Grossmann, V., Strulik, H. (2010): Should continued family firms face lower taxes than other estates? *Journal of Public Economics*, 94, 87–101. Die Studie enthält allerdings keine explizite Modellierung von Kapitalmarkunvollkommenheiten und corporate governance beziehungsweise den besonderen Verhältnissen mitteständischer Familienunternehmen.

auch den notwendigen Strukturwandel durch neue und innovative Unternehmen behindern. Für Deutschland gibt es bisher keine empirische Evidenz zur Bedeutung dieser Zusammenhänge. Für eine validere Einschätzung wären Studien wünschenswert, die die nachhaltige Entwicklung größerer Familienunternehmen im Vergleich zu ähnlichen Unternehmen mit anderen Eigentümerstrukturen analysieren.¹⁷

¹⁷ Zu entsprechenden Studien für die USA vgl. Pérez-González, F. (2006): Inherited control and firm performance. *American Economic Review*, 96, 1559–1588; Villalonga, B., Amit, R. (2006): How do family ownership, control and management affect firm value? *Journal of Financial Economics*, 80, 385–417; Bennedsen, M. et al. (2007): Inside the family firm: The role of families in succession decisions and performance. *Quarterly Journal of Economics*, 122, 647–691, sowie für Dänemark Bennedsen, M., Nielsen, K. M., Pérez-González, F., Wolfenzon, D. (2007): Inside the family firm: the role of families in succession decisions and performance. *Quarterly Journal of Economics*, 122, 647–691, und für Griechenland Tsoutsoura, M. (2015): The effect of succession taxes on family firm investment: evidence from a natural experiment. *Journal of Finance*, 70, 649–688. Vgl. ferner Carney, M., Gedajlovic, E., Strike, V. M. (2014): Dead Money: Inheritance Law and the Longevity of Family Firms. In: *Entrepreneurship Theory and Practice*, 38 (Family Business Special Issue), 1261–1283; Zellweger, T., Kammerlander, N. (2014): Family, Wealth, and Governance: An Agency Account. *Ebenda*, 1281–1303.

Stefan Bach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin | sbach@diw.de

Thomas Mertz ist studentischer Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin | tmertz@diw.de

REFORMING THE INHERITANCE TAX: EXPLOITATION OF BUSINESS TRANSFER PRIVILEGES IS MAKING MINORS INTO MULTIMILLIONAIRES

Abstract: The legislation of the inheritance and gift tax reform has gone into overtime: ever since the Bundesländer rejected the Federal Government's bill at the Bundesrat, the parliament's mediation committee is looking for a compromise. The biggest controversy has centered on tax reliefs for large corporate assets, measures for which the Federal Constitutional Court had called for a revision. Using micro data from inheritance and gift tax files, the present study investigates taxed and tax-exempt business transfers according to age and gender.

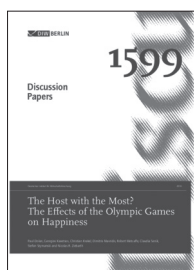
JEL: H24, H25, L26

Keywords: Inheritance and gift taxation, tax privileges for corporate assets, family firm succession

From the 144 billion euros in tax-free business transfers that were transferred between 2011 and 2014 and for which age information are available, 37 billion euros were transferred to minors. 29.4 billion euros were distributed among 90 children under the age of 14, each of whom received at least 20 million euros. The transfers averaged 327 million euros per child. In addition, with respect to gifts females received only half the amounts than men did, and even in the case of high inheritances, females were still receiving less.

Discussion Papers Nr. 1599

2016 | Paul Dolan, Georgios Kavetsos, Christian Krekel, Dimitris Mavridis, Robert Metcalfe, Claudia Senik, Stefan Szymanski, Nicolas R. Ziebarth



The Host with the Most? The Effects of the Olympic Games on Happiness

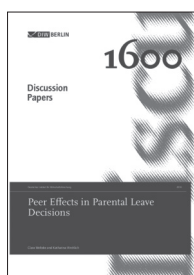
We show that hosting the Olympic Games in 2012 had a positive impact on the life satisfaction and happiness of Londoners during the Games, compared to residents of Paris and Berlin. Notwithstanding issues of causal inference, the magnitude of the effects is equivalent to moving from the bottom to the fourth income decile. But they do not last very long: the effects are gone within a year. These conclusions are based on a novel panel survey of 26,000 individuals who were interviewed during the summers of 2011, 2012, and 2013, i.e. before, during, and after the event. The results are robust to selection into the survey and to the number of medals won.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1600

2016 | Clara Welteke, Katharina Wrohlich



Peer Effects in Parental Leave Decisions

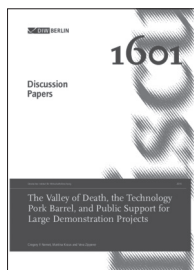
This paper analyzes to what extent parental leave decisions of mothers with young children depend on the decisions made by their coworkers. The identification of peer effects, which are defined as indirect effects of the behavior of a social reference group on individual outcomes, bears various challenges due to correlated characteristics within social groups and endogenous group membership. We overcome these challenges by exploiting quasi-random variation in the costs of parental leave during a narrow window around a cutoff date, induced by a parental leave benefit reform in Germany. The reform encourages mothers to remain at home during the first year following childbirth. Administrative linked employer-employee panel data enable us to assign a peer group to all individuals who work in the same establishment and occupational group. While there is a growing literature on peer effects, few studies look at peer effects in the context of parental leave decisions. We argue, however, that mothers with young children are particularly susceptible to peer behavior at the workplace due to preferences for conformity with peer group behavior as well as the career-related uncertainty that mothers face. Our results suggest that maternal decisions regarding the length of parental leave are significantly influenced by coworker decisions, in particular in situations with high uncertainty.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1601

2016 | Gregory F. Nemet, Martina Kraus, Vera Zipperer



The Valley of Death, the Technology Pork Barrel, and Public Support for Large Demonstration Projects

Moving non-incremental innovations from the pilot scale to full commercial scale raises questions about the need and implementation of public support. Heuristics from the literature put policy makers in a dilemma between addressing a market failure and acknowledging a government failure: incentives for private investments in large scale demonstrations are weak (the valley of death) but the track record of governance in large demonstration projects is poor (the technology pork barrel). We reassess these arguments in the literature, particularly as to how they apply to supporting demonstration projects for decarbonizing industry.

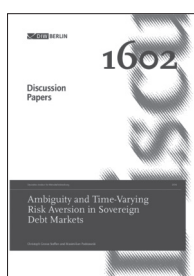
Conditions for the valley of death exist with: low appropriability, large chunky investments, unproven reliability, and uncertain future markets. We build a data set of 511 demonstration projects in nine technology areas and code characteristics for each project, including timing, motivations, and scale. We argue that the literature and the results from the case studies have five main implications for policy makers in making decisions about demonstration support. Policy makers should consider: 1) prioritizing learning, 2) iterative upscaling, 3) private sector engagement, 4) broad knowledge dissemination, and 5) making demand pull robust.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1602

2016 | Christoph Große Steffen, Maximilian Podstawski



Ambiguity and Time-Varying Risk Aversion in Sovereign Debt Markets

This paper introduces changes in the level of ambiguity as a complementary source of time-varying risk aversion. We show in a consumption-based asset pricing model with simultaneously risky and ambiguous assets that a rise in the level of ambiguity raises investors' risk aversion. The effect is quantified in an application to European sovereign debt markets using a structural VAR to achieve identification in the data. We proxy for ambiguity using a measure of macro-economic uncertainty and decompose empirically credit default swaps (CDS) for Spain and Italy into three shocks: fundamental default risk, risk aversion, and uncertainty. We find that shocks

to uncertainty significantly increase international investors' risk aversion, accounting for about one fifth of its variation at a five week horizon, and have a significant and economically relevant impact on sovereign financing premia.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Brexit-Votum hinterlässt erste Spuren

Nachdem die deutsche Wirtschaftsleistung im zweiten Vierteljahr um kräftige 0,4 Prozent höher ausgefallen war als zum Jahresauftakt, dürfte die hiesige Wirtschaft ihre Aufwärtsbewegung zwar fortsetzen, allerdings etwas an Schwung verlieren. Im laufenden Quartal wird das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zu den vorangegangenen drei Monaten wohl noch um gut 0,3 Prozent zunehmen. Dies signalisiert das Konjunkturbarometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), das im August die 100-Punkte-Marke knapp halten kann und damit ein Wachstum anzeigt, das dem langfristigen Durchschnitt entspricht.

Die Nachfrage nach Produkten „Made in Germany“ entwickelt sich vielerorts robust. Auch deswegen wird die deutsche Wirtschaft ihre Aufwärtsbewegung wohl fortsetzen. Allerdings dürfte die Brexit-Entscheidung der britischen Bevölkerung die deutschen Ausfuhren bereits kurzfristig merklich dämpfen: „Nach der Brexit-Entscheidung ist die Unsicherheit über die wirtschaftlichen Aussichten extrem gestiegen“, sagt DIW-Konjunkturchef Ferdinand Fichtner. „Das ist Gift für die Investitionen nicht nur im Vereinigten Königreich, sondern auch diesseits des Ärmelkanals, und belastet die stark auf Investitionsgüter ausgerichteten deutschen Ausfuhren.“ So hat sich die Stimmung vor allem in der exportorientierten Industrie merklich eingetrübt. „Der Stimmungseinbruch in deutschen Unternehmen ist wohl kaum ein Sommerloch, sondern die Reaktion auf die infolge des Brexit-Votums schlechteren Rahmenbedingungen“, so Fichtner. Für die kommenden Quartale ist daher nur mit einer schleppenden Investitionstätigkeit zu rechnen.

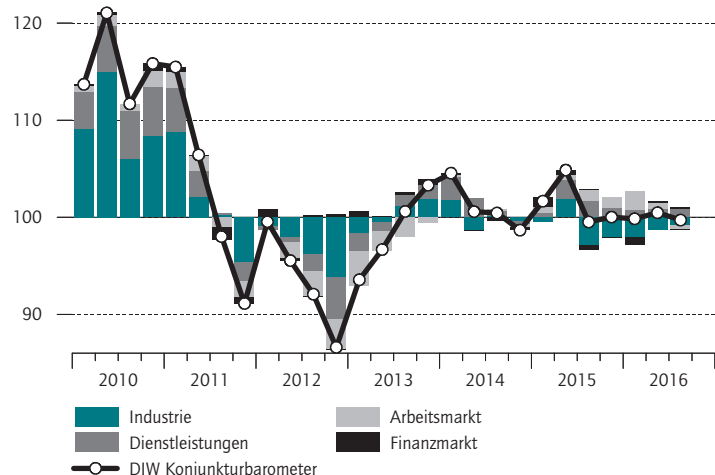
Auch der Konsum der privaten Haushalte sieht nur auf den ersten Blick sehr kräftig aus: „Der private Verbrauch

wird derzeit von der spürbaren Rentensteigerung zur Jahresmitte befeuert“, sagt Simon Junker, DIW-Experte für die Konjunktur in Deutschland. „Das Wachstum wird zwar weiter vom Konsum getragen, dieser dürfte aber an Fahrt verlieren.“ Zum einen steigt die Kaufkraft bei weitem nicht mehr so kräftig wie in den vergangenen Quartalen. Zum anderen setzt sich der Beschäftigungsaufbau nur mit etwas gedrossem Tempo fort – vor allem im Frühjahr kommenden Jahres, wenn die Unternehmen unter dem Eindruck der Brexit-bedingten Nachfrageflaute wohl verhaltender Personal einstellen werden.

DIW Konjunkturbarometer

Indexstand in Punkten

(100 = neutraler Wert, entspricht Wachstum von 0,3 Prozent)



© DIW Berlin 2016

Das nächste DIW Konjunkturbarometer erscheint am 28. September 2016 auf der Website des DIW Berlin: diw.de/konjunkturbarometer

Ausführliche Informationen und weitere Abbildungen zum aktuellen DIW Konjunkturbarometer sind online abrufbar:





Karl Brenke ist wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Brexit-Verhandlungen nicht überfrachten

Elf Wochen sind es nunmehr her, dass sich die Wähler des Vereinigten Königreichs für einen Austritt ihres Landes aus der EU entschieden haben. Da das Votum überraschte, kam es zu einem wilden Auf und Ab auf den Aktienmärkten. Schnell legte sich die Aufregung aber wieder. Das britische Pfund wertete nach der Entscheidung deutlich ab, zuletzt erholte sich der Wechselkurs aber wieder etwas. Offenbar wird auch im Falle des Brexits nicht alles so heiß gegessen wie es gekocht wurde.

Da sich die einmal mehr hyperaktiven Finanzmärkte beruhigt haben, sollte es der Politik umso leichter fallen, nun die Weichen so zu stellen, dass sich der Schaden der anstehenden EU-Verkleinerung für alle Beteiligten in möglichst engen Grenzen hält. Die zweifellos größte Gefahr besteht in einer Behinderung und einer sich daraus ergebenden Einschränkung des Waren- und Dienstleistungsaustauschs zwischen der EU und UK. Wenn das Vereinigte Königreich nicht mehr Mitglied der EU ist, wird es formal auch nicht mehr am gemeinsamen Binnenmarkt teilnehmen. Es könnten jedoch Vereinbarungen getroffen werden, die einer Teilnahme am Binnenmarkt nahekommen, sodass sich von den Regulierungen her keine größeren Änderungen gegenüber der bisherigen Praxis des gemeinsamen Handels ergeben. Je schneller es zu entsprechenden Vereinbarungen kommt, desto besser – denn umso eher erhalten die wirtschaftlichen Akteure Planungssicherheit.

Zunächst muss das britische Austrittsbegehren in Brüssel eingehen, dann wird über die Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU verhandelt. Presseberichten zufolge will der EU-Kommissionspräsident nochmals mit einer Erklärung vorpreschen, nach der es einen Zugang zum EU-Binnenmarkt nur geben kann, wenn das Vereinigte Königreich alle von der EU aufgestellten Grundfreiheiten gewährt. Das ist erstaunlich. Denn zum einen gelten manche dieser Grundfreiheiten – wie der freie Kapitalverkehr – selbst in der EU nicht überall. Und zum anderen werden die derzeit laufenden Verhand-

lungen mit den USA und Kanada über die Liberalisierung des Handels auch nicht dadurch überfrachtet, dass etwa die Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für EU-Bürger verlangt wird. Die EU-Kommissionsspitze scheint auf einer Position des „Alles oder nichts“ zu beharren, die sie bereits am Tag nach dem Brexit-Entscheid verkündet hatte. Damals konnte das mit gutem Willen noch als Ausdruck einer Enttäuschung verstanden werden. Inzwischen drängt sich aber der Verdacht auf, dass mehr an eine Strafaktion gegen die aufmüpfigen Briten gedacht wird: Entweder sie halten sich weiterhin an die Vorgaben aus Brüssel oder die Handelsbeziehungen werden eingeschränkt.

Naturgemäß würde von einer De-Liberalisierung des Handels vor allem die britische Wirtschaft getroffen. Über die mittlerweile engen Handels- und Vorleistungsverflechtungen dürften aber auch andere Volkswirtschaften in Mitleidenenschaft gezogen werden – an den nationalen Exportanteilen gemessen insbesondere die irische, die belgische, die niederländische und die deutsche. Störungen im bilateralen Handel würden weitere Kreise ziehen, so dass eine die gesamte EU erfassende Schwächung der Wirtschaft droht.

In Anbetracht von all dem stellt sich die Frage, ob die EU-Kommission überhaupt die anstehenden Verhandlungen mit der britischen Regierung führen sollte. Gefragt ist Nüchternheit, das Selbstbestätigungsinteresse von Institutionen darf keine Rolle spielen. Geeigneter ist wohl der Europäische Rat, wenngleich es auch hier bei manchen Mitgliedern das Interesse geben könnte, Handelsvereinbarungen mit anderen Fragen zu verknüpfen. Kommt man auf diesem Weg nicht weiter, bieten sich als Notlösung bilaterale Handelsvereinbarungen zwischen einzelnen EU-Ländern und dem Vereinigten Königreich an. In vielen Teilen der Erde zeigen sich zunehmende protektionistische Bestrebungen, eine De-Liberalisierung des Handels auf dem alten Kontinent würde ihnen zusätzliche Munition liefern. Das kann gewiss nicht im Interesse der stark vom Außenhandel abhängigen deutschen Wirtschaft sein.